KOMMUNIST

THEORETISCHES ORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WIEN

Inhalt

JAHRGANG 1 NUMMER 1 SEPTEMBER 1975

Kommunist

THEORETISCHES ORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WIEN

Inhalt

Herausgeber und Eigentümer: Kommunistischer Bund Wien
Druck und Verlag: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H.
Für den Inhalt verantwortlich: Karl Peter Schwarz
Alle: 1070 Wien, Halbgasse 12, Erscheinungsort: Wien
Verlagspostamt 1070.

Editorial

Mit der Herausgabe eines theoretischen Organs schafft sich der KB Wien ein zusätzliches Instrument zur öffentlichen Entwicklung, Darlegung und umfassenden Begründung seiner Anschauungen in allen Fragen der Ideologie und Politik der Kommunisten. In der gegenwärtigen Zeit, wo die Kommunisten ihre Anstrengungen auf die Herstellung der ideologischen und politischen Einheit und auf den organisatorischen Zusammenschluß aller marxistisch-leninistischen Kräfte richten, stellen wir das theoretische Organ auch in den Dienst dieser Anstrengungen.

Wie unsere Zeitung "Klassenkampf" wird auch der "Kommunist" in erster Linie solche Fragen behandeln, die der Gang des politischen Klassenkampfes selbst aufwirft und in den Vordergrund stellt. Wie der "Klassenkampf" wird auch der "Kommunist" diese Fragen so behandeln, daß es der Ausarbeitung der Ideologie und Politik, der Strategie und Taktik dient und fruchtbar gemacht werden kann für die Praxis der Kommunisten. Wie der "Klassenkampf" wird auch der "Kommunist" nichts von der übrigen Propaganda, Agitations- und Organisierungsarbeit Getrenntes sein, sondern vielmehr zielstrebig als ein Instrument dieser Arbeit von der Leitung des KB-Wien eingesetzt werden.

Nicht auf dieser Ebene liegt daher der Unterschied zwischen politischer Zeitung und theoretischem Organ. Der Unterschied liegt vielmehr nur darin, daß im theoretischen Organ alle Fragen, wie sie auch im "Klassenkampf" behandelt werden, viel umfassender behandelt, ihre theoretischen Grundlagen beleuchtet und umfangreichere Untersuchungen der konkreten Situation durchgeführt werden können. Sie können umfassender behandelt werden, nicht grundsätzlicher oder allseitiger. Im Gegenteil leidet unsere Zeitung gerade noch an dem Mangel, daß die Fragen der Arbeiterklasse und des Klassenkampfes oft nicht allseitig behandelt werden, sondern einseitig und schematisch, und daß das Grundsätzliche an unseren Aussagen, weil wir noch nicht gelernt haben, es anhand von lebendigem Anschauungsmaterial darzustellen, entweder verlorengeht oder hinter langatmigen Phrasen verschwindet. Ein Unterschied zwischen Zeitung und theoretischem Organ liegt auch darin, daß das theoretische Organ mehr als der "Klassenkampf" ein Forum der Diskussion, der Meinungsbildung und des Meinungskampfes sein kann, in dem auch verschiedene Auffassungen innerhalb der kommunistischen Bewegung mehr und breiteren Raum haben, als dies im "Klassenkampf" dem Wesen der Sache nach sein kann. Mehr und breiter als im "Klassenkampf", aber auch im "Klassenkampf" sollte die öffentliche Auseinandersetzung um die Politik der Kommunisten geführt werden. Das gilt für die Auseinandersetzung innerhalb der einzelnen Zirkel ebenso wie für die zwischen ihnen. Das theoretische Organ sollte insbesondere im Zusammenhang mit den Vereinheitlichungsbestrebungen der österreichischen Marxisten-Leninisten allen Organisationen und Genossen als Forum des Meinungskampfes offenstehen, soweit dies im Dienst der Vereinheitlichungsbestrebungen steht.

Das theoretische Organ wird statutengemäß von der Leitung des KB-Wien herausgegeben. Die Redaktion liegt in der Hand des Ständigen Ausschusses der Leitung.

Verstärken wir den Kampf um die politische Einheit und den organisatorischen Zusammenschluss der kommunistischen Bewegung!

Als die 1. ordentliche Delegiertenkonferenz des KB Wien am 15./16. Februar 1975 den Stand der kommunistischen Bewegung im Kampf um die nationale Vereinheitlichung untersuchte, die Erfahrungen der bisherigen Bemühungen in diesem Kampf zusammenfaßte und einige grundlegende Festlegungen für den weiteren Weg dabei traf (1), war bereits ein halbes Jahr vergangen, seit wir im September 1974 der kommunistischen Bewegung den - wenngleich noch unausgereitten und nur abstrakt in den Raum gestellten - Vorschlag unterbreitet hatten, auf den Zusammenschluß aller marxistisch-leninistischen Kräfte des Landes in einer einheitlichen demokratisch-zentralistischen Organisation hinzuarbeiten. Bereits im April 1974 hatte die VRAÖ (ML) die Notwendigkeit der Einheit der Marxisten-Leninisten betont und den Vorschlag gemacht, eine Art ständiger und institutionalisierter Aktionseinheit der kommunistischen Organisationen zu bilden, um sich so durch die politische Zusammenarbeit in der Praxis näher zu kommen (2). Dieser Vorschlag der VRAÖ(ML) stieß damals auf keine Resonanz bei den KBs, weil er nur darauf hinzielte, die ohnehin geübte Praxis der Zusammenarbeit in Einzelfragen zu verbessern, aber dem Grundübel der kommunistischen Bewegung, ihre politische und organisatorische Zersplitterung gar nicht in Frage stellte. Im Gegensatz dazu war unser Vorschlag vom September 1974 der Startschuß für den Beginn einer intensiveren Debatte in der kommunistischen Bewegung über den weiteren Weg.

Zieht man die Bilanz des letzten Jahres, dann sieht man den Widerspruch, daß zwar die meisten organisierten Kommunisten rasch die Notwendigkeit der politischen und organisatorischen Einheit anerkannt haben, daß wir aber lange Zeit hindurch den Kopf durch falsche und schematische Vorstellungen verbaut hatten und infolgedessen Hilflosigkeit und Perspektivlosigkeit vorherrschend waren. Gerade diese Hilflosigkeit und Perspektivlosigkeit hat uns lange Zeit verleitet, nach Allheilmitteln und Wunderwaffen Ausschau zu halten, die wir im "Programm" und im "theoretischen Organ" fanden. Das Anklammern daran konnte eine Zeitlang unsere tatsächliche Perspektivlosigkeit bezüglich des Wegs zur nationalen Einheit der Marxisten-Leninisten übertünchen, aber uns natürlich keinen Schritt weiterbringen. Ein Gefühl der Stagnation und Resignation breitete sich in Teilen der Bewegung aus, in der Praxis setzte man keine Anstrengungen in Richtung Einheit.

In diese Situation wurde im Juli der Salzburger Vorschlag (3) hineingeworfen, der scheinbar einen radikalen Schritt vorwärts forderte, aber in Wahrheit nur die alten falschen und schematischen Vorstellungen mit potenzierter Schärfe aufs Tapet brachte. Wir haben diesen Vorschlag im Beschluß der Leitung vom 23.6.(4) abgelehnt und unsere Vorstellungen über die weiteren Bemühungen der Marxisten-Leninisten um die Einheit kurz umrissen. Der vorliegende Artikel soll diese Vorstellungen umfassender darstellen und begründen, weitere Konsequenzen ziehen und auch bereits einen Schritt in Richtung Ausarbeitung eines Programmentwurfs tun.

Die Lage in der kommunistischen Bewegung

Im letzten Jahr ist viel in Fluß gekommen in der kommunistischen Bewegung, innerhalb der einzelnen Organisationen ebenso wie in den Beziehungen zwischen ihnen.
Zugrunde liegt dieser Entwicklung die Entwicklung des Klassenkampfes selbst. Die objektive Verschärfung und das deutlichere Hervortreten des Klassengegensatzes auf der Welt und in Österreich, der anhaltende Drang der Massen nach links und die dem entsprechende Rechtsentwicklung der Bourgeoisie bringt die gesellschaftlichen Verhältnisse in Fluß. Die Anforderungen an die Kommunisten, soweit sie sich nicht darauf beschränken, als Apostel des Marxismus-Leninismus den Massen gegenübertreten, sondern soweit sie in den Klassenkampf eingreifen wollen, werden immer größer und sie sind mit immer mehr politischen Fragen konfrontiert. Entscheidend ist dabei vor allem, daß sich im Zug dieser objektiven Entwicklung der politische Horizont und die Praxis der Kommunisten rasch ausdehnen, so daß nicht nur die Aufgaben wachsen, vor denen wir objektiv stehen, sondern auch der Umfang, in dem wir uns mit ihnen subjektiv konfrontiert sehen. Und es sind dies nicht nur die Aufgaben, mit denen der einzelne Zirkel auf Grund seiner eigenen beschränkten theoretischen und praktischen Arbeit konfrontiert ist, sondern es sind die Aufgaben, mit denen die Gesamtbewegung konfrontiert ist. Diese richten sich natürlich nicht nach den schwächeren Gruppen, sondern nach dem entwickelten Stand. Gerade bei den schwächeren Organisationen wächst unter diesen Umständen die Kluft zwischen den Aufgaben, die sie vor sich sehen, und den beschränkten lokalen Kräften. Vielleicht zeigt sich das am deutlichsten bei der Herausgabe von politischen Zeitungen durch die verschiedenen Organisationen.

Andererseits sind alle Organisationen in den Meinungskampf in der kommunistischen Bewegung in der einen oder anderen Weise hineingezogen worden. Selbstgenügsames politisches Schrebergärtnertum des einzelnen Zirkels, wie es früher gang und gäbe war, ist immer schwerer möglich. Deutlichste Zeichen dafür sind vielleicht die in den letzten Monaten veränderte Physiognomie der "Volksmacht" der VRAÖ(ML) oder eine gewisse Änderung in der Haltung der MLPÖ.

Wir dürfen keine Zeit verlieren und müssen die heute bestehenden günstigen Bedingungen dafür, die gesamte Bewegung in diese Bemühungen hineinzuziehen, nützen. Tun wir das nicht, lassen wir "die Zügel schleifen" wie in der Vergangenheit, dann werden sich die Bedingungen für den Kampf um die Einheit ungünstig entwickeln. Denn die Entwicklung der Verhältnisse selbst stellt uns vor immer mehr Fragen, die immer umfassendere und gründlichere Antworten erheischen. Kämpfen wir nicht um gemeinsame Antworten, dann werden wir verschiedene Antworten geben. Die nationale Vereinheitlichung ist eine Kampffrage. Ohne Kampf, spontan, wenn man die Dinge laufen läßt, kommen wir nicht weiter. Spontan werden Positionen nicht klarer und spontan entwickelt sich auch der Kampf zweier Linien nicht in positiver Weise. Spontan entstehen daher keine Voraussetzungen dafür, daß Differenzen überwunden werden. Spontan verfestigt sich vielmehr das Zirkelwesen mit der Weiterentwicklung der einzelnen Zirkel, die Zirkelstrukturen verkrusten sich, es verhärten sich oberflächliche und nicht fundierte Positionen, und es werden die auf Grundlage solcher Positionen existierenden Differenzen in einer schlichten Weise "ausgebaut".

Wird kein Kampf um die Einheit und die Überwindung des Zirkelwesens geführt, dann werden die einzelnen Zirkel - und je schwächer desto mehr - noch heftiger zurückgeworfen auf sich selbst und ihre schwachen lokalen Kräfte. Jeder Zirkel wird dann zwangsläufig die isolierte Entwicklung nur des eigenen Zirkels zum Maßstab und zur Richtschnur allen seines Handelns machen. Dieser objektive Gang der Entwicklung ist noch gefährlicher, wenn Tendenzen der Zirkelborniertheit und Eigensüchtigkeit seitens der einen oder anderen Gruppe dazukommen.

Es gibt keinen Stillstand in der kommunistischen Bewegung, ebensowenig wie es in irgendeiner anderen Frage des Klassenkampfes einen Stillstand geben kann. Wenn nichts vorwärtsgeht im Kampf um die nationale Verinheitlichung der kommunistischen Bewegung, dann wuchert das Zirkelwesen weiter, und es verschlechtern sich die Bedingungen, diesem Wuchern ein Ende zu setzen. Es ist daher ein Gebot der Stunde, alles zu tun, damit sich

- möglichst rasch
- möglichst große Teile der kommunistischen Bewegung
- auf möglichst klar festgelegter politischer Grundlage organisatorisch zusammenschließen können.

Der Kampf muß um die Einheit der Gesamtbewegung geführt werden

Von der 1. ordentlichen Delegiertenkonferenz wurde hervorgestrichen, daß die Überwindung der Zirkelzersplitterung nur erreicht werden könne, wenn der Kampf um die nationale demokratisch-zentralistische Organisierung der Kommunisten nicht eingeengt würde auf den Zusammenschluß der ideologisch und politisch relativ eng miteinander verbundenen KBs, sondern geführt würde als Kampf um die Einheit aller Marxisten-Leninisten des Landes. Das allein gewährleistet, daß der Kampf um die nationale Vereinheitlichung, die ganze Bewegung zum Tanzen bringt. Das allein gewährleistet auch, daß möglichst solide Grundlagen für die angestrebte nationale Organisation geschaffen werden. Es wäre dagegen falsch und abenteuerlich, z.B. von vornherein nur den Zusammenschluß der KBs anzuvisieren, deshalb geringere Anforderungen an die Voraussetzungen dieses Zusammenschlusses zu stellen und die Auseinandersetzung mit den anderen marxistisch-leninistischen Organisationen weniger ernst, weniger gründlich und weniger hartnäckig zu führen. Auf diese Gefahr eines "Zusammenschlusses der KBs von leichter Hand" hat die 1. ordentliche Deligiertenkonferenz des KB Wien mit Recht hingewiesen.

So richtig diese Orientierung ist, so wenig darf man sie allerdings in ein absolutes Schema verwandeln. Es wäre falsch, hinter dem Gedanken "Einheit der gesamten Bewegung" den Zweck der Einigungsbestrebungen aus dem Auge zu verlieren, nämlich durch die nationale Zusammenfassung der kommunistischen Kräfte die Schlagkraft der kommunistischen Bewegung im Klassenkampf zu erhöhen, erstmals wieder eine echte Kampforganisation zu schaffen, die ein Gewicht hat im Klassenkampf, und so einen bedeutenden Schritt vorwärts zu machen bei der Schaffung einer neuen kommunistischen und proletarischen Partei. Darum geht es, und dem dient der Kampf um die Einheit der gesamten Bewegung. Nur insofern und soweit der Kampf um die Einheit der gesamten Bewegung etwas vorwärtsbringt beim Aufbau der Partei, ist er von Bedeutung.

Falsch wäre es daher, den richtigen Gedanken der 1. ordentlichen Delegiertenkonferenz derart zu verabsolutieren, daß man jeden

Schritt in Richtung Zusammenfassung der kommunistischen Kräfte davon abhängig macht, ob ihm alle bereits zustimmen und in ihn direkt einbezogen werden können. Das würde angesichts der bestehenden Differenzen mit der VRAÖ(ML) über den Weg zur Einheit z.B. bedeuten, mit der Vorlage eines Programmentwurfs als Vorschlag an alle organisierten Marxisten-Leninisten, sich auf dieser Grundlage zusammenzuschließen, wer weiß wie lange zu warten und sich damit eines wichtigen Hebels, die nationale Vereinheitlichung voranzutreiben, nicht zu bedienen. Es würde letzthin zum Abwürgen jedes Vorwärtskommens überhaupt führen. Ebenso wäre es eine andere falsche Vorstellung, daß die angestrebte nationale Organisation nur als Einheit aller Marxisten-Leninisten von Nutzen sei, während jeder Zusammenschluß von Teilen der Bewegung, zum Beispiel nur der KBs, die Spaltung der Gesamtbewegung noch mehr vertiefen würde. Das wäre dann der Fall, wenn die Orientierung auf den Zusammenschluß nur der KBs an die Stelle des Kampfes um die Einheit der ganzen Bewegung treten würde. Der Zusammenschluß von Teilen der Bewegung kann aber durchaus auch notwendig werden als ein Zwischenresultat und ein Schritt auf dem Weg zur Einheit aller Marxisten-Leninisten Österreichs, das heißt erstens aus diesem Kampf hervorgegangen und zweitens bessere Voraussetzungen schaffend, um den Kampf um die Einheit der ganzen Bewegung auf höherer Stufenleiter fortzuführen. Denn was ist der Kampf um die Vereinheitlichung der marxistisch-leninistischen Bewegung anderes als der Kampf um die Herausbildung der richtigen ideologischen und politischen Linie und um ihre Durchsetzung in der gesamten Bewegung, und das geht auf nationaler Stufenleiter viel besser, ja dort geht es überhaupt erst richtig, denn erst dann kann sich die Politik der Kommunisten richtig entfalten und den ziemlich engen und beschränkten Zirkelrahmen überwinden. Deshalb kann, wenn der Gang der Dinge es notwendig macht, weil der Zusammenschluß aller Marxisten-Leninisten unmittelbar nicht möglich ist, die Zusammenfassung zunächst von Teilen der Bewegung auch ein gewaltiger Antrieb sein für die Gesamtbewegung, wenn sie im richtigen Geist und in der richtigen Weise erfolgt und wenn sich alle Teile der marxistisch-leninistischen Bewegung weiterhin ehrlich um die Einheit und den Zusammenschluß bemühen.

Es geht heute darum, möglichst rasch die notwendigen Voraussetzungen für die nationale Zusammenfassung der Kommunisten zu schaffen und auf dem Boden dieser Voraussetzungen unverzüglich auch organisatorisch zusammenzufassen, was aufgrund politischer Einheit bereits zusammengefaßt werden kann. Arbeiten wir entschieden an diesen Voraussetzungen und führen wir den Kampf um die Einheit aller Marxisten-Leninisten, denn was zum gegebenen Zeitpunkt zusammengeschlossen werden kann, das ist eine Kampffrage, und es ist noch nichts entschieden.

Notwendig ist die Einheit in der gesamten Politik

Wir müssen uns den Gedanken: "Der Kampf ums Grundsatzprogramm ist das Hauptkettenglied im Kampf um die nationale Vereinheitlichung," aus dem Kopf schlagen. Er hat uns, den KBs, lange genug den Blick verstellt. Er wurde importiert aus Westdeutschland und begründet mit einigen Äußerungen Lenins aus der Zeit der Gründung der Iskra im Jahre 1900.

Die tatsächliche Entwicklung in Westdeutschland zeigt allerdings folgendes Bild: Das Programm des KB Westdeutschland hatte die Bedeutung, eine Grundlage zu sein für den Zusammenschluß einiger Zirkel, die sich bereits in ihrer praktischen Politik nahegekommen waren und bereits eine gewisse Einheit erzielt hatten in der politischen Linie (woran das massive Auftauchen einer opportunistischen Strömung bei der Gründungskonferenz des KBW nichts ändert). Es hat heute ferner die Bedeutung, eine ideologische Grundlage für die Politik des KBW zu sein. Die Auseinandersetzung um das

Programm hat danach aber kaum in die anderen kommunistischen Organisationen hineingewirkt, und der Kampf zweier Linien in der kommunistischen Bewegung hat sich auch in der Folge nicht als Auseinandersetzung um das Grundsatzprogramm des KBW entfaltet. Er hat sich vielmehr entfaltet als Auseinandersetzung um die praktische Politik, wobei die Hauptfragen Fragen der politischen Linie waren, wie die Gewerkschaftsfrage, die Aktionseinheitspolitik und die Frage des demokratischen Kampfes. Um die Kommunisten und die klassenbewußten Arbeiter und schließlich die Massen zu gewinnen, ist nicht das Grundsatzprogramm das Hauptkettenglied, vielmehr geht es um die Politik, wie sie praktisch gemacht wird und daher überprüft werden kann, wobei ein Grundsatzprogramm natürlich einerseits eine ausgezeichnete ideologische Grundlage für diese Politik darstellt, andererseits in gewisser Weise die Zusammenfassung dieser Politik ist.

Dieselben Erfahrungen ergeben sich aus der heutigen Entwicklung der marxistisch-leninistischen Bewegung in anderen europäischen Ländern.

Sie ergeben sich auch aus der Entwicklung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands. Entwürfe für das Parteiprogramm existierten bereits, als sich die Bewegung offen in die revolutionären Marxisten um die Iskra und in die Ökonomisten spaltete. Der II. Parteitag konnte nicht abgehalten werden, solange nicht dieser Kampf, der nicht um das Grundsatzprogramm geführt wurde, sondern "um das System und den Plan der praktischen Tätigkeit" (Lenin, Womit beginnen?, Lenin Werke 5, S. 5), ausgetragen und für den revolutionären Marxismus entschieden war. Weiter: Ein Grundsatzprogramm war am II. Parteitag der SDAPR bereits beschlossen, als sich die Partei in Bolschewiki und Menschewiki spaltete, wobei es sich nicht um das Grundsatzprogramm,sondern zunächst um organisatorische Fragen und dann rasch um die Frage der Taktik der Partei in der bürgerlich-demokratischen Revolution handelte. Man braucht nur an Lenins "Was tun?" oder "Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück" denken, um zu sehen, daß sich Lenin nie durch ein schematisches Klebenbleiben an unter anderen Bedingungen gemachten Äußerungen den Blick verstellen ließ für die wirklich aktuellen Notwendigkeiten des Kampfes um die Partei.

Notwendig, um die kommunistische Bewegung oder Teile davon zu einer Organisation zusammenzufassen, ist die Vereinheitlichung der Politik, d.h. aller Seiten der Politik, von den ideologischen Grundanschauungen über die politische Linie, die grundlegende Einschätzung der heutigen Klassenkampfsituation, die Grundzüge der durchzuführenden praktischen Politik, d.h. "jenen systematischen, durch feste Prinzipien erhellten und unbeirrbar durchzuführenden Tätigkeitsplan, der allein die Bezeichnung Taktik verdient" (Womit beginnen? LW 5, S.7), bis zu den organisatorischen Anschauungen. Jede Orientierung auf eine Vereinheitlichung der Marxisten-Leninisten Österreichs, die nicht eine Vereinheitlichung der Politik in diesem umfassenden Sinn anstrebt, ist illusionär. Wenn es keine Einheit hinsichtlich der konkreten Politik gibt, und zwar in ihren Hauptfragen, natürlich nicht in jeder einzelnen Frage, wird es überhaupt nicht zur Gründung einer nationalen Organisation kommen. Ferner wird ohne Kampf um die Einheit in der konkreten Politik gar nicht an den Tag treten, wie tief die Differenzen liegen, ob es sich um grundsätzliche Differenzen handelt oder nicht. Nehmen wir zum Beispiel die Gewerkschaftsfrage: Mag sein, daß man sich hier "einigen" könnte über den programmatischen Grundsatz, daß die Arbeiterklasse allgemein gesprochen Gewerkschaften braucht. Aber es bestehen diametral entgegengesetzte Auffassungen darüber, ob der ÖGB eine Gewerkschaft in diesem Sinn ist oder ein politischer Apparat der Bourgeoisie, des "bürokratischen Kapitals", ein "Teil des Staatsapparats" o.ä.; ob die Kommunisten den Kampf um die Gewerkschaft, d.h. den ÖGB, führen sollen; ob sie für den Austritt aus dem ÖGB agitieren und neue Gewerkschaften aufbauen sollen; ob sie den

obigen Grundsatz Grundsatz sein lassen und die Zugehörigkeit der lohnabhängigen Massen zum ÖGB ignorieren sollen, usw. usf. Kurz: es steht eine Politik gegen eine vollständig andere Politik.

Was tut hier not? Not tut hier nicht in erster Linie eine Diskussion darüber, ob alle einen oder ein paar programmatische Sätze anerkennen (etwa von der Art: "Der wirtschaftliche und der politische Kampf der Arbeiter müssen zum einheitlichen Klassenkampf verbunden werden." "Die Arbeiterklasse braucht zur Führung des Klassenkampfes Gewerkschaften" usw. usf.). Was hier nottut, ist vielmehr die volle und allseitige Austragung der politischen Differenzen und die Ausleuchtung dieser Differenzen daraufhin, wie tief sie gehen, wie umfassend sie sind, usw. Das schließt selbstverständlich auch die Diskussion über die genannten programmatischen Grundprinzipien ein. Indem sich so Politik gegen Politik stellt, wird erst klar, was richtig und falsch ist für die Beförderung des Klassenkampfes in Österreich. Indem sich so Politik gegen Politik stellt, wird auch deutlicher werden, daß es sich hier in der Tat nur um schwerwiegende grundsätzliche Differenzen handeln kann, nämlich um Differenzen darüber, wie die Arbeiterklasse überhaupt den Klassenkampf führen soll und ihre Ziele erreichen kann, welchen Weg sie überhaupt im Kampf gehen soll. Auf dieser Grundlage stellt sich auch erst wirklich die Frage, ob und wozu sie dabei Gewerkschaften braucht und stellt sich überhaupt erst heraus, ob Einheit im Grundsätzlichen besteht oder nicht. Ich glaube, daß sich die Sache so verhält: Um zur politischen Einheit und zum Zusammenschluß zu kommen, muß die Auseinandersetzung um die gesamte Politik der Kommunisten geführt werden. Es führt nicht zum Ziel, wenn die politische Auseinandersetzung, soweit sie sich nicht um "Grundsätze" dreht und keinen "programmatischen Charakter" hat, als zweitrangig behandelt wird. Erklärt man den "Kampf ums Programm" zum Hauptkettenglied, dann kann man die "taktische Vereinheitlichung", wie es in den bisherigen Dokumenten immer hieß, tausendmal als auch notwendig und wichtig bezeichnen, in der Tat hat man sie schon vom eigentlich Entscheidenden abgetrennt und an die zweite Stelle gesetzt. Eine solche schematische Trennung der verschiedenen "Ebenen" der Vereinheitlichung war bisher bei den KBs gang und gäbe. Sie hat dazu geführt, daß in einer sehr sterilen Weise in jeder politischen Frage sofort nach dem "Grundsätzlichen", "Programmatischen" gesucht wurde und die ganze Frage oft nur mehr in dieser bornierten Weise gesehen wurde. Sie hat ferner dazu geführt, daß die anderen "Ebenen" überhaupt vernachlässigt wurden. Insgesamt wurde infolgedessen die Auseinandersetzung um die praktische Politik zwar nicht verdrängt, denn unabhängig von unserem Willen haben sich gerade die Gewerkschaftsfrage, die Frage der Wahlen usw. in den Vordergrund geschoben, aber doch vernachlässigt und nicht richtig geführt. Und auch eine Debatte um "programmatische Fragen" ohne Fleich und Blut konnte so natürlich nicht in Gang kommen.

Unsere Zeitung als Hebel der nationalen Vereinheitlichung

Der Kampf um die Einheit der österreichischen Marxisten-Leninisten darf also nicht wie in der Vergangenheit eingeengt, beschränkt, einseitig und abstrakt betrachtet werden. Er ist hingegen eine umfassende Angelegenheit, die sich auf alle Seiten der Politik der Marxisten-Leninisten bezieht. Dementsprechend umfassend müssen auch unsere Anstrengungen im Kampf um die nationale Einheit der Marxisten-Leninisten sein.

Im Mittelpunkt dieser Anstrengungen sollten in den kommenden Wochen die Erarbeitung eines Grundsatzdokuments und die vierzehntägige Herausgabe und entschiedene Verbesserung des "Klassenkampf" sein.

Im "Klassenkampf" kommt unsere gesamte Politik zum Ausdruck, alles, was wir der Arbeiterklasse und dem Volk zu sagen haben. Der "Klassenkampf" ist der beste Maßstab für die Entwickeltheit unserer Politik, für unsere ideologische Klarheit und Festigkeit ebenso wie für unsere praktischen Fähigkeiten im Klassenkampf. Von unserer Zeitung geht unserer bedeutendster Einfluß aus auf Teile der Massen wie auch auf die kommunistische Bewegung. Das war schon bisher so, und es würde in potenzierter Weise so sein, wenn die Zeitung im Herbst noch wesentlich verbessert wird und vierzehntägig erscheinen würde. Dieser Schritt würde erstens ein starker Antrieb sein, um unsere Politik weiterzuentwickeln. Das allein wäre schon von Bedeutung für die Sache der nationalen Vereinheitlichung der Marxisten-Leninisten. Er würde zweitens erleichtern, unsere Politik als Vorschlag in die marxistisch-leninistische Bewegung hineinzutragen. Zumindest was die KBs betrifft könnten und sollten diese Vorschläge in gewisser Weise zu einem ideologischen und politischen Leitfaden, zu einem Leitfaden der Auseinandersetzung um die Politik der Marxisten-Leninisten, zu einem Gerüst für die Bemühungen um Einheit in der Politik werden. Deshalb wird die Leitung des KB Wien den Plan einer vierzehntägigen Herausgabe des "Klassenkampf" ab Herbst in der Organisation zur Debatte stellen und sich für seine Verwirklichung einsetzen.

Die Ausarbeitung eines Programmentwurfes ist notwendig

Im Kampf um eine einheitliche Politik der Marxisten-Leninisten ist es selbstverständlich richtig und notwendig, jeder politischen Meinungsverschiedenheit in einer richtigen Weise auf den Grund zu gehen, ihre Wurzel und ihr Wesen offenzulegen. Das führt natürlich auf die Grundanschauungen der Kommunisten hin. In diesen ist in gewisser Weise die Politik zusammengefaßt, kommt sie in konzentrierter Form und auf einen allgemeinen Nenner gebracht zum Ausdruck. Es ist daher wichtig, Meinungsverschiedenheiten auf das Grundsätzliche zurückzuführen und gerade dieses Grundsätzliche zu einem entscheidenden Gegenstand der Auseinandersetzung zu machen.
Das steht in der kommunistischen Bewegung außer Streit. Anerkannt wird von größten Teilen der Bewegung auch die Notwendigkeit, die Auseinandersetzung um die Grundauffassungen der Marxisten-Leninisten zuzuspitzen auf ein Grundsatzdokument oder ein Programm. Anerkannt wird dies freilich mehr im Sinne eines Schemas und weniger aufgrund der konkreten Untersuchung der gegenwärtigen Situation der marxistisch-leninistischen Bewegung in Österreich. Nur eine konkrete Untersuchung kann aber die Frage beantworten, ob ein solches Grundsatzdokument notwendig ist, und vor allem, wie es ausschauen soll.

Drei aktuelle und in der praktischen Arbeit wurzelnde Erfordernisse der marxistisch-leninistischen Bewegung machen die Ausarbeitung eines Grundsatzdokuments notwendig.

1. Die Grundanschauungen des Marxismus-Leninismus und die Ziele der Kommunisten sind in Österreich durch den modernen Revisionismus verschüttet und entstellt worden. Die MLÖ, die sich in den sechziger Jahren von der revisionistischen KPÖ trennten, haben am Marxismus-Leninismus festgehalten. Aber erstens hat das Scheitern des Versuchs, eine starke kommunistische Kampforganisation aufzubauen, ihren ideologischen Bemühungen nicht den notwendigen Erfolg gebracht, und zweitens haben sie angesichts der damaligen politischen Umstände die Grundanschauungen des Marxismus-Leninismus nicht zusammenhängend und systematisch dargelegt. Es ist von großer Bedeutung für die Arbeiterklasse und die Volksmassen, daß die Kommunisten die Grundauffassungen des Marxismus-Leninismus ans Tageslicht bringen, sie zusammenfassend und öffentlich darlegen, und es entspricht einem aktuellen Bedürfnis der fortschrittlichen und revolutionären Menschen, was sich in der Praxis immer wie-

der zeigt. Es ist auch für die marxistisch-leninistische Bewegung selbst von größter Bedeutung, wenn sie sich so ein festes Fundament und einen Leitfaden für die Praxis schafft, insbesondere angesichts der Tatsache, daß die Hauptkräfte der marxistisch-leninistischen Bewegung in Österreich relativ jung, politisch unerfahren und nicht in der Tradition der revolutionären Arbeiterbewegung verwurzelt sind. Dieses Erfordernis bezieht sich insbesondere auf die Darlegung des Gangs und der Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Entwicklung, das heißt des "allgemeinen Gesetzes der kapitalistischen Akkumulation" und des Übergangs von der Konkurrenz zum Monopol, ohne die Konkurrenz und die allgemeinen Gesetze des Kapitals aufzuheben; des Charakters des Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, als sterbender und faulender Kapitalismus; die Unvermeidbarkeit von Kriegen im Kapitalismus; der Tatsache, daß in einem entwickelten kapitalistischem Land das Proletariat die einzig revolutionäre Klasse ist und alle anderen Klassen und Schichten nur so weit eine Perspektive haben, als sie sich auf den Standpunkt des Proletariats stellen; der klassenlosen Gesellschaft als Ziel der Arbeiterbewegung; der Notwendigkeit der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und der Errichtung der Diktatur des Proletariats in Gestalt einer Staatsmacht vom Typus der Pariser Kommune, sowie die Unvermeidbarkeit des bewaffneten Aufstandes; der Tatsache, daß die österreichische Arbeiterklasse vor Errichtung ihrer Diktatur keine anderen strategischen Aufgaben mehr zu erfüllen hat; des marxistisch-leninistischen Prinzips, daß der Kampf um Reformen dem Kampf um die Revolution untergeordnet ist; der Notwendigkeit der Fortsetzung des Klassenkampfes und der Aufrechterhaltung der proletarischen Diktatur nach der Eroberung der politischen Macht; und anderes mehr. In allen diesen und anderen Grundfragen hat der moderne Revisionismus den Marxismus-Leninismus in sein Gegenteil pervertiert.

2. Es sind bereits eine Reihe von Differenzen und Unklarheiten in der kommunistischen Bewegung aufgetreten, die nicht von untergeordneter Bedeutung sind und sich auf Einzelfragen beziehen, sondern die in den Bereich der Grundsätze reichen. Sie müssen geklärt und entschieden werden, damit es ein Weiterkommen in der Politik und Einheit der Marxisten-Leninisten, seien es auch nur Teile der Bewegung , auf solider Grundlage geben kann. Diese Differenzen und Unklarheiten beziehen sich hauptsächlich auf die

a) allgemeinen Grundanschauungen der Marxisten-Leninisten über Wesen und Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft, insbesondere über das Verhältnis von Monopol und Konkurrenz (Vgl. "Bürokratisches Kapital", Wesen und Gang der kapitalistischen Krise), über die besondere ökonomische Stellung und die historische Rolle des Proletariats im Unterschied zu allen übrigen Klassen und Schichten der Gesellschaft (Vgl. die Klassenanalyse der Grundsatzerklärung der VRA, Bauernfrage), über den Gang des Klassenkampfes, über die Formierung der Arbeiterklasse zur bewußt handelnden Klasse (Vgl. "Unsere Perspektiven" der VRAČ/ML).

b) Einschätzung Österreichs als imperialistisches Land und Unterdrückernation, in dem es keinerlei Gemeinsamkeit mit der Bourgeoisie und nur ein selbstständiges nächstes Hauptziel des Proletariats geben kann: die Errichtung der Diktatur des Proletariats (Vgl.die Frage des "Kampfes um die nationale Unabhängigkeit Österreichs").

c) Frage des Weges zur Revolution (Frage des demokratischen Kampfes, Frage des Kampfes um Forderungen zugunsten der Arbeiterklasse (und aller Lohnabhängigen), Frage der Verbindung des Tageskampfes mit dem Endziel, Frage der Verbindung von wirtschaftlichen und politischen Kampf, Frage der Einheitsfrontpolitik usw.)

d) Rolle und Aufgaben der Kommunisten im Klassenkampf (Vgl. besonders die Frage eines Forderungsprogramm überhaupt).

In allen diesen strittigen oder unklaren Fragen sind klare Festlegungen grundsätzlicher Art möglich und notwendig, will man nicht bewußt eine nur auf Sand gebaute Einheit riskieren.

3. Angesichts der immer schwierigeren und komplizierteren Aufgaben im Klassenkampf macht sich immer dringender das Bedürfnis geltend, "unsere nächsten politischen Aufgaben genau festzulegen, die nächsten Forderungen aufzuzeigen, die den Kreis unserer Agitationstätigkeit umreissen sollen", um ihr "Einheit zu verleihen, sie dadurch zu erweitern und zu vertiefen, die Agitation aus einem Stückwerk, einer partiellen Agitation für kleine, nicht zusammenhängende Forderungen zu einer Agitation für die Gesamtheit der sozialdemokratischen (d.h. heute kommunistischen) Forderungen zu machen" (Lenin, Band4, S.224). Wir brauchen in der komplizierten Vielschichtigkeit des Klassenkampfes eine feste Richtschnur, die die tagtägliche Praxis auf das Ziel auszurichten hilft und die unabhängig ist vom Auf und Ab der Entwicklung. Jeder Kommunist, der sich auf die Schaffung einer einheitlichen marxistisch-leninistischen Kampforganisation orientiert, spürt empfindlich das Fehlen einer solchen Festlegung in der praktischen Arbeit. Auch eine solche Festlegung muß Bestandteil, ja der zentrale Bestandteil des Grundsatzdokumentes sein.

Betrachtet man diese drei Erfordernisse der Bewegung, dann ergibt sich die Notwendigkeit eines Grundsatzdokumentes. Ferner ergibt sich, daß dieses eine marxistisch-leninistische Prinzipienerklärung ebenso beinhalten muß wie einen "praktischen Teil" zur Ausrichtung der Agitation. Es ist des weiteren sinnvoll, dieses Dokument in Gestalt eines Programms abzufassen. D.h. wir sollten auf die knappe und allgemein gültige Darlegung des Wesentlichsten an unseren ideologischen, politischen und taktischen Auffassungen beschränken und darauf verzichten, darin besondere und rasch wechselnde Erscheinungen zu berücksichtigen, wie wichtig diese in der Praxis auch sein mögen. Wir sollten nur das festhalten, was wir an grundlegenden Einsichten und Zielen in der Arbeiterklasse im Lauf des Klassenkampfes und in langwieriger Arbeit verankern wollen. Wir sollten uns im Prinzip darauf orientieren, daß dieses Dokument solange Gültigkeit haben kann, solange nicht eine grundlegende Umwälzung in den gesellschaftlichen Verhältnissen eintritt. Wir sollten uns mit Festlegungen begnügen, das Ausführen, Begründen und Kommentieren aber der laufenden Agitation und Propaganda überlassen. Damit das Grundsatzdokument eine Waffe im Klassenkampf sein kann, muß es den Charakter einer Kampfansage an das herrschende System haben, nicht bloß den einer theoretischen Analyse des Systems. Insbesondere muß der praktische Teil, der Hauptteil des Programms, so abgefaßt werden, daß er die Direktive abgibt für die alltägliche Praxis der Marxisten-Leninisten. Er muß in allgemeiner Form alles Wesentliche enthalten, wofür wir die Arbeiterklasse in den Kampf rufen. Und er muß es so enthalten, wie wir es unter Arbeiter tragen. Ausgehend von unseren Auffassungen über die Rolle und das Eingreifen der Kommunisten im Klassenkampf heißt das: der praktische Teil muß als Forderungsprogramm geschrieben werden.

Es ist vielleicht nicht überflüssig, sich an dieser Stelle auch noch explizit gegen schematische Fehler zu wenden, die in der marxistisch-leninistischen Bewegung vorhanden sind. Es handelt sich um den Fehler, nicht von den aktuellen Anforderungen der gegenwärtigen Bewegung auszugehen, sondern vom abstrakten Schema "des Programms", das scheinbar zum selbstständigen Leben erwacht und unabhängig vom realen Gang der Arbeiterbewegung durch die Geschichte geistert, stets bestrebt, sich zu seiner "idealen", a priori gegebenen Gestalt zu vervollkommnen. Gehen die Marxisten-Leninisten von so einem Programmschematismus aus, dann müssen sie sich zwangsläufig in den luftleeren Raum begeben, auf die Suche nach dem "Programm" und nach "Vorbildern". Vorbilder, d.h. verallgemeinerte Erfahrungen der Arbeiterbewegung, sind von größter Bedeutung, weil wir mit unseren

wenigen beschränkten Erfahrungen allein nicht weit kommen würden. Vorbilder sind vor allem für den praktischen Teil des Programms von ebenso großer Bedeutung, wie die marxistisch-leninistische Theorie für den "prinzipiellen Teil". Aber mit Vorbildern kann man nur dann wirklich etwas anfangen, wenn man zuerst weiß, was und wozu man es will, unddas kann nur die Untersuchung der konkreten Situation ergeben. Eine wichtige Äußerungsform dieses falschen Herangehens ist die Art und Weise, wie oft die "Programmatische Erklärung" der MLPÖ und die "Grundsatzerklärung" der VRA behandelt werden. Es ist von Interesse, ob die darin vertretenen Positionen richtig oder falsch sind. Es ist von Interesse, ob sie ihrem damaligem Zweck, die Marxisten-Leninisten im Kampf gegen den modernen Revisionismus zu sammeln und sie zu einer revolutionären Politik zu befähigen, erfüllt haben oder nicht. Es ist aber nicht von Interesse, "ob sie ein Programm sind", das alle Bestandteile enthält und so aufgebaut ist, "wie es sich für ein ordentliches Programm gehört". Esist auch nicht von Interesse, ob sie eine geeignete Grundlage abgeben für den Zusammenschluß der marxistisch-leninistischen Bewegung der Gegenwart, die eine andere Vorgeschichte hat und unter anderen politischen Verhältnissen wirkt. Weder MLPÖ noch VRA haben den Vorschlag gemacht, die Marxisten-Leninisten sollten sich auf diesen Grundlagen zusammenschließen. Es gibt daher allen Grund, sich mit den Dokumenten zu beschäftigen, es gibt aber keinen Grund,sie als solchen Vorschlag zu behandeln.

Der Aufbau des Programms

Das Programm soll wie die russischen Parteiprogramme von 19o3 und 1918 und vorher das Erfurter Programm der Sozialdemokratie aus einem prinzipiellen Teil und einem praktischen Teil (Forderungsprogramm) bestehen. Der prinzipielle Teil sollte einerseits die Anschauungen der Marxisten-Leninisten über Wesen und Gang der kapitalistischen Gesellschaft, über den Gang, die Bedingungen und die allgemeinen Resultate, d.h. die Ziele des Klassenkampfes des Proletariats und über die Rolle und die Aufgaben der Kommunisten im Klassenkampf darlegen. Andererseits soll er Österreich als entwickeltes kapitalistisches und imperialistisches Land darstellen und davon ausgehend die Etappe der Revolution in Österreich bestimmen, d.h. die Errichtung der Diktatur des Proletariats als unmittelbares strategisches Ziel der Arbeiterklasse festlegen.
Sowohl in seinem allgemeinen, als auch im besonderen,auf Österreich bezogenen Teil muß sich der prinzipielle Teil des Programms von dem Gedanken leiten lassen, den Hermann Duncker im Zug der Programmdebatte der Kommunistischen Internationale so formulierte:" Eine Aufzählung der Grundsätze (Prinzipien), auf denen sich die sozialistisch-kommunistische Zielforderung erhebt, wird immer die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, deren Umsturz erstrebt wird, als Ganzes in ihren Hauptercheinungen bloßzulegen haben. Sie muß die Entwicklungen aufdecken, die sich in ihr vollziehen und aus der sich sowohl die Unmöglichkeit einer Aussöhnung mit dem Kapitalismus wie die Notwendigkeit der proletarischen revolutionären Machteroberung ergibt. Es ist klar, daß solche Kennzeichnung die ökonomischen Erscheinungen nicht aus der Froschperspektive, d.h. nicht aus dem Augenmaß des letzten Tages betrachten darf. Ein Programm wird nicht für den Augenblick geboren. Es kann nicht gewechselt werden, wie die Frühjahrs- und Herbstmode. Es muß für absehbare Zeit die Richtschnur der Partei sein. Daraus folgt, daß bei aller wünschenswerten Aktualität doch das Programm die wirtschaftlichen und politischen Ereignisse von so hoher Warte aus ansehen muß, daß sie in ihren größeren Zusammenhängen gewertet werden. Man hat sich hier und da gewöhnt, sowohl den Imperialismus als ein dem Kapitalismus gegenüber völlig neu geartetes Gebilde hinzustellen, wie man auch in der "Rationalisierung" eine ganz neue wirtschaftliche Erscheinung vor sich zu haben glaubte. Hier gerade liegt die Aufgabe des Programms, die Augen der Parteigenossen immer wieder auf das Grundsätzliche und Wesentliche im Fluß der kapitalistischen Entwicklung hinzulenken. Ein Programm soll "in Kontinenten denken" und hat keinen Minutenzeiger. Das ABC der marxistischen Kapitalkritik hat sich nicht verändert, wenn sich auch der ökonomische Anschauungsstoff seit dem Tod von Marx und Engels gewaltig vermehrt und differenziert hat. Das Programm hat aber gerade das theoretische und politische ABC zu geben. So muß es notgedrungen die Spezialisierung und Detaillierung vermeiden, auch auf die Gefahr hin, daß es marxistisch "altmodisch" erscheint. Das Programm sollte bis zur Eroberung der politischen Macht durch das proletariat keiner Umänderung und Verbesserung mehr bedürfen! Unter solchen Gesichtspunkten muß der theoretische Teil entworfen werden."

Der Hauptteil des Programms soll ein praktischer Teil sein. Für ihn sollten wir uns an die Worte Lenins halten:"Dieser Abschnitt des Programms muß (in Verbindung mit dem Vorhergehenden) die grundlegenden Leitsätze für die Agitation liefern, ohne natürlich die Agitatoren irgendwie daran zu hindern, in einzelnen Gegenden, Produktionszweigen, Fabriken usw. andere, etwas veränderte, konkretere, mehr ins Detail gehende Forderungen aufzustellen. Bei Abfassung dieses Programmabschnitts müssen wir deshalb bestrebt sein, zwei Extreme zu vermeiden : Einerseits darf keine der wichtigen, grundlegenden Forderungen, die von wesentlicher Bedeutung für die ganze Arbeiterklasse sind, ausgelassen werden; andererseits dürfen wir uns nicht übermäßig in Einzelheiten verlieren, da es unrationell wäre, das Programm mit ihnen voll zustopfen." (Lenin, Werke Band 4, S.235)

Dem Wesen der Sache nach sollte das Forderungsprogramm der Kommunisten sich gliedern in 2 Abschnitte. Der erste Abschnitt sollte die revolutionär-demokratischen Forderungen enthalten, die die Arbeiterklasse im Kampf der Volksmassen gegen den bürgerlichen Staat erhebt und die sich ihrem Wesen nach auf den Widerspruch zwischen dem Volk und dem Staat beziehen. Der zweite Abschnitt sollte die Forderungen nach den Arbeiterschutzmaßnahmen und Arbeiterrechten enthalten, die die Arbeiterklasse zwar an den Staat als politischen Ausschuß der Kapitalistenklasse richtet, die sich aber ihrem Wesen nach auf das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital beziehen.

Die revolutionär-demokratischen Forderungen "sind frontal gegen die politischeHerrschaft der Bourgeoisie, gegen die bürgerliche Staatsmacht gerichtet und stellen sie in Frage. Sie rücken die Form der proletarischen Staatsmacht, nämlich breiteste Demokratie des Volkes, ins Blickfeld" (Ergebnisse der 1. Ordentlichen Delegiertenkonferenz des KB-Wien S.6o). Sie dienen der Arbeiterklasse dazu, um an die proletarische Revolution heranzukommen, freien Raum für die Entfaltung des Klassenkampfes zu schaffen und das ganze Volk gegen den bürgerlichen Staat zusammenzuschließen.
Die Arbeiterschutzforderungen "zielen darauf ab, die Arbeiterklasse vor körperlicher und geistiger Degradation zu bewahren und sie besser zu befähigen, den Klassenkampf zu führen" (ebenda, S.84). Sie zielen ab auf die Einheit und Selbstständigkeit der Arbeiterklasse und richten sich gegen ihre Spaltung. Ihr Zweck ist die Einschränkung der Ausbeutung und der Konkurrenz der Arbeiter untereinander.
Auch diese Zwecke des Forderungsprogramms sollen im Programm ausdrücklich festgelegt werden, sagen sie doch, daß der Kampf um diese Forderungen dem Kampf um die Revolution dient und ihm untergeordnet ist.
Im einzelnen sollte das Programm folgenden Aufbau haben: Nach der einleitenden Bemerkung, daß sich die österreichischen Kommunisten als Teil der proletarischen Weltarmee betrachten und dasselbe Endziel verfolgen, das sich aus dem Gang des Kapitalismus selbst ergibt, folgt:

Prinzipieller Teil :

I) WESEN UND GANG DER ENTWICKLUNG DES KAPITALISMUS

1) Die Warenproduktion ist die Grundlage des Kapitalismus.
2) Die Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital ist der Kern des Kapitalismus und die Grundlage des Klassengegensatzes.
3) " Das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation ",die Verschärfung des Grundwiderspruches und die fortwährende Proletarisierung der kapitalistischen Gesellschaft.
4) Krisen als notwendiges Produkt des Kapitalismus.
5) Der Übergang der Konkurrenz zum Monopol; das Monopol ist die ökonomische Grundlage des Imperialismus.
6) Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus und die ökonomischen Charakteristika des Imperialismus.
7) Die Unvermeidbarkeit von Kriegen im Imperialismus.
8) Der Imperialismus ist sterbender und faulender Kapitalismus.
9) Das Zeitalter des Imperialismus ist auch Zeitalter der proletarischen Weltrevolution. Der Klassenkampf der Arbeiterklasse und der Befreiungskampf der unterdrückten Völker sind zwei Triebkräfte der Weltrevolution.

II) "GANG, BEDINGUNGEN UND ALLGEMEINE RESULTATE" DES KLASSENKAMPFES DES PROLETARIATS

1) Das Endziel des Klassenkampfes ist die klassenlose Gesellschaft.
2) Vorbedingung für den Aufbau des Sozialismus ist die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und die Errichtung der Diktatur des Proletariats, wobei die Arbeiterklasse die politische Macht nur mit Waffengewalt erobern kann.
3) In der Übergangsperiode existieren Klassen, Klassengegensätze und Klassenkampf für eine lange Periode weiter, die Arbeiterklasse muß ihre Diktatur aufrechterhalten und die Restauration des Kapitalismus verhindern.
4) Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein.

III) ROLLE UND AUFGABEN DER KOMMUNISTEN

1) Die Kommunisten haben keine von der Arbeiterklasse getrennten Interessen; sie wollen die Arbeiterklasse zur Klasse organisieren, d.h. zur politischen Partei.
2) Die besondere Rolle der Kommunisten in der Arbeiterbewegung und die Grundprinzipien der marxistisch-leninistischen Strategie und Taktik.
3) Der Kampf gegen Reformismus und Revisionismus (vor und nach der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse).

IV) DER KAPITALISMUS IN ÖSTERREICH

1) Österreich ist ein kapitalistisches Land mit entwickelten Klassenverhältnissen, das Proletariat ist die einzige revolutionäre Klasse.
2) Die Errichtung der Diktatur des Proletariats ist das unmittelbar strategische Ziel der Arbeiterklasse in Österreich, es gibt keine Zwischenetappen auf diesem Weg.
3) Österreich ist ein imperialistisches Land, eine Unterdrücker - nation.

Praktischer Teil :

V) DIE ARBEITERKLASSE MUSS DEN DEMOKRATISCHEN KAMPF GEGEN DEN BÜRGERLICHEN STAAT FÜHREN.

Das demokratische Forderungsprogramm der Kommunisten.

VI) DIE ARBEITERKLASSE MUSS DEN KAMPF UM DIE ARBEITERSCHUTZFORDERUNGEN UND ARBEITERRECHTE FÜHREN.

Das Arbeiterforderungsprogramm der Kommunisten.

Das sind einige Schlagworte, die bereits die Auseinandersetzung über den Gesamtcharakter des Programms ermöglichen, nicht allerdings noch die inhaltliche Diskussion über die einzelnen Punkte.

Wie soll die Programmarbeit aussehen und was erfordert sie?

Zwei Dinge sind hier vorerst wichtig zu betonen. Erstens: um weiterzukommen in Richtung Einheit der Marxisten-Leninisten soll sofort ein Programmentwurf ausgearbeitet werden. Es war falsch,wenn es in den Ergebnissen der 1. Ordentlichen Delegiertenkonferenz des KB-Wien hieß:"Sobald der Meinungskampf um die Fragen des Programms einen gewissen Reifegrad erreicht hat,.. wird die Zusammenfassung und Zentralisierung der Debatte notwendig werden. Dann muß direkt ein Programmentwurf geschrieben und dieser erörtert werden" Denn wenn nicht von Anfang an die Debatte auf einen Programmentwurf hingerichtet wird, dann kommen wir gar nie soweit. Denn daß bisher nichts weitergeht bei dieser Arbeit hat - neben der allgemeinen Vernachlässigung des ideologischen Aufbaus -seinen Grund auch in der Orientierungslosigkeit und Perspektivlosigkeit bei der ideologischen Arbeit: Welche Fragen? Mit welchem Gewicht? In welcher Weise? Ferner findet keine Zusammenfassung der ideologischen Arbeit statt, diese findet nur zersplittert statt und kommt deshalb nicht voran in der Richtung, in der sie vorankommen soll: in der Richtung eines Programms. Drittens hat die ideologische Auseinandersetzung unter den Marxisten-Leninisten keinen festen Bezugspunkt und wuchert daher spontan dahin.
Aus allen diesen Gründen glauben wir, daß man unmittelbar an die Ausarbeitung eines Programmentwurfes gehen sollte.
So wie die Lage in der kommunistischen Bewegung ist, ist es zweckmäßig, wenn der KB-Wien einen solchen Programmentwurf ausarbeitet als Vorschlag an die kommunistische Bewegung. Das haben wir in der Stellungnahme der Leitung vom 23.6. bereits begründet.
Ein solcher Programmentwurf würde natürlich von niemandem zum Beschluß erhoben als von der Gründungskonferenz der nationalen Organisation, deren Grundlage er sein soll. Er würde vorher gründlich von der ganzen Bewegung diskutiert werden, wobei diese Diskussion schon in der Ausarbeitungsphase beginnen würde, weil die Programmarbeit von uns laufend öffentlich dokumentiert würde. Er würde dennoch in gewisser Weise bereits vor der Gründung der nationalen Organisation als Richtschnur unserer Politik dienen und so überprüft werden können auf seine Tauglichkeit, die Praxis zu leiten, um dann mit der Beschlußfassung bereits ein schlagkräftiges Instrument zu sein, auf dessen Benützung wir uns schon vorbereitet haben.

Die Ausarbeitung des Programmentwurfes selbst erfordert große theoretische Anstrengungen, um unsere marxistisch-leninistische Anschauungsweise umfassend und gründlich zu vertiefen, wobei die oben genannten aktuellen Erfordernisse den Leitfaden abgeben.

Beim Teil I handelt es sich darum, sich eine möglichst große und auf der Höhe der marxistisch-leninistischen Wissenschaft stehende Klarheit über Wesen und Gang der kapitalistischen Entwicklung zu verschaffen. Dabei steht das Studium der "Anatomie der kapitalistischen Gesellschaft" durch Marx, vor allem im "Kapital", sowie des Imperialismus durch Lenin im Mittelpunkt. Auf Grundlage dieses Studiums sollten wir diesen Teil selbstständig ausarbeiten, wobei wir natürlich hier wie bei allen Teilen des Programms auf "klassische" revolutionäre Parteiprogramme (wie das Erfurter Programm der deutschen Sozialdemokratie und die russischen Programme von 19o3 und 1918) zurückgreifen, d.h. uns einerseits darauf stützen, andererseits aus dem Vergleich Nutzen ziehen können. Vor uns haben 1972 die westdeutschen Genossen vom KBW (Kommunistischer Bund Westdeutschland) dasselbe getan, und es ist daher naheliegend, auch ihre bisherigen diesbezüglichen Erfahrungen zu benutzen.
Teil II handelt vom Ziel und Weg des Klassenkampfes des Proletariats. Hier verlauft seit jeher die Hauptfront im Kampf zwischen Marxismus-Leninismus und Revisionismus. Lenin hat im Kampf mit den Opportunisten der II.Internationalen die Lehren von Marx und Engels, mit der Lehre von der Diktatur des Proletariats als Kernstück, wiederhergestellt und weiterentwickelt und die KP China und die Partei der Arbeit Albaniens haben im Kampf mit dem modernen Revisionismus das Banner des Leninismus hoch gehalten. Damit ist auch schon umrissen, was hier unseren Ausgangspunkt bildet und was die Programmausarbeitung alles umfaßt.
Teil III kann am "Manifest der Kommunistischen Partei" von Marx und Engels ansetzen. Er setzt insbesondere auch die Lenin'sche Analyse des Zusammenhanges von Imperialismus und Opportunismus voraus.
Der Teil IV enthält besondere Festlegungen für die Revolution in Österreich, die sich auf das Vorhergehende stützen.

Die Teile V und VI bilden den "praktischen Teil" des Programms, seinen Hauptteil. Auf ihn werden sich zweifellos die Diskussionen und Auseinandersetzungen unter den Marxisten-Leninisten konzentrieren, kommt doch hier in entschiedenster Weise unsere ganze Auffassung vom Klassenkampf, vom Weg der Revolution(und auch der Rolle der Kommunisten im Klassenkampf) zum Ausdruck. Die Ausarbeitung der Teile V und VI erfordert jedenfalls die größten Anstrengungen. Es wird zweckmäßig sein, von den russischen Programmen von 1903 und 1918 auszugehen, in denen die gewaltigen Erfahrungen des allseitig geführten, jahrzehntelangen Klassenkampfes des internationalen Proletariats zusammengefaßt sind. Wir sollten den Aufbau und die einzelnen Forderungen gründlich studieren und prüfen und das als Grundlage nehmen für unser Forderungsprogramm. Zugleich sollten wir die Entwicklung der Parteiprogramme der deutschen revolutionären Sozialdemokratie des 19.Jahrhunderts (5) gerade im Hinblick auf den unterschiedlichen Charakter des jeweiligen Forderungsprogramms studieren, um zu besserer Klarheit zu kommen, welchen Charakter und Zweck unser Forderungsprogramm überhaupt haben soll. Eine zentrale Sache sind in diesem Zusammenhang die Lenin'schen Ausführungen über den Kampf um revolutionäre Demokratie im Zeitalter des Imperialismus. Schließlich sollten wir in diesem Zusammenhang auch das Hainfelder Programm der österreichischen Sozialdemokratie beachten.

Das Studium "klassischer" revolutionärer Programme der Arbeiterbewegung ist nach dem bisher Gesagten nicht die hauptsächlichste und aufwendigste Arbeit bei der Ausarbeitung des Programms. Aber selbstverständlich ist es eine sehr wichtige Arbeit, liefert sie uns doch Vorbilder für unsere Arbeit, d.h. einen Leitfaden und Anhaltspunkte der Arbeit. Mehr können solche Vorbilder freilich nicht leisten und nur in diesem Sinn können wir Vorbilder "kopieren", wie Lenin davon sprach, daß er das Erfurter Programm "kopieren" wolle. Das wichtigste bei der Ausarbeitung des Programmentwurfs ist die selbständige Aneignung und Vertiefung der Theorie des Marxismus-Leninismus und der Erfahrungen der proletarischen Bewegung. Gerade weil wir hier noch schwere Mängel haben, haben sich im Zusammenhang mit dem Programm die Blicke vieler Genossen lange Zeit auf das Nächste und Greifbarste gerichtet, auf das Programm des KB Westdeutschlands. Die richtige Schlußfolgerung daraus ist, daß wir unseren Horizont erweitern und unsere marxistisch-leninistische Anschauungsweise vertiefen müssen, um den Programmentwurf, gestützt auf unsere eigene Kraft, schreiben zu können. Dabei werden wir auch das KBW-Programm in richtiger Weise heranziehen können, ebenso wie die "klassischen" Parteiprogramme und die Auseinandersetzung um das Programm der kommunistischen Internationale von 1928.

Von besonderer Bedeutung ist schließlich das Studium der Programme und programmatischen Dokumente der revolutionären österreichischen Arbeiterbewegung (6), nicht so sehr, um daraus Schlußfolgerungen zu ziehen für den Aufbau und Inhalt des Programms, sondern um sich über alle darin aufgeworfenen Fragen Klarheit zu verschaffen und zu einer Einschätzung dieser Dokumente im Zusammenhang der Entwicklung der österreichischen Arbeiterbewegung zu kommen.

Eine Bemerkung dazu, wie der Meinungskampf geführt werden soll

Ich möchte zuletzt noch einige Bemerkungen machen, wie der Meinungskampf in der kommunistischen Bewegung geführt werden soll und wie nicht.
Es heißt oft: bevor man sich vereinigt, muß man sich abgrenzen. Man muß dazu sagen: bevor man sich abgrenzt, soll man klare Positionen ausgearbeitet haben, denn das Abgrenzen hat überhaupt nur Sinn, wenn es der Herstellung politischer und ideologischer Klarheit dient. Einheit und Zusammenschluß der Marxisten-Leninisten Österreichs können nur hergestellt werden auf dem Boden klarer politischer Positionen. Daher müssen wir unsere Kräfte auf die Ausarbeitung solcher Positionen konzentrieren. Denn noch haben wir zu vielen Fragen keine ausgearbeiteten Positionen, die auf einem festen theoretischen Standpunkt und gründlichen Untersuchungen beruhen, die also entwickelt und fundiert sind. Die erste ordentliche Delegiertenkonferenz hat ans Licht gebracht, daß unsere Haltung in der Gewerkschaftsfrage falsch war und daß keine Haltung in der Frage des Kampfes gegen die Kriegsgefahr und in der Frage der Unabhängigkeit Österreichs da war. In der Bauernfrage, der Slowenenfrage usw. ist es nicht viel anders. Was heute in all diesen Fragen bei uns da ist, das ist bestenfalls ein abstraktes Gerüst wie unsere Diskussionsgrundlage für die Salzburger Beratung am 1./2. 2. 1975, dessen Formulierung notwendig und nützlich war und das gute Dienste leistet als Leitfaden der Arbeit, das aber diese Arbeit nicht ersetzen kann. Diese Arbeit besteht in der Vertiefung unserer theoretischen Position, d.h. in der Vertiefung der Aneignung der Auffassungen, des Standpunktes und der Methode des Marxismus-Leninismus, in der Vertiefung seiner Anwendung auf die Verhältnisse in Österreich, sowie in Verbindung damit in gründlichen wissenschaftlichen Untersuchungen der konkreten Wirklichkeit. Das erfordert große theoretischen Anstrengungen.

Es kann also heute keine Rede davon sein, daß wir eine entwickelte politische und ideologische Linie hätten und es darum ginge, diese durchzusetzen gegen eine andere Linie, etwa die der VRA. Vielmehr müssen wir uns darauf konzentrieren - auch in der Auseinandersetzung mit anderen Organisationen -, diese Linie erst auszuarbeiten. Es taugt nichts, sich abzugrenzen und Festlegungen von Positionen zu treffen, die nicht auf

einem festen theoretischen Standpunkt und gründlichen Untersuchungen beruhen. Hätte man sich das stets vor Augen gehalten, hätte man sich manche wilde oder haltlose Polemik erspart, wie man sie oft genug in der kommunistischen Presse findet. Früher war vor allem die VRA das Opfer dieser Art von "Meinungskampf". Neuerdings praktiziert sie ihn selbst. Seit einigen Nummern der "Volksmacht" werden zu vielen Fragen in großem Tempo Positionen produziert, als "Positionen der VRA" fixiert, in Gegensatz zu anderen Positionen gesetzt, die man sich zu diesem Zweck erst zurechtbiegt, und das alles unter großen Schwankungen und ohne Untersuchungen und aus dem hohlen Bauch. Einige Beispiele: Die nur 6100 Stimmen "für die KEL" (von schätzungsweise 50 000 Slowenen), ein deutliches Zeichen dafür, "daß die Slowenen objektiv und subjektiv ihre nationale Identität verloren haben", wird als Beweis für das Gegenteil angeführt (Volksmacht 98). Mit diesem haltlosen Schluß und mit allgemeinen Erörterungen über das Verhältnis von nationaler Frage und sozialer Frage wird dann wild gegen uns polemisiert und werden wir in eine Reihe mit den chauvinistischen Reaktionären gestellt, was uns allerdings schon seitens der KPÖ bekannt ist. Die Position der VRA zu den Wahlen und zum Parlamentarismus (Volksmacht 96) stützt sich auf die Behauptung, daß sich die Massen immer weniger Illusionen über das parlamentarische System machen, und diese Behauptung stützt sich auf die Behauptung des steten Sinkens der Wahlbeteiligung, was zudem als Bruch der Massen mit dem Parlamentarismus ausgelegt wird. Man muß den Tatsachen wirklich Gewalt antun, um zu so einem Schluß zu kommen. Nicht die Spur einer konkreten Untersuchung und einer materialistischen Analyse - aber die Illusion, man hätte beides in der Tasche. Das ist das Gefährliche an der Profilierung der VRA in den letzten Monaten. Oder nehmen wir den Artikel von K.G. zur Bauernfrage (Volksmacht 97). Auch hier nicht die Spur einer konkreten Untersuchung der konkreten Klassenverhältnisse am flachen Land und nicht die Spur einer Antwort auf die Frage: welche Politik soll die Arbeiterklasse unter den Bauern machen? - aber die Illusion, alles Wichtige sei gesagt. Vom Gefüh l, von einer gewissen Plausibilität, vom "gesunden Hausverstand" wird dieses Vorgehen geleitet, aber nicht vom Marxismus-Leninismus. Es ist idealistisch dem Wesen und subjektivistisch der Methode nach.

Die Klarheit in der kommunistischen Bewegung bringt so etwas um keinen Schritt weiter. Aber es führt zur Verhärtung von Positionen auf einem oberflächlichem Niveau, statt zur Herausarbeitung zweier Linien mit dem Zweck der Vereinheitlichung auf der richtigen.

W.L.

NACHTRAG

Nach Abschluss dieses Artikels ist eine neuerliche Stellungnahme des KB-Salzburg/Hallein erschienen: "Ein halbes Jahr nach der Salzburger Beratung: Wie soll es weitergehen?", 15.8.1975. Sie enthält auf sechs Seiten keinen einzigen neuen Gedanken und keinen einzigen weiterführenden Gedanken. Auf unsere Kritik an der letzten Salzburger Stellungnahme wird praktisch nicht eingegangen. Enthält die erste Salzburger Stellungnahme einen - wenn auch falschen - konkreten Vorschlag, so wird in der neuen Erklärung alles zerredet und es bleibt nur ein seitenlanges, breit ausgewalztes, in Worte gekleidetes ungutes Gefühl über die Lage in der kommunistischen Bewegung. Dazu kommt noch, dass die Erklärung uns Auffassungen unterstellt, die wir nie geäussert haben.

Anhang

(1) Die 1.ordentliche Delegiertenkonferenz des KB Wien am 15./16.2.1975 hat die Lage der kommunistischen Bewegung in Österreich untersucht und folgende Schlußfolgerungen gezogen:

- Da die österreichische Arbeiterklasse keine politische Partei hat, ist der Aufbau der kommunistischen Partei der Arbeiterklasse die Hauptaufgabe der Kommunisten.
- Die Partei kann nicht einfach durch Dekret in die Welt gesetzt werden, sondern ihre ideologischen, strategischen, taktischen und organisatorischen Grundlagen müssen im KLassenkampf selbst geschmiedet werden.
- Damit die Kommunisten damit ernst machen und damit sie dazu in die Lage versetzt werden, müssen sie als ersten Schritt ihre politische und organisatorische Zersplitterung beseitigen und eine nationale Organisation auf fester Grundlage schaffen.
- Daher ist der Kampf um die Einheit aller Marxisten-Leninisten und um den Zusammenschluß in einer demokratisch-zentralistischen Organisation eine brennende Frage.
- Diese Einheit kann unter den konkreten Bedingungen in Österreich nur hergestellt werden auf der Grundlage eines marxistisch-leninistischen Programms, "das in zusammenfassender Weise die Grundanschauungen der Kommunisten über den Gang der kapitalistischen Gesellschaft und des Klassenkampfes, über das Endziel der Arbeiterbewegung, über das nächste strategische Ziel der österreichischen Arbeiterklasse und - in Grundzügen - über den Weg zu diesem Ziel festhält". (S. 12)

- "Der Kampf um das Programm ist das Hauptkettenglied bei der Schaffung der nationalen Organisation und der Herstellung der Einheit, wie das Fehlen eines solchen Programms heute der Hauptgrund und die Hauptseite der Zersplitterung der kommunistischen Bewegung ist." (S. 55)

- "Notwendig ist aber auch die genaue Untersuchung der Klassenkampfsituation im Verlauf des praktischen Kampfes und die Ausarbeitung, Erprobung und flexible Handhabung einer Taktik", denn Programm und Statut sind zwar die "Grundlagen der aufzubauenden nationalen Organisation", aber ihre Gründung ist zugleich "undenkbar, ohne daß eine klare Taktik ausgearbeitet und im Sinne des Statuts von allen anerkannt wird." (S. 55)

(2) Die VRA-Genossen schlagen in ihrer Stellungnahme vom September 1974 "die Bildung einer gemeinsamen Kommission, welche einerseits einen gewissen Grad von Zusammenschluß der einzelnen marxistisch-leninistischenGruppen zu einer Einheit realisieren und andererseits durch Kampf und Kritik diesen Zusammenschluß vorantreiben würde", vor. "Was die Aufgaben einer solchen Kommission betrifft, so hätte sie sich mit Fragen unserer Grundanschauungen und unseres Ziels (mit einem Programm) sowie mit der Klärung unserer Linie(der Taktik) zu befassen." Eine entsprechende Auffassung wurde bereits im März 1974 in der Volksmacht vertreten: "Diese Einheit(der Marxisten-Leninisten), die wir momentan für notwendig halten, ist weitaus mehr als eine (punktuelle, W.L.) Aktionseinheit, aber naturgemäß auch noch nicht die Einheit innerhalb einer bereits geschaffenen marxistisch-leninitischen Partei (d.h. eine demokratisch-zentralistische Einheit,W.L.). Sie kommt aber letzterer Form der Einheit weitaus näher, als sie gerade diese anstrebt."

(3) "Dem Plan des KB Wien, eigenständig einen Programmentwurf vorzulegen, halten wir den Vorschlag entgegen, daß die fünf KB's und die KG Klagenfurt nach entsprechender und verbindlicher Aufgabenteilung eine Kommission zur Ausarbeitung eines Programmentwurfes einrichten.(...) Warum gemeinsam beauftragte Kommission ? Der KB Wien hat die Ausarbeitung des Programms immer schon relativ beliebig behandelt und sich mit derselben Beliebigkeit seit jeher als voraussichtlichen Schöpfer des Programms gesehen. Unsere Organisation hat schon seit längerem die Kursnahme auf gemeinsame Ausarbeitung eines Programmentwurfes durch jene Organisationen gefordert, die in Anbetracht ihrer vorausgegangenen Politik dazu gemeinsam imstande und bereit sind. Das ist eine Frage der politischen Zweckmäßigkeit und nicht eine Frage des Wegs des geringsten Widerstandes. Denn die Programmkommission steht insofern bereits über dem Zirkelwesen und dem Zirkelzustand der Bewegung, als Genossen aus verschiedenen Gruppen zur Erstellung eines gemeinsamen Grundsatzdokuments bestimmt werden, das nicht mehr für die Zirkel Bedeutung hat, sondern von Anfang bis Ende vom Geist der nationalen Aufgaben und internationalistischen Pflichten der Kommunisten durchdrungen sein muß. Außerdem muß die Programmkommission die Rückvermittlung aller wichtigeren Ergebnisse auch noch während der Erarbeitung des Programms an die beteiligten Organisationen,und im Falle schwerer Differenzen die öffentliche Debatte darüber vor der ganzen Bewegung gewährleisten. Wie anders bei der Ausarbeitung des Programms durch den KB Wien !
Wir meinen, daß jener Teil der Bewegung, jene 6 kommunistischen Organisationen, die in ihrer bisher verfolgten Politik vielfach die gleiche Stellung bezogen haben, offensichtlich auch von mehr oder weniger gleichen programmatischen Vorstellungen ausgingen und die gemeinsame Ausarbeitung eines Programmentwurfes möglich, sinnvoll und notwendig ist. (...) Wir machen unseren Vorschlag an einen Teil der kommunistischen Bewegung zur gemeinsamen Ausarbeitung eines Programms eben mit der Absicht, die Vorausbedingungen zur Erreichung von Einheit und Zusammenschluß möglichst aller Teile der kommunistischen Bewegung zu verbessern und die Grundaufgaben der Arbeiterklasse und ihrer Partei in einem Programmentwurf klar umrissen niederzulegen. (...) Deswegen sind wir auch zuversichtlich, daß jene Organisationen, die wir in unserem Vorschlag zwar nicht direkt zur gemeinsamen Ausarbeitung eines Programms auffordern, dennoch dazu Stellung beziehen und positiv Kritik daran üben werden im Sinne des gemeinsamen Anliegens, die kommunistische Arbeiterpartei neu aufzubauen. Welche Kräfte in diesem Kampf einen gemeinsamen Weg gehen können, werden wir nach Vorlageeines Programmentwurfes und Kritik daran besser beurteilen können als heute." (Vorschlag der Leitung des KB Salzburg/Hallein, S. 4f.)

(4) "Wir stimmen mit der Auffassung der Salzburger Genossen soweit überein, daß zur Klärung der programmatischen Fragen im öffentlichen Meinungskampf ein Bezugspunkt für diese Auseinandersetzung in Form eines Vorschlags an die kommunistische Bewegung unverzüglich angepackt werden muß. Zur Ausarbeitung dieses Vorschlags waren wir immer der Auffassung, daß die Frage, wer letztlich diesen Entwurf ausarbeitet, eine reine Frage der Zweckmäßigkeit ist. Mit derselben Begründung schlägt nun die Leitung des KB Salzburg/ Hallein vor, eine Kommission der KB's und der KG Klagenfurt zur Ausarbeitung eines Programmentwurfes zu bilden. Bei näherer Betrachtung zeigt sich jedoch, daß dieser Vorschlag des Salzburger Offenen Briefes sich keineswegs nur vom Zweck der Sache leiten läßt, nämlich der Schaffung

eines gemeinsamen Bezugspunktes für die Debatte der programmatischen Anschauungen in der gesamten kommunistischen Bewegung in Österreich. Vielmehr läßt sich der Salzburger Vorschlag von der Vorstellung leiten, daß die Bildung der Kommission zu diesem Zweck bereits einen Schritt über die Schranken des Zirkelwesens hinaus darstelle.(...) Diese Auffassung teilen wir nicht. Die angeführten Aufgaben einer solchen Kommission(Rückvermittlung aller wichtigen Ergebnisse der Arbeit am Entwurf an die verschiedenen Zirkel, öffentliche Debatte über die dabei auftretenden Differenzen) könnten und müßten von jedem Verfasser eines solchen Entwurfs wahrgenommen werden . Das ist kein Argument für eine Kommission, weil es sich dabei um die Frage handelt, welche Auffassung man vom Zustandekommen eines solchen Entwurfes hat. Die Auffassung ist demnach entscheidend, auch eine Kommission wäre da keine Versicherung gegen falsche Auffassungen über die Öffentlichkeit der Debatte der wichtigen Fragen etc.

Bleibt das Argument, daß diese Kommission eine Einrichtung sein soll, die bereits über dem Zirkelwesen stehen soll: das halten wir für einen falschen und gefährlichen Gedanken. Tatsache wäre doch, daß diese Kommission nicht mehr oder weniger über dem Zirkelwesen stehen würde, wie jedes Individuum oder jede Gruppe, die einen Vorschlag ausarbeitet, der "nicht mehr für die Zirkel Bedeutung hat, sondern von Anfang bis Ende vom Geist der nationalen Aufgaben und internationalistischen Pflichten der Kommunisten durchdrungen sein muß": das ist doch keine Frage der gemischten Zusammensetzung einer Kommission, sondern eine Frage des politischen Herangehens an die Aufgabe! Eine Kommission beliebiger Zusammensetzung kann ebensogut auf dem Boden des Zirkelwesens zirkelbornierte Vorschläge an die Bewegung ausarbeiten, wie ein einzelner Genosse oder ein Zirkel einen Vorschlag ausarbeiten kann, der konsequent mit jeglicher Zirkelbeschränktheit bricht. Auch hier gilt: es gibt keine organisatorischen Versicherungen gegen politische Fehler und schon gar nicht können organisatorische Schritte politische ersetzen. Worauf läuft dann aber der Gedanke des Salzburger Offenen Briefes letzlich hinaus? Unserer Meinung nach auf nichts anderes als auf die Aufgabe des Kampfs um die Einheit der ganzen Bewegung; auf die Einrichtung einer Institution eines Teils der Bewegung, die "über dem Zirkelzustand der Bewegung steht" - unter Ausschluß des anderen Teils der Bewegung. Diese Gedanken weisen wir entschieden zurück (....).

Hat man sich diesen organisatorischen Luftsprung über das Zirkelwesen hinaus aus dem Kopf geschlagen, steht die Frage also wie am Beginn: als Frage der Zweckmäßigkeit. Und bei diesem Zweck handelt es sich wieder um den, der Debatte um die programmatischen Anschauungen in der gesamten Bewegung einen gemeinsamen Bezugspunkt zu geben, und nicht mehr um den, ein Vehikel für einen ersten organisatorischen Schritt "über das Zirkelwesen hinaus" zu machen, der in Wirklichkeit nur Selbstbetrug (und zirkelbornierter Selbstbetrug) wäre und dem Kampf um die Einheit der kommunistischen Bewegung in Österreich nur schaden könnte.

Diese Frage dem richtigen Zweck entsprechend zu behandeln heißt heute unserer Meinung nach, daß Genossen unserer Organisation (eventuell mit dem einen oder anderen Genossen eines anderen Zirkels) diesen Vorschlag auszuarbeiten beginnen - als Vorschlag an die gesamte Bewegung, beginnend mit der Veröffentlichung eines ausführlichen Plans dieses programmatischen Dokuments, der bereits zum ersten Gegenstand der öffentlichen Auseinandersetzung werden kann und soll. Für nicht zweckmäßig würden wir es halten, diese Aufgabe einer Gruppe von Genossen zu übertragen, die aus allen KBs kommen u. dgl.: einmal, weil es von der Aufgabe her nicht nötig ist; zum zweiten, weil die Kräfteverhältnisse der

verschiedenen Zirkel es den meisten schwer machen würde, Genossen für diese Aufgabe abzustellen; zum dritten, weil vor allem bei einer Zusammensetzung ausschließlich aus den Reihen aller KBs und der KG Klagenfurt die Gefahr bestünde, daß eine Frontstellung zu den anderen Zirkel sich entwickelt, die den Meinungskampf in der gesamten Bewegung mehr behindert und in die bestehenden Organisationsschranken einzäunt, statt ihm Bahn quer durch alle Organisationen zu geben.

Zusammenfassend:

1. Wir halten es für unbedingt notwendig, mit dem ausschließlich aufs Programm fixierten Schematismus radikal zu brechen und die Ausarbeitung und Vereinheitlichung nicht nur der programmatischen Ansichten, sondern auch der taktischen und organisatorischen voranzutreiben, mit anderen Worten: die gesamte Politik zu entfalten und zu vereinheitlichen, so weit das nur möglich und für die Herstellung der Einheit einer nationalen, demokratisch-zentralistischen Kampforganisation notwendig ist.

2. Im Hinblick auf die Ausarbeitung und Vereinheitlichung der programmatischen Ansichten schlagen wir vor, für die Debatte unverzüglich einen gemeinsamen Bezugspunkt für die ganze Bewegung in Form eines Vorschlages für das programmatische Dokument der nationalen Organisation zu schaffen. Mit der Ausarbeitung dieses Vorschlags wollen wir Genossen unserer Organisation beauftragen, eventuell in Zusammenarbeit mit dem einen oder anderen Genossen eines anderen Zirkels.

3. Im Hinblick auf die Entwicklung der Einschätzung der Klassenkampfsituation und der Ausarbeitung und Erprobung der taktischen Linie schlagen wir vor, die kollektiven Beratungen, Aktionseinheiten und die öffentliche Debatte aller Fragen des Klassenkampfs und unserer politischen Linie mit dem Ziel zu intensivieren, Einheit in der Einschätzung der Klassenkampfsituation und der Festlegung der Taktik zu erkämpfen und sie, soweit das trotz des Zirkelzustandes der Bewegung möglich ist, gemeinsam in der Politik zu überprüfen.

. In Hinblick auf die Herstellung der Einheit in den organisatorischen Ansichten schlagen wir vor, mit einem entsprechenden Vorschlag zu den Organisationsprinzipien der angestrebten nationalen Organisation die Debatte dazu parallel zur Debatte der programmatischen Anschauungen zu eröffnen."

(5) "Was nun den zweiten Teil, die *politischen Forderungen*, anbelangt, so hat dieser Teil in den Programmschriften der deutschen Arbeiterbewegung einen merkwürdigen Wandel durchgemacht. Das Kommunistische Manifest proklamierte am Abschluß seines zweiten Teiles (S.44) zehn Übergangsmaßregeln. Aber es sind Maßregeln *nach* der Eroberung der politischen Macht, Maßregeln also zum Aufbau des Sozialismus. Das älteste sozialdemokratische Programm in der deutschen Arbeiterbewegung, das Eisenacher Programm von 1869, formulierte dagegen als Teil III acht Forderungen, die "als die nächsten Forderungen in der Agitation der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei geltend zu machen sind". Es waren das nichts weiter als rein demokratische Forderungen zur Bereinigung des bürgerlichen Staates von allen feudalistischen und absolutistischen Restbeständen. Das Gothaer Programm 1875 proklamierte jedoch diese im wesentlichen unverändert gebliebenen Forderungen überhaupt als "Grundlage des Staates", schien also darüber hinaus keine weiteren politischen Forderungen zu kennen. Demgegenüber bezeichnete das Erfurter Programm seine zehn politischen Forderungen wieder als Forderungen "zunächst", während das Heidelberger Programm schließlich in seinem breit ausgebauten politischen Aktionsprogramm die alten "nächsten"Forderungen als politische Endzielforderungen ausgibt. Für das Kommunistische Manifest, das die proletarische Revolution vor Augen hatte, war es klar, daß es Forderungen aufstellt, die nach der revolutionären Machteroberung vor dem siegreichen Proletariat stehen. Nach der Niederschlagung der Revolution 1848 kam in Deutschlan die Zeit der politischen Reaktion. Jetzt handelte es sich erst darum, die vorenthaltenen bürgerlichen Grunrechte wieder zu fixieren und dafür einzutreten. So geschah es im Eisenacher Programm. Das Gothaer Programm hatte dann um der Einigung mit den Lassalleanern willen auch hier die marxistische Staatstheorie preisgegeben und machte überhaupt keine Scheidung mehr zwischen proletarischem und bürgerlichem Staat. Und genau 50 Jahre später ist die SPD wieder auf dem gleichen Standpunkt angelangt und verkündet: bürgerliche und proletarische Demokratie sind eins.

Uns Kommunisten hat die Entwicklung der russischen Revolution, d.h. der Leninismus, da ganz neue Fingerzeige gegeben. Es handelt sich nicht mehr um den *Ausbau* der bürgerlichen Demokratie, sondern um den *Aufbau* des proletarischen Sowjetstaates und die sich daraus ergebenden politischen Zielforderungen, die freilich die proletarische Revolution voraussetzen. Hier liegen unleugbar gewisse Formulierungsschwierigkeiten. Die politischen Forderungen z.B. des Erfurter Programms faßten zusammen, was damals (1891) politisch in der Luft lag, wenn auch die bürgerlichen Demokraten diese Dinge schon damals nicht mehr so geradezu aussprechen wagten wie die Sozialdemokraten. Aber es lag doch auch in ihrer Linie - wenigstens auf dem Papier. Für das kommunistische Aktionsprogramm sind dagegen die Ziele der proletarischen Demokratie darzustellen. Wie diese auch formuliert werden, immer sollte jene goldene Regel für die Aufstellung politischer Übergangsforderungen beherzigt werden, die Marx im Kommunistischen Manifest für die ökonomischen Übergangsmaßregeln gegeben hat: Fixierung von Maßregeln, die "*unzureichend und unhaltbar erscheinen, die aber im Lauf der Bewegung über sich selbst hinaustreiben* und als Mittel zur Umwälzung der ganzen Produktionsweise unvermeidlich sind"."

(Hermann Duncker, Zum Aufbau des Programms, in: Die Internationale, Band 9 (Jahrgang 1928), S. 360 f.)

(6) Hainfelder Programm 1898
"Was wollen die Kommunisten?" 1919
"Was will die Kommunistische Partei?" 1921
"Wo ist der Ausweg? Programm der Kommunistischen Partei zur sozialen und nationalen Befreiung der Werktätigen Österreichs." 1931
Programmatische Leitsätze der KPÖ 1946

Dokumente zu den Bemühungen um ein einheitliches Auftreten der marxistisch-leninistischen Organisationen zu den Nationalratswahlen 1975

Vorbemerkung

Der KB Wien hatte Anfang Juli alle marxistisch-leninistischen Organisationen Österreichs eingeladen über das politische Auftreten zu den Nationalratswahlen zu beraten und eine möglichst weitgehende Einheit im Auftreten zu den Nationalratswahlen zu erzielen.
Unsere Haltung dazu hatten wir im Klassenkampf Nr.7 dargelegt. Die Einladung richtete sich an alle Organisationen, die sich zum Marxismus-Leninismus bekennen, d.h. an KG Klagenfurt, KB Graz, KB Linz, KB Salzburg/Hallein, KB Tirol, MLB (Tirol), MLPÖ, VRAÖ (ML). (Anhang 1: Erklärung des Ständigen Ausschußes der Leitung des KB Wien auf der Konferenz in Wien am 2./3. 8.)
Alle Organisationen sagten zu, der Einladung Folge zu leisten. Auch die MLPÖ, die wir erstmals bei solchen Beratungen einzubeziehen versuchten, sagte zu (Anhang 2: Brief der MLPÖ an den KB Wien) und bekräftigte diese Zusage bei einer Aussprache zwischen Vertretern der Leitung des KB Wien und dem 1.Sekretär des ZK der MLPÖ am 31.7. Trotzdem beteiligte sich die MLPÖ dann nicht an den Beratungen, ohne bisher eine Erklärung dafür abgegeben zu haben. Die anderen acht Organisationen trafen zu zwei Konferenzen zusammen, am 2./3. 8. in Wien und am 16./17. 8. in Linz.

Die Bemühungen um ein einheitliches Auftreten aller marxistisch-leninistischen Organisationen zu den Nationalratswahlen sind gescheitert. Insbesondere konnte keine Einheit erzielt werden zwischen den KBs und der KG Klagenfurt einerseits und der VRA andererseits. Bereits am 2.8. war es zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen. Dabei haben wir die Auffass ung vertreten, daß die "parlamentarische Demokratie" eine Form der Diktatur der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse ist und die parlamentarische Fassade des bürgerlichen Staates zur Verschleierung dieser Diktatur dienen soll; daß die Arbeiterklasse mittels des Parlaments weder ihren Tagesinteressen Geltung verschaffen noch die politische Macht erobern kann, sondern vielmehr den Klassenkampf zur Durchsetzung ihrer Interessen gegen die herrschende Klasse führen muß bis zur Zerschlagung des bürgerlichen Staates, einschließlich der Auseinanderjagung des Parlaments, und zur Errichtung der Diktatur des Proletariats; daß daher Wahlen und Stimmzettel lediglich die Bedeutung haben können, daß auch die Wahlen und das Parlament ausgenützt werden können zur Anprangerung und Entlarvung der Bourgeoisie und als Tribüne des Klassenkampfes; daß gerade darin die Taktik der Marxisten-Leninisten in einer nicht-revolutionären Situation bestehen muß; daß die Marxisten-Leninisten in der heutigen Situation anstreben, mittels ihrer Kandidatur auch die Wahlen zur direkten Kampfansage gegen die Bourgeoisie und das Parlament zur Tribüne des Klassenkampfes zu machen; daß sich die Marxisten-Leninisten allerdings gegenwärtig noch nicht genügend politisches Vertrauen der Massen erworben haben und ihre politische Verankerung in den Massen noch zu schwach ist, um eine Kandidatur im Sinne des Klassenkampfes zu ermöglichen, durch die die Illusionen über die "parlamentarische Demokratie" nicht befestigt, sondern im Gegenteil zerstört werden; daß aber dennoch die Arbeiterklasse den Wahlen nicht interesselos gegenüberstehen darf und die Marxisten-Leninisten heute schon die Massen auffordern müssen, den bürgerlichen Parteien auch bei den Wahlen aktiv entgegenzutreten.

Die VRA-Delegation vertrat demgegenüber eine andere, wenngleich weder klare noch einheitliche Auffassung. Allmählich kristallisierte sich als ihre dominierende Meinung die heraus, daß die von uns unter den gegenwärtigen Bedingungen vertretene Taktik, die mit der von Lenin z.B. im "Linken Radikalismus" für die entsprechenden Bedingungen vorgeschlagenen Taktik übereinstimmt, nicht richtig sei, denn erstens habe sich damals der Vorschlag der Wahlbeteiligung auf eine revolutionäre Situation bezogen, zweitens seien seit den Zwanzigerjahren die "parlamentarischen Illusionen" der Massen, insbesondere daß das Parlament etwas im Sinne der Massen regeln würde, "weitestgehend verschwunden". Auf unsere Hinweise, daß von einem weitgehenden Schwinden der Illusionen über die "bürgerliche Demokratie", und den Parlamentarismus gar keine Rede sein könnte, konnte der Wortführer der VRA nichts Ernsthaftes antworten und landete schließlich bei der Theorie, daß die Massen zwar keine Illusionen über das Parlament, aber welche über die bürgerlichen Parteien hätten. Wir wiesen darauf hin, daß man die einzelnen Parteien und das parlamentarische Parteiensystem als Ganzes keinesfalls in dieser Weise voneinander trennen könnte, haben doch die einzelnen Parteien politische Bedeutung und ein gewisses Vertrauen der Massen gerade im Hinblick auf ihre Rolle in der "parlamentarischen Demokratie", sei es als regierungsbildende Mehrheit, sei es als Opposition. Durch diesen Verlauf der Debatte wurde die Position, die in der VRA-Delegation dominierte, faßbarer, als es zuvor der Fall gewesen war. Zwei Sachen haben allerdings erschwert, daß das Wesen der Differenzen, nämlich die verschiedene Taktik gegenüber dem bürgerlichen Parlament, klar hervortreten konnte. Einerseits konnte die VRA- Delegation natürlich nicht offen die Lenin'sche Taktik für falsch erklären, obwohl immer wieder der Gedanke geäußert wurde, daß jede Beteiligung der Marxisten-Leninisten an Parlamentswahlen die "parlamentarischen Illusionen" der Massen verstärken würde, was ganz falsch und gerade die Position ist, gegen die Lenin polemisierte. Deshalb mußten sie sich auf das Argument verlegen, daß heute die Situation, vor allem das Bewußtsein der Massen, ganz anders sei. Deshalb schien es vielfach um die konkrete Einschätzung der konkreten Situation zu gehen, während es in Wirklichkeit um Grundprinzipien der marxistisch-leninistischen Taktik ging. Andererseits versuchte die VRA-Delegation, uns revisionistische Auffassungen zu unterschieben in Bezug auf die Einschätzung des Charakters des bürgerlichen Parlaments und des bürgerlichen Staates. Darauf fußte ein völlig aus der Luft gegriffener "Kampf zweier Linien" zwischen Marxismus-Leninismus, sprich: VRA und Revisionismus, sprich: KB Wien. Auch dadurch wurde nur der wirkliche Kern der Differenzen verschleiert.
Am 3.8. kam es zu einer unerwarteten Wende, als die Delegation der VRA einem von uns bereits am Vortag eingebrachten und zuerst heftig kritisierten Beschlußantrag, der ein Konzept für eine gemeinsame Erklärung darstellte, zustimmt, nachdem auf ihren Vorschlag eine Ergänzung bzw. Präzisierung hinzugefügt worden war. Diese Einigung wurde im Protokoll festgehalten (Anhang 3: Protokoll der Wiener Konferenz am 2./3. 8.) und von uns im "Klassenkampf" Nr.8 öffentlich positiv herausgestellt, warf sie doch die am Vortag dominierende VRA-Argumentation gegen unsere Position über den Haufen; anerkannte sie doch, daß es außer der politischen Schwächen der Marxisten-Leninisten keinen Grund gibt, warum sie sich nicht an den Wahlen beteiligen; bedeutete sie somit eine echte Wendung in der Haltung der VRA und damit auch die Möglichkeit, in einer gemeinsamen Erklärung eine einheitliche Haltung zu den Wahlen zu beziehen.

Auf dieser Grundlage wurde von uns die Linzer Konferenz am 16./17.8. vorbereitet. Inzwischen fand am 15.8. eine Leitungssitzung der VRA statt, die die Zustimmung der VRA-Delegation zum Protokoll der Wiener Konferenz wieder zurückzog, sie als "Abweichung in Richtung Opportunismus und Revisionismus" und die Differenzen zwischen unseren Organisationen wieder "ausdrücklich als solche zwischen Revisionismus und Marxismus" bezeichnete. Diese Stellungnahme der VRA-Leitung wurde auf der Linzer Konferenz bekanntgegeben (Anhang 4: Erklärung der VRAÖ (ML)). Der darin enthaltene Vorschlag, sich auf der bis in die Einzelheiten und Losungen festgelegten Position der VRA zu "vereinheitlichen", war natürlich kein ernsthafter Vorschlag. Irgendeinen Verhandlungsspielraum hatte die VRA-Delegation nicht. Damit war der Versuch, zu einem einheitlichen Auftreten der KBs und der VRA zu den Wahlen zu kommen, gescheitert. Zur Erklärung der VRA insgesamt ist zu sagen, daß der hier wieder auftauchende"Kampf zweier Linien", zwischen Revisionismus und Marxismus, sich natürlich auf nichts stützen kann. Im Gegenteil zeigt das Protokoll der Wiener Konferenz ebenso wie der vor der Linzer Konferenz erschienene Artikel im "Klassenkampf" Nr. 8 eindeutig, daß die uns von der VRA unterschobene "Revision der marxistisch-leninistischen Staatsauffassung" völlig aus der Luft gegriffen ist. Die Erklärung der VRA zeigt ferner, daß die VRA die Widersprüche zwischen unseren Organisationen nicht mehr als Widersprüche innerhalb der kommunistischen Bewegung, sondern als Widersprüche zwischen der kommunistischen Bewegung und den"bürgerlichen Führern" des KB Wien (siehe auch "Volksmacht" Nr. 101) behandelt. Wir halten das für bedauerlich und falsch. Was uns betrifft, sehen wir die Differenzen mit der VRA als "Widersprüche unter uns"an und werden sie auch weiterhin so behandeln.

Nach dem "Aussteigen" der VRA wurde von den KBs und der KG Klagenfurt volle Einheit erzielt über die Haltung zu den Wahlen und zum Parlamentarismus. Diese Organisationen unterzeichneten (mit Ausnahme des KB Salzburg/Hallein) einen gemeinsamen Aufruf (Anhang 5). Der KB Salzburg/Hallein stimmte dem Inhalt des Aufrufs der Sache nach vollständig zu, hielt aber so einen Aufruf an sich für nutzlos. Seine Haltung begründete der KB Salzburg/Hallein in einer Stellungnahme vom 15.8. (Anhang 6). Zur ersten darin enthaltenen Begründung ist zunächst zu sagen, daß es sich keineswegs um von allen Marxisten-Leninisten anerkannte, gesicherte Aussagen des Marxismus-Leninismus handelte, sondern im Gegenteil - wie der Gang der Dinge beweist - diese Aussagen des Marxismus-Leninismus Gegenstand eines heftigen Meinungskampfes unter den Marxisten-Leninisten sind. Vor allem aber macht der KB Salzburg/Hallein den Fehler, den Bemühungen um ein einheitliches Auftreten der Marxisten-Leninisten zu den Wahlen nur eine Art "interne"Bedeutung für die kommunistische Bewegung beizumessen, nicht aber eine Bedeutung für die Massen. Daß etwas "gesicherte Aussagen des Marxismus-Leninismus" sind, bedeutet nicht, daß es für die Massen gesichert und klar ist. Wir gehen ferner davon aus, daß die Marxisten-Leninisten den Massen auch einen Vorschlag machen müssen, wie sie sich bei den Wahlen selbst verhalten sollen, und daß Gegenstand und Ziel einer Aktionseinheit der kommunistischen Organisationen zu den Wahlen gerade das Bemühen sein muß, die Einheit der Massen hinter diesem Vorschlag herzustellen. Der von uns vorgeschlagene Aufruf beinhaltet so einen Vorschlag und begründet ihn. Das ist notwendig und ausreichend für einen Aufruf der Marxisten-Leninisten zu den Wahlen, auch wenn wir darüberhinaus versucht haben, auch den Inhalt des Wahlkampfes selbst, d.h. die Politik in den aufzuwerfenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Fragen zu vereinheitlichen, was auch gelungen ist, in Beschlüssen der Linzer Konferenz seinen Ausdruck findet (Anhang 7 und 8) und eine einheitliche Wahlkampfführung ermöglicht. Auf eine falsche Sicht verweist auch die zweite Begründung der Salzburger Genossen, warum sie den

Wahlaufruf nicht unterschrieben haben, in der ein allgemeines Unbehagen über die (zum Teil nur vermeintliche) Stagnation in der "nationalen Vereinheilichung" als Argument gegen das Zusammengehen in einer Aktionseinheit zu einer bestimmten politischen Frage dient. Wir glauben allerdings nicht, daß die Salzburger Genossen alle diese Fehler durchgehend und mit aller Konsequenz machen. Sie machen sie, aber hauptsächlich scheint ihre Haltung einfach undurchdacht zu sein.
Zum Zweck der Vereinheitlichung des Wahlkampfes über den Aufruf hinaus wurden Beschlüsse zur Frage der Kriegsgefahr in Europa (Anhang 7) und zur Frage der staatlichen Ausplünderung (Anhang 8) gefaßt, wobei dem letzteren auch die VRA (und der MLB(T)) zustimmte. Es wurde vereinbart, auf der Grundlage dieser Beschlüsse gemeinsame Agitations- und Propagandamaterialien herzustellen. Vereinbart wurde zwischen den KBs und der KG Klagenfurt auch die Herstellung einer gemeinsamen Broschüre zu den Folgen der Krise für die Arbeiterklasse und zum Kampf dagegen.

Wenn auch keine Einheit aller marxistisch-leninistischen Organisationen erzielt werden konnte, so werden doch größte Teile der kommunistischen Bewegung zu den Wahlen einheitlich auftreten. Außerdem sind bestehende Differenzen klarer hervorgetreten, sodaß der Meinungskampf um die richtige Linie der kommunistischen Bewegung heute besser geführt werden kann.

In der nächsten Nummer des "Kommunist" werden wir diese Differenzen näher analysieren. Hier drucken wir einige Dokumente bzw. Auszüge daraus ab, damit jeder sich ein Bild über den Verlauf der Verhandlungen und Debatten machen kann.

W.L.

Dokumente

ANHANG 1:

"Wir wenden uns dabei an alle Organisationen, die zur marxistisch-leninistischen Bewegung zählen. Wir wenden uns nicht an Gruppen, die nicht in der Lage bzw. fähig sind, gemeinsam gefaßte Beschlüsse praktisch in der Politik zu verwirklichen und die gemeinsam festgelegte Politik unter die Massen zu tragen. Solche Gruppen einzubeziehen wäre nutzlos, weil der Zweck der Zusammenarbeit, die Vereinheitlichung der Politik nicht erreicht und ihre politische Haltung nicht anhand der Praxis überprüft werden könnte. Wir wenden uns an alle Organisationen, die sich auf den Boden des Marxismus-Leninismus stellen und die eine positive Haltung zu den Bemühungen um die Einheit der Marxisten-Leninisten und um den Aufbau der Partei haben.
Wir wenden uns nicht an Organisationen, wenn sie sich außerhalb und gegen die marxistisch-leninistische Bewegung stellen, bzw. den Boden des Marxismus-Leninismus verlassen, wobei dies vor der gesamten marxistisch-leninistischen Bewegung und der Arbeiteröffentlichkeit offen auf der Hand liegen muß. Wir lehnen es jedoch ab, wenn ein Teil der marxistisch-leninistischen Bewegung einen anderen Teil in zirkelbornierter Weise einfach ausschließen bzw. diskriminieren will.
Wir glauben, daß es eine ausgezeichnete Entwicklung ist, wenn heute alle marxistisch-leninistischen Organisationen in den Kampf um die Einheit der marxistisch-leninistischen Bewegung hineingezogen werden, und daß diese Entwicklung es erleichtert, daß sich die Spreu vom Weizen scheidet.

Über den Rahmen der Organisationen hinaus, an die wir uns im Zusammenhang der praktisch-politischen Zusammenarbeit wenden, werden wir uns mit allen Strömungen und Meinungen ideologisch auseinandersetzen, sofern sie bestimmten Haltungen der Massen entsprechen oder

diese widerspiegeln bzw. sofern sie gewisse Bedeutung in der marxistisch- leninistischen Bewegung haben." (Auszug aus der Erklärung des Ständigen Ausschusses der Leitung des KB-Wien auf einer Konferenz der marxistisch-leninistischen Gruppen am 2./3.8. in Wien)

ANHANG 2:

Werte Genossen !
Eure Einladung, am 27.Juli 1975, 9,00 Uhr, in Eurem Lokal an einer Konferenz über die Haltung der marxistisch-leninistischen Organisationen zu den NR-Wahlen am 5.10.75 teilzunehmen, haben wir erhalten und sind einverstanden, dorthin zwei Genossen zu entsenden.
Das von Euch gesandte Material dazu (Beschluß Eurer Leitung vom 28.6.) wird von uns noch beraten. Wir können aber schon sagen, daß es im grossen und ganzen auch unseren Vorstellungen entspricht. Im Einzelnen werden wir dazu auf der Konferenz selbst Stellung nehmen.

Mit revolutionären Grüßen
i.A. Franz Strobl
1.Sekretär des ZK

ANHANG 3:

Protokoll der Wiener Konferenz 2./3. 8. 75

Die Konferenz der kommunistischen Organisationen (KB Wien, KB Salzburg/Hallein, KB Tirol, VRAÖ (ML), MLB-T, KB Linz, KB Graz) am 2./3. August in Wien zur Frage der Politik bei den NR-Wahlen hält fest:

1) daß
a) der "Entwurf für eine Erklärung zu den Nationalratswahlen",vorgelegt vom KB Wien (Wortlaut siehe Fußnote 1), und
b) der vorliegende Zusatz der VRAÖ/ML (Wortlaut siehe Fußnote 2)

als Grundlage der Formulierung einer gemeinsamen Stellungnahme zu den Nationalratswahlen verwendet werden sollen, wobei in dieser Stellungnahme auch die über diese Grundlagen hinausgehenden positiven Ergebnisse der Beratungen zum Ausdruck kommen sollen.

2) Die Konferenz hält fest, daß
- der KB Wien einen Entwurf für einen gemeinsamen Beschluß zum einheitlichen Auftreten zur Kriegsgefahr in Europa und der Welt, hervorgerufen vom Ringen der beiden Supermächte, ausarbeitet;
- der KB Graz einen Entwurf für einen gemeinsamen Beschluß zum einheitlichen Auftreten zur Frage des bevorstehenden staatlichen Raubzugs ausarbeitet.

Diese Beschlußentwürfe sollen allen eingeladenen Organisationen bis zum 10.August zugesendet werden. Die Beratung über diese Entwürfe soll bei einer Konferenz am 16./17.August 1975 in Linz stattfinden.

Fußnote 1:

Konzept für eine Erklärung zu den Nationalratswahlen:

- Die Nationalratswahlen im Oktober finden in einer Situation statt,in der mit der Unzufriedenheit der Volksmassen über die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse in Österreich auch die Unzufriedenheit mit den bürgerlichen Parteien wächst.

- Die ÖVP hat die Wahlen im Oktober als "Schicksalswahlen" bezeichnet. Das sind sie ohne Zweifel für die bürgerlichen Parteien, nicht aber für die Arbeiterklasse.

  Über ihr Schicksal wird nicht im Parlament entschieden; ihre Lage ist geprägt von den Klassengegensätzen, die die ganze Gesellschaft durchziehen. Nicht der Stimmzettel ist für sie entscheidend, sondern die Erfolge im Klassenkampf.
- Trotzdem steht die Arbeiterklasse den Parlamentswahlen nicht interesselos gegenüber, spiegeln sich doch auf dieser Ebene die Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft wider; benutzt doch die Bourgeoisie jede Stimme, die für eine ihrer Parteien abgegeben wird, als Rechtfertigung für die Fortsetzung ihrer volksfeindlichen Politik, als "demokratische" Rechtfertigung für die weitere Verteidigung des kapitalistischen Privateigentums auf Kosten des Volkes.
- Deshalb ist es auch nicht gleichgültig, ob die Arbeiterklasse und das Volk der bürgerlichen Politik insgesamt eine Abfuhr erteilen, keine der bürgerlichen Parteien wählen, ist es nicht gleichgültig, ob sie sich für das "kleinere Übel" entscheiden, als das die SPÖ krampfhaft versucht zu erscheinen.
- Für die Arbeiterklasse und das Volk geht es heute darum, sich zusammenzuschließen gegen die Angriffe von Kapitalisten und Staat auf ihre Lebensverhältnisse und vorwärts zu marschieren gegen die politische Herrschaft der Bourgeoisie im Kampf um die Durchsetzung notwendiger Rechte bis zur Zerschlagung des bürgerlichen Staates und den Aufbau des Sozialismus.

Deshalb rufen wir auf, keine derheute kandidierenden Parteien zu wählen, sondern die Entschlossenheit, den Kampf aufzunehmen, auch bei den Wahlen zu dokumentieren !

Fußnote 2:

(Zusatz der VRAÖ/ML)

"Die Marxisten-Leninisten sind noch zu schwach verankert, um den Massen bewiesen zu haben ,daß sie sich nicht als Postenjäger ins Parlament setzen wollen, sondern von der Tribüne des Parlaments aus dieses als Machtinstrument der Bourgeoisie entlarven, beweisen wollen, daß Parlament und Parteien nur der Verschleierung der Diktatur der Bourgeoisie dienen, daß im Parlament im Interesse der werktätigen Massen nichts entschieden wird, sondern deren Perspektive im allseitigen Kampf bis zur sozialistischen Revolution liegt."

ANHANG 4:

Erklärung der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)

Auf der Konferenz der österreichischen marxistisch-leninistischen Organisationen zur Beratung eines gemeinsamen Auftretens bei den kommenden Nationalratswahlen haben die beiden Genossen der VRA P.W. und A.J. am 3.August als Zusatz zu der Formulierung des KB-Wien, die Kommunisten seien derzeit "noch zu schwach", um sich an den Wahlen zu beteiligen, folgende Formulierung vorgebracht, die auch ins Protokoll der Konferenz aufgenommen wurde:

"Die Marxisten-Leninisten sind noch zu schwach verankert, um den Massen bewiesen zu haben, daß sie sich nicht als Postenjäger ins Parlament

setzen wollen, sondern von der Tribüne des Parlaments aus dieses als Machtinstrument der Bourgeoisie entlarven und beweisen wollen, daß Parlament und Parteien nur der Verschleierung der Diktatur der Bourgeoisie dienen, daß im Parlament im Interesse der werktätigen Massen nichts entschieden wird, sondern deren Perspektive im allseitigen Kampf bis zur sozialistischen Revolution liegt".

Die Vereinigung Revolutionärer Arbeiter ist der Meinung, daß diese Formulierung falsch ist und eine Abweichung in Richtung Opportunismus und Revisionismus darstellt.

Das bürgerliche Parlament ist kein "Machtinstrument" der herrschenden Klasse. Die politische Macht stützt sich stets auf die Gewehrläufe, und deshalb hat das Parlament auch keinerlei Macht, sondern es ist vielmehr ein Betrugsinstrument des Kapitals, welches die tatsächlichen Machtverhältnisse verschleiern, der faktischen Diktatur der Kapitalistenklasse einen demokratischen Anstrich geben soll !

Demgemäß wird auch im Parlament nicht entschieden, weder im Interesse der werktätigen Massen noch im Interesse der Ausbeuterklasse, denn die tatsächlichen Entscheidungen im Interesse des Kapitals sind ja schon längst gefallen, bevor das Parlament als Abstimmungsmaschinerie in Funktion tritt. Entschieden wird im kapitalistischen Staat von den "privaten" und bürokratischen Monopolkapitalisten mit Hilfe der unabsetzbaren hohen Bürokratie, nicht aber von den angeblichen Volksvertretern im Parlament !

Die taktische Entscheidung, ob sich die Marxisten-Leninisten an den Wahlen zum bürgerlichen Parlament beteiligen oder nicht, ist eine Sache der konkreten Analyse der konkreten Situation. Im Wesen der Formulierung der Genossen A.J. und P.W. ist aber die Festlegung enthalten, sich auf alle Fälle an den Wahlen zu beteiligen, wenn man nur nicht mehr"zu schwach" ist. Eine solche "Garantie" einer "Wahlbeteiligung auf alle Fälle" ist aber falsch.

Die besagte Formulierung entspricht nicht der Linie der VRA, weil die in ihr enthaltene Aussage geeignet ist, die klare Losung des WAHLBOYKOTTS zu verwischen zugunsten dogmatischer Spekulationen mit den Aussagen marxistisch-leninistischer Klassiker.Anstatt klar die Meinungsverschiedenheiten in der Frage des Parlamentarismus herauszuarbeiten, war faktisch das Ergebnis des "Zusatzes" der beiden Genossen ein opportunistisches Vertuschen dieser Differenzen, von Differenzen, welche die VRA in ihrer Erklärung auf der Konferenz am 2./3.August 1975 ausdrücklich als solche zwischen Revisionismus und Marxismus bezeichnet hat.

Die Haltung der VRA bezüglich der Taktik bei allgemeinen Wahlen ist in der konkreten Situation klar und eindeutig festgelegt. Und in der"Stellungnahme zum Rundschreiben Nr.6 des KB-Wien" haben wir unsere seit Jahren erarbeitete Linie nochmals dargelegt:

"1. Alle bestehenden Parteien stehen auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die arbeitenden Menschen haben keine dieser Parteien zu wählen und nichts von ihnen zu erwarten. Jede dieser Parteien führt eine Politik kapitalistischer Interessensvertretung durch, wenn auch mit Nuancen. Daraus ergibt sich aber auch, daß wir nicht die Parteien schlechthin angreifen, sondern die bestehenden konkret als Kapitalsparteien.

2. Dem parlamentarischen Betrug wird von der arbeitenden Bevölkerung schon weitgehend Mißtrauen entgegengebracht. Dieses Mißtrauen und Unbehagen müssen wir vertiefen und seine Wurzeln der Bevölkerung durchschaubar machen. Das bedeutet nicht: "Hände weg davon! Das ist eine schmutzige Sache!", sondern erfordert im Gegenteil ein politisches Herangehen. Im Sinne der Entlarvung der "demokratischen" Variante der bürgerlichen Diktatur und der Propagierung des selbständigen Auftretens der Arbeiterschaft für ihre Interessen sowie der Notwendigkeit der proletarischen Revolution.

3. Der Wahlkampf bietet uns die Möglichkeit, mit unserer Agitation breite Teile der Bevölkerung zu erfassen. Durch Propagierung des bewußten Wahlboykotts (das Wort Boykott hat seinen Ursprung in einem Klassenkampf nordirischer Bauern), als Ausdruck der Ablehnung der Kapitalsherrschaft, können wir den arbeitenden Menschen neue klassenkämpferische Impulse und Erkenntnisse vermitteln. Dazu gehört es aufzuzeigen, daß die Arbeiterklasse eine revolutionäre Partei braucht,die sich den Sturz des kapitalistischen Systems zur Aufgabe setzt.

Mit dieser Stellungnahme binden wir uns aber in Hinblick auf die Zukunft keineswegs die Hände. Welchen Weg die Klassenpartei des Proletariats nehmen wird, hängt von den im betreffenden Zeitpunkt bestehenden Verhältnissen ab.

Bei einer eventuellen Teilnahme an den Wahlen werden wir darin stets die 'Feststellung des Reifegrads' der arbeitenden Menschen sehen. Wir werden uns hüten, irgendwelche Illusionen in den "Stimmzettel" bei den Arbeitern wachzuhalten. Darum bemüht sich ja gerade die herrschende Klasse und ihre Lakaien in den bestehenden Parteien. Die Aussage, Wahlboykott, weil "derzeit die Kommunisten noch zu schwach sind, um sich an Wahlen beteiligen zu können", schürt unserer Meinung nach die Illusionen über den Stimmzettel....

Soweit unsere von einer gesamtösterreichischen Konferenz der VRA Ende 1974 verabschiedeten Stellungnahme zum Rundschreiben Nr.6 des KB-Wien.

Die VRA sieht keinerlei Grund, von dieser Linie und ihrer Losung des AKTIVEN WAHLBOYKOTTS abzugehen. Im Gegenteil. Sie wird sich verstärkt bemühen, in ihrem Auftreten gegen die Schwindelwahlen vom 5.Oktober zwei grundsätzliche Gedanken zu propagieren:

Gegen die Kapitalsdiktatur - für die Volksmacht !

Boykottiert das Wahltheater - entschieden wird durch Kampf in den Betrieben !

Um aufzuzeigen, daß Parlament und Parteien nichts anderes sind, als"demokratische" Fassade der bürgerlichen Diktatur, und daß die Perspektive der Arbeiterklasse in der sozialistischen Revolution und der Errichtung der Volksmacht liegt.

Und um aufzuzeigen, daß Wahltheater und Schwindelparlament niemals, wie immer auch die Zusammensetzung des Parlaments, etwas zugunsten der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen entscheiden können, sondern daß entschieden wird durch den Kampf im Betrieb, auf der Straße, dort wo die Stärke der Arbeiterklasse liegt.

Deshalb wurde auf einer Leitungssitzung der VRA die im Protokoll der Konferenz vom 2./3. August angeführte Stellungnahme der beiden Genossen A.J. und P.W. kritisiert und zurückgewiesen. Die VRAÖ(ML) kann nur einer solchen Erklärung zustimmen, in der konkret die richtige Losung des aktiven Wahlboykotts zum Ausdruck kommt.

Wir rufen dazu auf, in diesem Sinne eine gemeinsame Erklärung der österreichischen Marxisten-Leninisten zu den Nationalratswahlen vom 5.Oktober abzufassen.

Wien, 15.August 1975

Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs
(Marxisten-Leninisten)

ANHANG 5 :

AUFRUF ZU DEN NATIONALRATSWAHLEN

Die Wahlen im Oktober finden in einer Situation statt, in der sich die Krise der bestehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung im Weltmaßstab und auch in Österreich verstärkt und alle grundlegenden Widersprüche sich verschärfen. Die beiden Supermächte USA und SU verstärken ihre Rivalität und bereiten hinter dem Rauchvorhang von Entspannung eine fieberhafte Aufrüstung. Den Ausweg aus ihren Schwierigkeiten werden sie unvermeidlich im Krieg suchen, wenn ihnen nicht die Völker in den Arm fallen und die Revolution in einigen wichtigen Ländern siegt.

Die Kapitalisten in Österreich suchen den Ausweg aus der Krise in einer gewaltigen Steigerung der Ausbeutung der Arbeiterklasse und der Lohnabhängigen. Gleichzeitig vertieft sich die Finanzkrise des bürgerlichen Staates und es verstärkt sich die Ausplünderung des Volkes durch den Staat. Für die Arbeiterklasse zeigt das den absoluten Gegensatz ihrer Interessen gegenüber den Kapitalisten und dem bürgerlichen Staat. Die Arbeiterklasse kann kein Interesse an der Erhaltung dieses Systems haben. Sie muß den Klassenkampf führen, um sich vor den Folgen der Krise zu schützen, ihre Kampfkraft und die Einheit ihrer Reihen zu erhalten und zu stärken. Das braucht sie, um den Kampf für den Sturz der bestehenden Ordnung und um den Sieg des Sozialismus führen zu können.
Der Klassenkampf in Österreich wird sich in den nächsten Jahren unvermeidlich verschärfen. Es ist von entscheidender Bedeutung, ob es der Arbeiterklasse gelingt, der Bourgeoisie entgegenzutreten und vorwärts zu marschieren in Richtung sozialistischer Revolution.

Ob ihr das gelingt, entscheidet sich im Klassenkampf, nicht bei den Wahlen zum Parlament. Die ÖVP spricht von "Schicksalswahlen", die SPÖ erklärt, daß "vier weitere gute Jahre" durch ihren Wahlsieg zu erreichen wären, und auch die FPÖ und KPÖ betonen, wie wichtig ein Wahlerfolg ihrer Partei sei. Aber "Schicksalswahlen" sind die Wahlen nur für die bestehenden Parteien, nicht für die Arbeiterklasse. Wenn die Arbeiterklasse ihre Sache selbst in die Hand nehmen will, dann kann sie das nicht mittels des Stimmzettels oder des Parlaments. Im Gegenteil muß sie sich von allen Illusionen freimachen, mittels des Parlaments ihre Interessen zur Geltung bringen zu können. Das Parlament ist nur eine "demokratische" Fassade vor der Diktatur der Bourgeoisie. Die Konkurrenz und das Gezänk der bestehenden Parteien im Parlament sollen verschleiern, daß die wirklichen Entscheidungen außerhalb dieser Einrichtung zum Betrug der Volksmassen fallen, daß es unter den Parteien der Bourgeoisie doch nur um die gutbezahlte Teilnahme an der Verwaltung des Staatsapparates geht, mit dem das Privateigentum an den Produktionsmitteln und die Ausbeuterordnung aufrechterhalten werden sollen. Die bestehenden Parteien darf die Arbeiterklasse nicht daran messen, was sie über sich selber sagen. Sie muß sie an ihrer tatsächlichen Haltung zu den brennenden Fragen der Arbeiter- und Volksmassen messen. Weil sie alle die Sanierung und Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung im Sinn haben und dies nur auf dem Rücken der Arbeiter- und Volksmassen zu erreichen ist, ist keine dieser Parteien ein kleineres Übel für die Arbeiter. Das Interesse der Arbeiterklasse besteht nicht darin, sich zwischen verschiedenen Übeln zu entscheiden, sondern daß im Kampf eine neue, eng mit den Massen verbundene, wirklich kommunistische Partei aufgebaut wird, die ihre Kämpfe zusammenfassen und führen kann.

Bei diesen Wahlen gibt es für die Arbeiterklasse und das Volk nichts zu wählen. Trotzdem können sie den Wahlen nicht interesselos gegenüberstehen. Jede Stimme, die für eine der bestehenden Parteien abgegeben wird, wird von der herrschenden Klasse genutzt werden, um vier weitere Jahre "im Namen des Volkes" gegen das Volk zu regieren. Deshalb ist es wichtig, ihren Parteien auch bei den Wahlen entgegenzutreten. Heute haben sich die marxistisch-leninistischen Kräfte noch nicht so viel politisches Vertrauen unter den Arbeitern und dem Volk erworben, um auch die Wahlen durch eine selbständige Kandidatur zu einer Kampfansage gegen das Ausbeutersystem zu machen. Sie sind noch zu schwach verankert, um den Massen in der Praxis bewiesen zu haben, daß für die Kommunisten das Parlament nur dafür von Interesse ist, auch die Tribüne des Parlaments zu nutzen zur Anprangerung der herrschenden Klasse und zur Entlarvung der "parlamentarischen Demokratie".
Trotzdem rufen wir alle auf, auch bei diesen Wahlen ihre Entschlossenheit zum Ausdruck zu bringen, den Klassenkampf zu führen bis zum Sturz des bürgerlichen Staates, zur Auseinanderjagung des Parlaments und zur Errichtung der Herrschaft der Arbeiterklasse.
Wir schlagen vor, den Stimmzettel ungültig zu machen durch die Aufschrift : VORWÄRTS ZUR SOZIALISTISCHEN REVOLUTION ! +)

Beschlossen von KB-Graz, KB-Tirol, KB-Wien, KG-Klagenfurt, KB Linz.

Linz, 17.8.75

+) Dieser Satz wurde zum ursprünglichen Entwurf erst hinzugefügt, als bereits einvernehmlich festgestellt worden war, daß eine Einigung mit der VRA nicht möglich wäre.

ANHANG 6 :

Aus einer Stellungnahme des KB-Salzburg/Hallein vom 15.8.1975

Nach gegenwärtigem Stand wird der KB-Salzburg/Hallein eine gemeinsame Erklärung zu "Wahlen und Parlament" nicht unterschreiben, und das hat zwei Gründe:
Erstens halten wir im Sinne zielstrebiger Vereinheitlichungsbemühungen nichts davon, eine Erklärung zu Nationalratswahlen herauszugeben, in der hauptsächlich einige gesicherte Aussagen des Marxismus-Leninismus wiedergegeben werden, die im Prinzip auch von der VRA, abgesehen von den untereinander abweichenden Aussagen auf der letzten Konferenz, anerkannt sind.
Im Lichte unserer gesamten Politik wird die angestrebte gemeinsame Erklärung weder für die beteiligten Organisationen noch für die Öffentlichkeit etwas im Sinn zielstrebiger Vereinheitlichung weiterbringen.
Deshalb unterschreiben wir zweitens eine solche Erklärung nicht, weil wir die gesamten Anstrengungen zur Vereinheitlichung an einem Punkt angekommen sehen, wo es sinnvoll nur weiter gehen kann, wenn wir uns über die offenbar seit der Salzburger Konferenz am 1./2.2.1975 unverändert unterschiedlichen Auffassungen des Herangehens an die Vereinheitlichung Rechenschaft legen.

ANHANG 7 :

Beschluß zum einheitlichen Auftreten anläßlich der bevorstehenden Nationalratswahlen in der Frage der Kriegsgefahr +)

1. Die unterzeichneten Organisationen stimmen darin überein, daß die Verschärfung des Ringens der beiden Supermächte USA und Sowjetunion um die Welthegemonie entgegen allem Entspannungsgeschwätz und "Abrüstungs"betrug zwangsläufig auf einen neuen imperialistischen Weltkrieg zutreibt.

In Europa mit seiner gewaltigen Konzentration sachlicher und menschlicher Produktivkräfte und seinem großen Absatzmarkt entscheidet sich das Ringen der beiden Supermächte. Deshalb ist der neue Weltkrieg, den sie zur Neuaufteilung der Welt zielstrebig vorbereiten, ein imperialistischer Raubkrieg vor allem um Europa, in dessen Kontrolle sie das Sprungbrett zur Weltherrschaft erblicken.

Dieser neue Weltkrieg ist die zwangsläufige Fortsetzung der gegenwärtigen Hegemoniepolitik des US-Imperialismus und des sowjetischen Sozialimperialismus. Er ist unvermeidlich, wenn ihm nicht die Revolution zumindest in einigen wichtigen Ländern der Welt zuvorkommt.

Gegenwärtig verstärken sich auf der Welt sowohl die Faktoren für die Revolution als auch für den Krieg. Ganz gleich jedoch, ob der Krieg die Revolution hervorrufen oder die Revolution den Krieg verhindern wird, in jedem Fall entwickelt sich die Weltlage zugunsten der Völker und damit sind auch die Zukunftsperspektiven der Welt glänzend.

2. Die unterzeichneten Organisationen stimmen darin überein, daß diese Entwicklung große objektive und subjektive Bedeutung für die weitere Entfaltung des Klassenkampfes in Österreich hat. Sie beschließen deshalb, diese Frage auch im Rahmen des bevorstehenden Nationalratswahlkampfes gemeinsam und einheitlich aufzuwerfen, zum Gegenstand der Mobilisierung der Massen gegen den Kapitalismus und für die soziale Revolution zu machen und zu einer wichtigen Frage der Auseinandersetzung mit der Bourgeoisie und ihren politischen Parteien.

3. Dabei setzen sie sich zum Ziel

- o dem Entspannungs- und "Abrüstungs"-Geschwätz der Revisionisten und Reformisten mit der Enthüllung der Tatsachen der wachsenden Unruhe im Gefolge der Hegemoniebestrebungen der Supermächte und der Tatsachen der fieberhaften Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen insbesondere der beiden Supermächte entgegenzutreten;
- o dabei die Wurzel und Gesetzmässigkeit dieser Entwicklung zum Krieg im kapitalistischen Ausbeutersystem aufzudecken und alle Parteien der Bourgeoisie als politische Repräsentanten dieses Systems zu entlarven.
- o unter den Arbeiter- und Volksmassen Klarheit über die Haltung zu schaffen, die sie angesichts dieser Entwicklung einnehmen müssen vom Standpunkt des Proletariats und im Hinblick auf dessen Ziel, die soziale Befreiung durch die proletarische Revolution.

4. Bei der Festlegung dieser Haltung muss ausgegangen werden davon, dass sich die Entwicklung zum Krieg wie die Entfaltung aller Widersprüche auf der Welt in Österreich objektiv und subjektiv auf der Grundlage seiner inneren Widersprüche auswirkt.

Österreich ist ein imperialistisches Land. Sein hauptsächlicher innerer Widerspruch ist der zwischen seiner imperialistischen Bourgeoisie und dem Proletariat.

Das nächste strategische Ziel der Arbeiterklasse in Österreich ist es, den imperialistischen Staatsapparat in diesem Land zu zerbrechen, die politische Macht zu erobern zum Zweck der sozialen Befreiung.

Ob der Krieg durch die Revolution verhindert wird,
ob die österreichische Monopolbourgeoisie Österreich zeitweilig aus dem Krieg heraushält,

ob Österreichs Monopolbourgeoisie an der Seite eines imperialistischen Blocks in den Krieg eintritt, oder
ob Österreich mit oder ohne Einverständnis der österreichischen Monopolbougeoisie durch eine andere imperialistische Macht besetzt wird,
keine der möglichen Entwicklungen kann etwas an diesem nächsten strategischen Ziel der österreichischen Arbeiterklasse ändern. Ändern können diese Entwicklungen nur die Bedingungen, unter denen die österreichische Arbeiterklasse ihr Ziel erkämpft, ihre zeitweiligen Bündnispartner und der Gegner, dem sie die Macht entreissen muss.

5. Solange die Arbeiterklasse die politische Macht noch nicht erobert hat und der Krieg noch nicht ausgebrochen ist und Österreich - in welcher Form auch immer - erfasst hat, kann es für die österreichische Arbeiterklasse nur eine Aufgabe geben: die Zeit zu nutzen, um die Monopolbourgeoisie zu stürzen, ihren imperialistischen Staatsapparat zu zerbrechen, selbst die politische Macht zu ergreifen und die soziale Revolution durchzuführen. Dem ist der Kampf gegen die Kriegsgefahr untergeordnet.

Deshalb zählt jeder zu ihren Feinden, der sie unter der Fahne der "Vaterlandsverteidigung" vom Kampf um den Sturz der Bourgeoisie und um die sozialistische Revolution abhalten will und sie damit ins Lager der Bourgeoisie ruft und zum Kanonenfutter für deren imperialistischen Bestrebungen machen will.

6. In diesem Kampf ist es das Ziel der Arbeiterklasse, alles zur Schwächung der Herrschaft der Monopolbourgeoisie zu tun, wodurch ihr Sieg über diese beschleunigt und erleichtert wird. Insbesondere strebt sie die Zersetzung des Gewaltapparates der Bourgeoisie an und kämpft für die Auflösung von Bundesheer, Polizei und Gendarmerie und ihre Ersetzung durch die allgemeine Volksbewaffnung, im Hinblick auf die Eroberung der Macht und die Durchführung der sozialen Revolution.

7. Die Arbeiterklasse muss den Kampf gegen die Kriegsgefahr führen. Sie kann keineswegs darauf setzen, dass die österreichische Bourgeoisie durch die Neutralität des Staates Österreich davon abgehalten wird, auf der Grundlage der Verfolgung ihrer eigenen imperialistischen Interessen in den Krieg einzutreten.

Die Arbeiterklasse muss den Bestrebungen der österreichischen Bourgeoisie, die Volksmassen durch chauvinistische und rassistische Hetze zur Parteinahme für die Imperialisten im Krieg zu gewinnen, entgegentreten und die Ziele, die die österreichische Bourgeoisie mit der forcierten Aufrüstung im Inneren und nach aussen verfolgt, entlarven.

Im Hinblick auf ihr Ziel der sozialen Befreiung muss sie auch die Empörung der Volksmassen über die imperialistische Kriegstreiberei wecken und nutzen. Jede Bewegung, die auf der Grundlage dieser Empörung entsteht, muss sie fördern und organisieren. Sie muss sie auf die Verhinderung des Kriegseintrittes der österreichischen Monopolbourgeoisie richten, um günstigere Bedingungen für das Voranschreiten und den Sieg der sozialen Revolution zu erhalten. Sie muss die grundsätzliche Komplizenschaft enthüllen, die zwischen allen imperialistischen Kriegstreibern und der österreichischen Kapitalistenklasse, ihren politischen Parteien und Regierungen als Repräsentanten des kapitalistischen Ausbeutersystems besteht. Sie muss diesen Bewegungen und dem Kampf gegen die Kriegsgefahr die revolutionäre Stossrichtung auf den Sturz der Monopolbourgeoisie und die soziale Revolution geben als den einzigen Weg, der die Ausbeutung und damit auch die Wurzel der Kriege dauerhaft beseitigen

kann, wenn er auf der ganzen Welt beschritten wird. "Imperialismus und Krieg - oder Sozialismus und Frieden - kein Drittes gibt's." (Liebknecht).

Sie kämpft weiters gegen jeden Schritt der österreichischen Monopolbourgeoisie, der über die Stärkung ihres Bündnisses mit anderen imperialistischen Bourgeoisien eine wachsende Abhängigkeit Österreichs von anderen imperialistischen Staaten herbeiführt, da dadurch die Revolution erschwert wird. Sie zeigt zugleich auf, dass die Ausbeuterinteressen der Monopolbourgeoisie unvereinbar mit einer wirklichen Unabhängigkeit Österreichs sind und auch ein unabhängiges Österreich erst durch die proletarische Revolution geschaffen werden wird.

8. Kommt jedoch der Krieg der sozialen Revolution zuvor, muss die Arbeiterklasse die durch den Krieg verschärfte wirtschaftliche und politische Krise ausnutzen, um den Bürgerkrieg gegen die herrschende Klasse zu organisieren und die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen. Den imperialistischen Raubkrieg muss sie verwandeln in den Krieg gegen die herrschende Klasse, sei es die österreichische Monopolbourgeoisie, sei es eine ausländische imperialistische Bourgeoisie (samt ihren einheimischen Kollaborateuren), die das Land besetzt und die österreichische Bourgeoisie in ihrer politischen Herrschaft abgelöst hat.

9. Auf dieser Linie werden die unterzeichneten Organisationen die Konfrontation mit den politischen Parteien der Bourgeoisie im bevorstehenden Wahlkampf suchen. Dabei sollen gemeinsame Agit-Prop-Materialien zum Einsatz kommen.

Für diesen Zweck und allgemein, um die Rolle der verschiedenen politischen Parteien der Bourgeoisie in dieser Frage in treffender Weise enthüllen zu können, werden die unterzeichneten Organisationen gemeinsame Anstrengungen zur Untersuchung der Haltung der österreichischen Bourgeoisie, ihrer Militärpolitik und der entsprechenden Vorschläge der verschiedenen bürgerlichen Parteien unternehmen.

Beschlossen von KB-Graz, KB-Linz, KB-Salzburg/Hallein, KB-Tirol, KB-Wien, KG-Klagenfurt.

Linz, 16.8.1975

+) VRA (und MLB(T)) stimmten diesem Beschlussentwurf nicht zu mit der Begründung, er sei zu allgemein und abstrakt und enthalte keine konkrete politische Linie. Ausserdem seien missverständliche Passagen enthalten. Wir glauben, dass der Beschluss eine sehr konkrete und eindeutige politische Linie enthält, nämlich dass der Kampf gegen die Kriegsgefahr dem Kampf um die sozialistische Revolution untergeordnet ist. Wir glauben, dass die VRA sich um diese eindeutige Position herumdrücken will, dass sie eine verwaschene und zweideutige Position vertritt, die es ihr erlaubt, hin- und herzuschwanken. So besteht die Gefahr des Abgleitens in die sozialchauvinistische Position der "Vaterlandsverteidigung", die im Beschluss kritisiert wird. Wir glauben deshalb, dass es sich um Differenzen in der politischen Linie handelt. Die VRA hat angekündigt, in einem Artikel in der "Volksmacht" zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Dann werden wir uns näher mit ihrer Position auseinandersetzen.

ANHANG 8:

Beschluss zum Auftreten gegen die steigende Ausplünderung des Volkes durch den bürgerlichen Staat im Wahlkampf +)

1. Immer stärker steigt die Ausplünderung der Volksmassen durch den bürgerlichen Staat, durch die Erhöhung von Steuern, Tarifen und Gebühren einerseits und den Abbau von Sozialleistungen andererseits. Der Staat der Bourgeoisie wird seine finanziellen Schwierigkeiten nie anders zu lösen versuchen als durch verstärkte Auspressung des Volkes.

Die Wurzel der permanenten staatlichen Finanzkrise ist die Ausbeuterordnung, die der Staat mit allen Mitteln aufrechtzuerhalten sucht. Verschärft wird sie im Stadium des Imperialismus. "Insbesondere aber weist der Imperialismus, weist die Epoche des Bankkapitals, die Epoche der gigantischen imperialistischen Monopole, die Epoche des Hinüberwachsens des monopolistischen Kapitalismus in den staatsmonopolistischen Kapitalismus eine ungeheure Stärkung der "Staatsmaschinerie" auf, ein unerhörtes Anwachsen ihres Beamten- und Militärapparates in Verbindung mit verstärkten Repressalien gegen das Proletariat sowohl in den monarchistischen als auch in den freiesten republikanischen Ländern." (LAW 31o). Sprunghaft spitzt sich die finanzielle Lage des Staates zu in der Krise, in die die kapitalistische Wirtschaft zwangsläufig immer wieder gerät und in die sie sich gerade jetzt immer tiefer verstrickt.
In dieser Situation, in der sich die Konkurrenz unter den Kapitalisten, in der sich der Widerspruch zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten ungeheuer verschärft, bedarf es vermehrter Anstrengungen des Staates, sowohl was ökonomische Massnahmen als auch was den Ausbau des staatlichen Gewaltapparates zur Niederhaltung der Arbeiter- und Volksmassen betrifft, um die Kapitalisten auf dem Rücken des Volks möglichst günstig wieder aus der Krise "herauszuretten".

Gleichzeitig versucht die Bourgeoisie, die bestehende Unzufriedenheit über die wachsende Ausplünderung als Unterstützung für ihre Angriffe auf die Gehälter und Arbeitsbedingungen der öffentlichen Bediensteten auszunützen.

Keine der existierenden bürgerlichen Parteien, keine Partei, die die bestehende Ausbeuterordnung schützt und verteidigt, ist daher im Stande, die Finanzmisere des Staates zu beheben. Dauerhaft zu verhindern, dass das Volk ausgeplündert wird, ist nur möglich durch die Beseitigung des bürgerlichen Staates.

2. Mit diesem Staat, der bestrebt ist, die Ausbeutung des Proletariats durch die Bourgeoisie zu sichern, dessen Aufgabe es ist, der Kapitalistenklasse möglichst günstige Ausbeutungsbedingungen auf Kosten der Arbeiterklasse zu gewährleisten, haben die Arbeiterklasse und das Volk nichts gemeinsam. In ihrem Interesse liegt die Zerschlagung dieses Staates und die Errichtung der Diktatur des Proletariats, die nicht getrennt vom Volk und kein Schmarotzer auf dem Rücken des Volkes ist. Solange aber die Bourgeoisie an der Macht ist, treten wir auf dagegen, dass der bürgerliche Staat seine Mittel aus der Ausplünderung des Volkes bezieht. Gegen den bevorstehenden Raubzug des Staates erheben wir folgende Forderungen:

o keine Erhöhung der Mehrwertsteuer

o keine Einführung neuer indirekter Steuern

o mindestens S 1o.ooo,-- im Monat steuerfrei

o keine Streichung der Wohnungsbeihilfe.

3. Unter diesen Gesichtspunkten müssen wir dem staatlichen Raubzug auch im Wahlkampf entgegentreten. Dabei müssen wir von der massiven Verschlechterung der Lage des Volkes, die er bedeuten würde, ausgehen und herausarbeiten, dass keine der bürgerlichen Parteien die Absicht hat und auch gar nicht dazu in der Lage ist, Massnahmen gegen die immer stärkere Ausplünderung des Volkes durch den bürgerlichen Staat zu ergreifen.

Die SPÖ tritt ganz offen dafür ein, Steuern, Tarife und Gebühren enorm zu erhöhen - während die ÖVP, um Stimmen zu fangen, gegen gewisse Ausplünderungsmassnahmen wie die Erhöhung der Mehrwertsteuer zum jetzigen Zeitpunkt eintritt, ohne natürlich dabei überhaupt gegen die Ausplünderung des Volkes einzutreten. Sie wird natürlich im Prinzip dieselben Massnahmen durchführen, wenn sie dazu Gelegenheit hätte.

Wir müssen vor allem gegen die ideologische Bindung der Volksmassen an die Bourgeoisie und ihren Staat, die Illusion in den Staat als "über den Klassen stehend", als "Staat aller" kämpfen. Diesen Schein von Neutralität des Staates müssen wir zerstören und seinen Klassencharakter sichtbar machen, indem wir zeigen, wie er sich finanziert und für wen er das Geld ausgibt. D.h. wir müssen genaue Informationen verbreiten über das Ausmass der Steuerausplünderung - besonders die Ungerechtigkeit der indirekten Steuern und ihren Verschleierungscharakter entlarven - und die Ausgaben in allen Bereichen genau beleuchten. Von besonderer Bedeutung ist dabei, das Argument von der "Sicherung der Arbeitsplätze" zu widerlegen, mit dem die Bourgeoisie diese Angriffe auf die Lebensbedingungen der Werktätigen rechtfertigt. Wir müssen herausarbeiten, dass die Massnahmen des Staates die Krise und ihre Folgen für die Arbeiterklasse und das Volk nicht verhindern können und dass es deshalb üble Bauernfängerei darstellt, die Steuererhöhungen als notwendig zur Sicherung der Arbeitsplätze zu rechtfertigen.

Durch organisierte und intensive Arbeit in diesem Sinne während des Wahlkampfes schaffen wir auch bessere Voraussetzungen dafür, in den folgenden Monaten den Kampf gegen den staatlichen Raubzug zu organisieren.

In diesem Sinne werden die unterzeichneten Organisationen die Konfrontation mit den politischen Parteien der Bourgeoisie im bevorstehenden Wahlkampf suchen.

Dabei sollen gemeinsame Agit-Prop-Materialien zum Einsatz kommen.

Beschlossen von KB-Graz, KB-Linz, KB-Salzburg/Hallein, KB-Tirol, KB-Wien, KG-Klagenfurt, MLB-Tirol, VRAÖ(ML).

Linz, 15.8.1975

+) Wir haben in diesem Beschluss darauf verzichtet, audrücklich unsere Forderungen nach Abschaffung aller indirekten Steuern und nach progressiver Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaft zu erheben. Für den Zweck einer Aktionseinheitsplattform der ML in der Frage der staatlichen Ausplünderung halten wir es für ausreichend, den Leitgedanken, dass der bürgerliche Staat seine Mittel nicht aus der Ausplünderung des Volkes ziehen soll, und die konkreten Teilforderungen, die wir auf der Linie der allgemeinen Steuerforderungen erheben, festzulegen.

Die armen Bauern und Arbeiterbauern für das Bündnis mit der Arbeiterklasse gewinnen!

Einleitung:

Die Krise, in der die Landwirtschaft in Europa - und bei uns in Österreich - steckt, verschäft sich zunehmend. Sich verstärkende Landflucht, Verödung fruchtbarer Gebiete, rasche Zunahme des Halbproletariats sind nur Phänomene einer rasch vor sich gehenden ökonomischen Entwicklung in der Landwirtschaft, in deren Zuge sich der Kapitalismus mehr und mehr durchsetzt.
Vor unseren Augen geht in der Landwirtschaft dieselbe Entwicklung vor sich wie in der Industrie - wenn auch in etwas komplizierterer Form: Auch hier Konzentration und Zentralisation der Produktionsmittel (hauptsächlich des Grund und Bodens) in der Hand weniger auf der einen und Ruin der selbständig produzierenden Kleinbauern auf der anderen Seite.
Die sich vertiefende kapitalistische Krise verstärkt diese Tendenz, beraubt mehr und mehr Kleineigentümer ihres Besitzes, stößt immer mehr arme Bauern ins Proletariat. Das ist eine Entwicklung, die sich unabhängig vom Willen der Menschen vollzieht, und die im Charakter der kapitalistischen Produktionsweise ihre Wurzel hat. Diese Entwicklung zeigt ganz klar, daß die kleinbäuerliche Produktion historisch überholt ist, die Kleinbauern in der kapitalistischen Gesellschaft dem Ruin preisgegeben sind und als Klasse von Kleinproduzenten keine Perspektive haben. Die bisweilen recht heftigen Protestbewegungen der Bauern, die heute noch zumeist unter der Führung von Großbauern und Großagrariern stehen, tragen oft dazu bei, die kleinen Bauern noch mehr an die Ursache ihrer wachsenden Verelendung, die Illusion, ihr Parzelleneigentum erhalten zu können, zu binden und sie so auf der Seite der Reaktion zu formieren und einzuspannen.

Hier stellt sich auch schon die Aufgabe des Proletariats:
Es darf nicht zulassen, daß sich die kleinen Bauern und das Halbproletariat auf der Seite der Konterrevolution einreihen.
Für das Proletariat kommt es dagegen darauf an, die Halbproletarier (Arbeiterbauern) und die Kleinbauern auf seine Seite zu ziehen und für ein Kampfbündnis für die proletarische Revolution zu gewinnen. Dies wird von großer Bedeutung für das Gelingen der proletarischen Revolution und für den Aufbau des Sozialismus sein.

Deshalb ist auch eine richtige Bündnispolitik der Kommunisten gegenüber den kleinen Bauern und den Halbproletariern, die im Rahmen der kapitalistischen Ausbeuterordnung keine Perspektive haben, von großer Wichtigkeit.

Die junge kommunistische Bewegung in Österreich, die jetzt dabei ist, die Bedingungen zu schaffen, sich zu einer schlagkräftigen gesamtnationalen Kampforganisation zusammenzuschließen, muß sich in dieser Frage Klarheit verschaffen, um nicht nur im Programm zu diesen Fragen richtige Grundlagen zu schaffen, sondern um auch eine richtige Taktik gegenüber der Landbevölkerung entwickeln zu können. Dies sind wichtige Vorbedingungen für die erfolgreiche Entfaltung des Klassenkampfes auf dem Lande.

Dazu muß die Entwicklung der österreichischen Landwirtschaft genau untersucht werden, denn nur aus dieser konkreten Untersuchung der Verhältnisse in Österreich sowie den Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung werden wir eine richtige Politik auf marxistisch - leninistischer Grundlage auf dem Lande beginnen können.
Keinen Schritt weiterbringen wird uns eine schematische Übertragung der Erfahrungen der chinesischen und russischen Kommunisten.

Die Auseinandersetzung um eine richtige Politik gegenüber der bäuerlichen Bevölkerung hat bereits begonnen und in einigen Artikeln ihren Niederschlag gefunden. An diese Auseinandersetzung soll der folgende Artikel anknüpfen, sie weiterführen und vertiefen.

I. Die Situation in der österreichischen Landwirtschaft

Die Differenzierung in der Landwirtschaft

Bei uns in Österreich hat sich auch in der Landwirtschaft der Kapitalismus voll durchgesetzt. Die Enteignung der selbständig kleinproduzierenden Bauern ist schon weit fortgeschritten und nimmt weiterhin zu. Die Bauernklasse, von der heute nicht mehr als Klasse zu reden ist, hat sich im wesentlichen in Großagrarier und kapitalistische Großbauern auf der einen Seite sowie in das Landproletariat und Halbproletariat auf der anderen Seite gespalten.
Das ist eine Entwicklung, die sich unabhängig vom Willen der Menschen vollzieht und die in der Entwicklung des Kapitalismus ihreUrsachen und Wurzeln hat. Marx schreibt in den Theorien über den Mehrwert: "Es ist denn auch das Gesetz, daß die ökonomische Entwicklung die Funktionen an verschiedenen Personen verteilt; und der Handwerker oder Bauer, der mit seinen eigenen Prokutionsmitteln produziert, wird sich entweder nach und nach in einen kleinen Kapitalisten verwandlen, der auch fremde Arbeit exploitiert oder er wird seiner Produktionsmittel verlustig gehen (dies mag zunächst geschehen, obgleich er ihr nomineller Eigentümer bleibt, wie bei Hypothekenwesen) und in einen Lohnarbeiter verwandelt werden. Dies ist die Tendenz inder Gesellschaftsform, worin die kapitalistische Produktionsweise vorherrscht". (1)

Wie dieser Prozeß in Österreich vor sich gegangen ist, zeigt die folgende Tabelle:

Entwicklung der land- und fortwirtschaftlichen Betriebe
(nach Betriebsgrößen)

Betriebsgrößen	1951	196o	197o
bis unter 2 ha	1o5.213	9o.7o8	79.426
2 bis 5 ha	1o2.687	9o.7o8	77.942
5 bis 1o ha	81.547	76.323	66.151
1o bis 2o ha	76.874	76.o77	72.212
2o bis 5o ha	57.166	53.451	57.1o4
5o bis 1oo ha	8.o83	8.231	8.5oo
1oo bis 2oo ha	3.322	3.551	3.295
2oo bis über 1ooo ha	2.976	3.237	3.o72

(1a)

Seit 1951 hat es in der Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe in Österreich starke Veränderungen gegeben. In der Kategorie bis zu 2 ha haben 1/4 der Bauern ihre Landwirtschaft aufgegeben. Bei den Betrieben von 2 bis 5 ha bietet sich ein ähnliches Bild. Etwas schwächer ist der Rückgang bei den Betrieben in der Kategorie 5 bis 1o ha. Die Anzahl der Großbetriebe konnte dagegen im selben Zeitraum leicht vergrößert werden. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß diese Großbetriebe heute wesentlich größere Flächen an Grund und Boden auf sich vereinigen als vor 25 Jahren. Zum Beispiel vereinigen die 351 Forstbetriebe, deren Besitzgröße die 1ooo ha Grenze überschreitet (das sind o,1% aller Forstbetriebe) 1 214.987 ha auf sich. Die übrigen 99,9% (insgesamt sind das 248.7o7 Betriebe) verfügen über 1 916.872 ha. Das heißt in Prozentzahlen gefaßt: 38,8% des Waldbesitzes werden von o,1% aller Besitzer auf sich vereinigt. Die übrigen 99,9% besitzen zusammen 61,2% des gesamten Waldbesitzes. (2)

Was drücken diese Zahlen aus? Sie zeigen insgesamt, daß die Aussagen, die K.Kautsky, als er noch Marxist war, über die Entwicklung in der Landwirtschaft, traf, auch für uns heute genauso treffen.

"Die gesellschaftliche Entwicklung geht in der Landwirtschaft in derselben Richtung, wie in der Industrie. Die gesellschaftlichen Bedürfnisse wie die gesellschaftlichen Bedingungen drängen hier wie dort zum gesellschaftlichen Großbetrieb, dessen höchste Form Landwirtschaft und Industrie zu einer festen Einheit vereinigt". (3)

Dieser notwendige ökonomische Prozeß der kapitalischen Zentralisation von Grund und Boden in der Hand weniger und die Verdrängung des historisch überholten Parzelleneigentums durch den großkapitalistischen Betrieb, mit dem die Proletarisierung der kleinen Bauern Hand in Hand geht, schafft die Bedingungen für das Bündnis der Kleinbauern mit dem Proletariat. Für ein Bündnis, das sich gegen die kapitalistische Profitwirtschaft, die ja die Grundlage dieser Entwicklung ist, und auf die Erkämpfung des Sozialismus richtet.

Schon immer kamen sogenannte Marxkritiker, die sich die kompliziertere und langsamere Entwicklung in der Landwirtschaft (gegenüber der Industrie) nicht erklären konnten und "Theorien" aufstellten, in denen behauptet wurde, daß die Realität beweise, daß der kleine sorgfältig und sparsam geführte Bauernhof dem im großen Maßstab geführten landwirtschaftlichen Betrieb überlegen sei und daß in der Landwirtschaft der Kleinbetrieb die Zukunft vor sich habe.
Alle Vorstellungen und Illusionen von der Möglichkeit, den Kleinbetrieb zu erhalten, zielen darauf ab, zu beweisen, daß der Sozialismus in bezug auf die Landwirtschaft unmöglich sei. Mehr noch, sie beinhalten in der Tendenz auch die Aussage ,daß der Sozialismus überhaupt undurchführbar ist, denn er hat ja die Vergesellschaftung aller Produktionsmittel zum Ziel. Will man nun beweisen, daß in einem Bereich der Produktivkräfte nicht nach der Vergesellschaftung drängen, dann negiert man insgesamt, daß die modernen Produktivkräfte gegen die herrschenden Produktionsverhältnisse, die auf dem Privatbesitz an Produktionsmitteln beruhen, rebellieren und immer stärker auf deren Überwindung in der sozialistischen Produktion als geschichtliche Notwendigkeit zusteuern.

Die Überlegenheit des Landwirtschaftlichen Grossbetriebes über den Kleinbetrieb

Vergleicht man die Organisation der Produktion beim landwirtschaftlichen Großbetrieb mit der beim landwirtschaftlichen Kleinbetrieb, so springen die Vorteile des Großbetriebs gleich in die Augen.
Ein gutes Beispiel bietet allein schon ein Blick auf den Mechanisierungsgrad der österreichischen landwirtschaftlichen Betriebe:

Betriebe nach Größenstufen und Zugkrafttypen

Betriebsgrößenstufen in ha Kulturfläche	Betriebe	Von 1oo Betr. entfallen auf Zugkrafttypen: ohne eigene Pferde und Traktoren	nur mit Traktoren
unter 2....	75.84o	79,4	12,3
2 bis unter 5....	71.o34	5o,9	41,5
5 bis unter 1o....	62.281	26,2	64,4
1o bis unter 2o....	73.464	12,2	74,7
2o bis unter 3o....	38.oo1	8,6	72,8
3o bis unter 5o....	24.412	1o,2	64,1
5o bis unter 1oo....	11.597	13,o	51,9
1oo und mehr.........	5.587	2o,5 a)	46,4

(4)

a) Hier muß berücksichtigt werden, daß es in der Größenordnung über 1oo ha sehr viele große Waldbesitzungen gibt, die nicht mehr mit Traktoren, sondern mit Lastwagen und Schleppkränen arbeiten. Der Mechanisierungsgrad dieser Betriebe ist so oft größer als bei anderen Betrieben, worüber die Tabelle,die als Zugkrafttypen nur Pferde und Traktoren angibt, hinwegtäuscht.

Ein weiteres Beispiel für die Ausrüstung der Großbetriebe, ist die Verteilung der Traktoren nach PS-Stärkeklassen auf die einzelnen Größenstufen landwirtschaftlicher Betriebe.

Betriebsgrößenstufen in ha landwirtschaftlich genutzter Fläche	Von 1oo Traktoren der PS-Stärkeklasse entfallen: bis 18 PS	18-3oPS	3o-5oPS	über 5o PS
unter 1o	68,9	4o,8	19,7	5,4
1o bis 2o	21,3	36,9	42,3	21,1
2o bis 3o	5,9	13,3	21,2	27,1
3o bis 5o	2,5	5,7	1o,7	26,9
5o und mehr	1,4	3,3	6,1	19,5

(5)

Einbezogen werden muß in diesem Zusammenhang auch die Verteilung der Lohnarbeiter auf die Betriebe der verschiedenen Größenklassen.

Das ergibt in der Gesamtübersichtin Kärnten folgendes Bild:

Betriebsgrößenstufen nach der Kulturfläche	Familienfremde Arbeitskräfte	Betriebe
unter 5 ha	761	1o.697
5 bis unter 1o ha	44o	4.396
1o bis 2o ha	688	5.453
2o bis 5o ha	1494	6.563
5o bis 1oo ha	99o	2.287
1oo bis 2oo ha	8o5	738
2oo ha und mehr	2837	315

(6)

Zusammenfassend kann zu diesen Tabellen und Übersichten gesagt werden:

1) starke und gute Maschinen gibt es in den wenigen Großbetrieben in einer weitaus höheren Anzahl als in Kleinbetrieben.
2) Die kapitalistischen Großbetriebe können die gute maschinentechnische Ausstattung im Zusammenhang mit der Ausbeutung von Lohnarbeit optimal ausnützen. Etwas, was beim Kleinbetrieb vollkommen wegfällt (eine Ausnahme bilden hier in gewisser Weise hochspezialisierte Kleinbetriebe, wie Gärtnereien oder Baumschulen).
3) Auch Wissenschaft und Forschung können vom Großbetrieb besser eingesetzt werden. Ein Kleinbetrieb muß seine Felder bebauen und kann sich auf Versuche nicht einlassen.

Zu diesen Vorteilen des Großbetriebs über den Kleinbetrieb kommen noch eine ganze Reihe anderer.
Der Großbetrieb ist nicht nur leichter in der Lage teure Anschaffungen zu machen (Traktoren, Futteraufbereitungsmaschinen etc.), sondern er kann sie auch besser ausnützen und früher amortisieren. Die Anschaffung eines Mähdreschers z.B. lohnt sich erst ab einer Mindestanbaufläche von 50 ha.
Beim Kleinbetrieb dagegen gehen die Maschinen schon oft früher kaputt als sie abbezahlt sind.
Auch bei Einkäufen und Verkäufen ist der Großbetrieb im Vorteil, hat er doch die Möglichkeit des En-gros-Einkaufs (was durch Rabatte große Vorteile bringt) und der En-gros-Produktion, die rationeller ist und wodurch er niedrigere Preise vergeben kann. Die Großbetriebe diktieren auf diese Weise auch den Preis einer Menge agrarischer Produkte. Produkte von Kleinbetrieben, die oft nur händisch produzieren, kommen auf einen weitaus höheren Preis und müssen teurer verkaufen. So sind die Kleinbauern gegenüber dem Großbetrieb in der Konkurrenz eindeutig unterlegen. Wichtig ist auch die weitaus bessere Ausbildung der Arbeitskräfte eines Großbetriebes, die Möglichkeiten des Großbetriebes, Arbeitskräfte heranzuziehen, die in der Leitung eines Betriebes und im Management beschlagen sind.
Dazu kommen beim Großbetrieb bessere Möglichkeiten der Marktbeobachtung, bessere kommerzielle Fähigkeiten, günstigerer Bezug von Betriebsmitteln, vorteilhaftere Absatzmöglichkeiten, weiters meist sehr günstige Geschäftsbeziehungen zu anderen Kapitalisten und Beziehungen zu politischen Institutionen, sowie Bankverbindungen, die es ihnen ermöglichen, zu günstigen öffentlichen Zuschüssen und billigen Krediten zu kommen.
Die Vorteile des Großbetriebs gegenüber dem Kleinbetrieb in der Landwirtschaft drücken sich deshalb notwendigerweise auch beim Betriebseinkommen je nach Arbeitskraft in Prozenten aus:
Große Betriebe erzielen dabei pro Arbeitskraft ein weitaus höheres Betriebseinkommen als Kleinbetriebe. (Siehe folgende Tabelle)

ANTEIL DER BETRIEBE MIT EINEM BETRIEBSEINKOMMEN IN S...JE ARBEITSKRAFT
(Ackerwirtschaften - Nordöstliches Flach-und Hügelland)

	bis 10.000	bis 30.000	bis 40.000	bis 60.000	bis 70.000	bis 80.000	darüber
10-20 ha	9,1	27,3	24,3	9,1	3,0	3,0	-
20-50 ha	3,7	5,6	14,8	9,2	14,8	13,0	22,2
50-100ha	-	9,7	-	9,7	16,1	12,9	45,2 (!)

Die Abwanderung aus der Landwirtschaft

Die notwendige Entwicklung zum Großbetrieb b rachte die sich schnell vollziehende Spaltung der Bauern in einerseits Großagrarier und Großbauern und andererseits arme Bauern, die entweder direkt ins Proletariat gestoßen werden oder noch eine Zeit als Arbeiterbauern ihr Leben fristen. Verstärkt wurde dieser Prozeß durch die seit dem 2.Weltkrieg ständig bestehenden Absatzschwierigkeiten für Agrarprodukte (die sich jetzt wiederum zuspitzen).Durch die zu anderen Produktionszweigen verhältnismäßigen niedrigen Löhne in der Landwirtschaft und durch die Erschließung des Arbeitskräftepotentials im landwirtschaftlichen Gebiet für die Industrie (besonders seit Anfang der 60er Jahre) haben in den vergangenen fünf Jahrzehnten ungefähr 1,5 Millionen Menschen der Landwirtschaft den Rücken gekehrt.
Das monatliche Durchschnittseinkommen eines Arbeiters in der Land-und Forstwirtschaft betrug 1973 4.348 S gegenüber 5.071 S eines nicht-landwirtschaftlichen Arbeiters. Das sind ungefähr 14,26 Prozent oder 1/7 weniger. (7)

Um die Jahrhundertwende betrug die Landbevölkerung 2,1 Mill.Menschen (das sind 34% der Gesamtbevölkerung).1951 waren es nur mehr 1,5 Mill. (oder 22%). 1971 wurden nur mehr 0,8 Mill. Menschen als zur Landbevölkerung gehörig gezählt. Dies machte einen Prozentsatz von 11% aus. "Laut letzter Volkszählung (1.Juni 1971) wurden in der Land-und Forstwirtschaft nur mehr 426.000 Erwerbstätige gezählt..."(8)
Die im jüngsten Monatsbericht erschienene Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts prognostiziert für das Jahr 1985 nur mehr 223.000 Erwerbstätige in der Landwirtschaft (das ist ein Drittel weniger als 1975). Der Anteil des Agrarsektors an den Erwerbstätigen soll von 14% im Jahr 1971, bzw. 11% im Jahr 1975 auf 6,5% im Jahr 1985 absinken. Bis 1985 dürfte sich diesen Zahlen zufolge die Zahl der in der Landwirtschaft Erwerbstätigen um 4,5 % pro Jahr verringern. (9) (das waren von 1972 auf 1973 rund 18.000 Menschen, davon waren 15.000 Selbständige und deren Familienmitglieder.)

"Die bloße Tatsache der zunehmenden Landflucht nicht nur der Landarbeiter, sondern auch der Bauern, bezeugt bereits augenfällig eine Zunahme der Proletarisierung. Der Flucht der Bauern nach der Stadt geht aber nun notwendigerweise der Ruin voraus, dem Ruin seinerseits ein zäher Kampf um die wirtschaftliche Selbständigkeit....Das unabwendbare Ergebnis des Kampfes aber ist: Ausscheidung einer Minderheit wohlhabender, begüteter Besitzer (...) und wachsende Verelendung der Mehrheit (...). Das unabwendbare Ergebnis des Kampfes ist ferner die Bildung einer Minderheit kapitalistischer, auf Lohnarbeit beruhender Wirtschaften und wachsende Notwendigkeit für die Mehrheit, sich nach "Nebenverdiensten" umzusehen, d.h. zu industriellen und landwirtschaftlichen Lohnarbeitern zu werden." (10)

Starke Entwicklung des Halbproletariats (Nebenerwerbsbetriebes) in Österreich

Was Lenin 1906 über die Kleinbauern, die sich nach "Nebenverdiensten" umsehen müssen, aussagte, ist heute zu einem vorherrschenden Phänomen in der österreichischen Landwirtschaft geworden.
In den Berichten über die Lage der österreichischen Landwirtschaft konnte man noch vor Jahren vergeblich nach Aussagen in bezug auf die Entwicklung der Nebenerwerbsbetriebe Ausschau halten. In den letzten Jahren hat die Tendenz zum Nebenerwerbsbetrieb auf der Grundlage der sich schnell entwickelnden Zentralisation in der Landwirtschaft jedoch derart sprunghaft zugenommen, daß die Bourgeoisie und der bürgerliche Staat dieser Entwicklung Rechnung tragen müssen, wollen sie die Versorgung mit landwirtschaftlichen Gütern aufrechterhalten und die Bewegung unter den vom Ruin betroffenen Kleinbauern unter Kontrolle behalten. Für die Bourgeoisie ist die Erhaltung des Nebenerwerbsbetriebs vor allem zur Bewahrung der Siedlungsdichte im ländlichen Raum, insbesondere im Berg- und Grenzland und zur Erhaltung der Kulturlandschaft (dies ist besonders wichtig für die Erhaltung und den Ausbau des Fremdenverkehrs), sowie für die Erhalt des ökologischen Gleichgewichts.
Im Bericht zur Lage der österreichischen Landwirtschaft wird die Situation der Nebenerwerbsbetriebe in Österreich kurz so umrissen:

"Als Nebenerwerbsbetriebe nach der land- und forstwirtschaftlichen Betriebszählung 1970 sind Betriebe zu verstehen, in denen das Betriebsleiterehepaar weniger als 50 % seiner gesamten Arbeitszeit dem land- und forstwirtschaftlichen Betrieb widmet und zu mehr als 50 % einer außerbetrieblichen Erwerbstätigkeit nachgeht. Wie dem Bericht über die Lage der österreichischen Landwirtschaft 1972 u.a. zu entnehmen ist, stellen aufgrund der land- und forstwirtschaftlichen Betriebszählung 1970 die 141.162 Nebenerwerbsbetriebe mit 39 % der Gesamtbetriebe die zweitstärkste Betriebsgruppe dar. Sie betreuen 15,6 der selbstbewirtschafteten Gesamtfläche und herrschen bereits in einigen Bundesländern- so im Burgenland, Vorarlberg und Kärnten - zahlenmäßig vor." (11)

Hier muß berücksichtigt werden: Diese Zahlen datieren aus dem Jahr 1970 und in den vergangenen fünf Jahren haben sich die Verhältnisse in der Landwirtschaft so enorm geändert, daß man heute schon sicherlich mit 50 % oder mehr an Nebenerwerbsbetrieben rechnen muß. Ins Kalkül gezogen werden müssen auch die Zuerwerbsbetriebe (Grad der Nebenbeschäftigung ist hier unter 50 %), die 1970 43.801 Betriebe oder 12 % aller landwirtschaftlichen Betriebe ausmachten. Schon 1970 ergaben die Zuerwerbs- und Nebenerwerbsbetriebe zusammen 184.978 Betriebe, das sind rund 52 % aller landwirtschaftlichen Betriebe.

Gliederung der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (1970)

Größenstufen nach Fläche	Vollerwerbsbetriebe	Zuerwerbsbetriebe	Nebenerwerbsbetriebe
bis 2 ha	8.854	6.201	59.576
2 bis 5 ha	14.606	13.981	41.345
5 bis 10ha	28.900	11.518	20.907
10 bis 20ha	54.302	7.339	10.924
20 bis 50ha	51.592	3.730	6.209
50 bis100ha	9.092	725	1.393
100 bis200ha	2.708	210	468
200 ha und mehr	989	97	355

Berücksichtigt man die Voll- und Nebenerwerbsbetriebe in der Kategorie bis zu 20 ha, so ergeben schon 1970 die Nebenerwerbsbetriebe 132./52 Betriebe gegenüber 96.662 bei den Vollerwerbsbetrieben. Bei den Betrieben über die Größenordnung von 20 ha, die auch schon in den meisten Fällen kapitalistische organisiert sind, wird in den allermeisten Fällen mit Fremdarbeitskräften produziert. Auf keinen Fall kann also davon die Rede sein, daß die selbständig, ohne Fremdarbeitskräften produzierenden Kleinbauern die Mehrheit der österreichischen'Bauern'darstellt.

In einzelnen Bundesländern hatten schon 1970 die Nebenerwerbsbetriebe insgesamt die Überhand. So z.B. in Kärnten: Dort ergaben Neben- und Zuerwerbsbetriebe 12./25 gegenüber 12.678 Vollerwerbsbetrieben. Berücksichtig man die beabsichtigten Betriebsveränderungen bis 1975 in Kärnten, so ergibt sich folgendes Bild (bei den Betrieben unter 20 ha):

Von den 5022 Vollerwerbsbetrieben werden bis 1975	201 vergrößern
	90 verkleinern
	4592 gleichbleiben
	139 aufgeben
Von den 12.228 Nebenerwerbsbetrieben werden	117 vergrößern
	248 verkleinern
	11355 gleichbleiben
	508 aufgeben
Von den 2.682 Zuerwerbsbetrieben werden	43 vergrößern
	62 verkleinern
	2539 gleichbleiben
	38 aufgeben (12)

Bei den Vollerwerbsbetrieben, die also aufgeben oder verkleinern, ist damit zu rechnen, daß sie entweder Proletarier oder Halbproletarier werden. Der Prozentsatz der Vollerwerbsbetriebe, der verkleinert oder aufgibt, beläuft sich auf 4,6 %.

Unterjochung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft unter das Kapital

Der arme Bauer, der oft der Ansicht ist, sein "eigener Herr zu sein" und sich dafür von Jahr zu Jahr mehr abrackert und auch auf so manches verzichtet, um nicht in eine Fabrik arbeiten gehen zu müssen, ist in Wirklichkeit keineswegs sein eigener Herr und Meister.

Der kleine Bauer wird systematisch vom Kapital unterjocht und der kapitalistische Staat hilft dabei nach Kräften mit.

Es fängt schon damit an, daß der Kleinbauer, will er Grund und Boden dazu kaufen, gezwungen ist, Grund und Boden der Nachbarschaft oder nähergelegene Grundstücke zu kaufen. Andere Grundstücke sind für ihn meist nicht zu bewirtschaften. Das gibt dem Verkäufer meist die Gelegenheit, den Preis hinaufzutreiben, wodurch der Kleinbauer dann oft entweder verzichten muß oder gezwungen ist, sich gewaltig auszubrennen.
Ähnlich verhält es sich bei einem Kredit oder einem Darlehen durch eine Bank zur Vergrößerung oder Stützung der Landwirtschaft. Der Kleinbauer hat meist durch die geringe Höhe des Kredits nicht die Möglichkeiten von Zinsvergünstigungen. Das Darlehen selbst wird auf den Boden gewährt, der als Pfand dient (Hypothek). Im Fall der Nichtbezahlung des Darlehens kommt es zur Zwangsversteigerung.

Aber nicht nur die Banken und der Wucher bedrohen die Existenz des kleinen Bauers. Besonders leidet er unter der sich immer weiter sich öffnenden Preis-Kosten-Schere, die sich aus der Disproportionalität zwischen den sich kaum erhöhenden Preisen für landwirtschaftliche Produkte und den horrend steigenden Preisen bei den landwirtschaftlichen Investitions- und Betriebsmitteln ergibt.

Dazu schreiben die "Landwirtschaftlichen Mitteilungen" (Organ der Landeskammer für Land- und Frstwirtschaft in Steiermark):
"Im Laufe des Jahres 1974 gingen die Preise der beiden Haupteinanahmequellen, nämlich Rinder um 30 % und Blochholz um rund 40 % zurück. Im Mittel stiegen sämtliche landwirtschaftliche Erzeugerpreise nur um 5,5% und lagen somit um 4 % unter der gesamtwirtschaftlichen Inflationsrate von 9,5 %.

Während die Erzeugerpreise nur gering anstiegen, zogen die Preise für landwirtschaftliche Betriebsmittel im Durchschnitt um 14 % und für Investitionsgüter um 14,5 % an." (13)

Tritt der Kleinbauer auf dem Markt mit den kapitalistischen Großbetrieben in Konkurrenz, dann zieht er zwangsläufig den Kürzeren. Gegen das konzentrierte Großkapital kann der zerspittert produzierende Kleinbauer nichts ausrichten. Er wird vom technisch entwickelteren und produktiveren Großbetrieb ausgestochen.

In einer anderen Form vollzieht sich die Unterjochung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft durch die lebensmittelverarbeitende Industrie.
In Gebieten Oberösterreichs z.B. verdingen Großfleischhauereien die Kleinbauern zur Schweinezucht. Diese Kleinbauern müssen sich genauestens an die Fütterungs-,Wässerungs-, Stallbau- und Gewichtsvorschriften, die von der Firma aufgestellt werden, halten. Nur dann bekommen sie den vereinbahrten Lohn. Werden die Schweine krank oder passiert sonst etwas, dann hat der Kleinbauer das volle Risiko zu tragen. Der Kleinbauer wird zum Heimarbeiter und hat nur mehr formal das Verfügungsrecht über Grund und Boden. Diese Form der direkten Vertragswirtschaft ist in Österreich noch nicht sehr breit entwickelt. Sie wird jedoch vom Staat vorangetrieben und dehnt sich sukzessive auf Obstbau, Gemüsebau, Weinbau aus. Vielfach sind die Genossenschaften solche Abnehmer und Verarbeiter landwirtschaftlicher Produkte. In manchen Gebieten sind solche Firmen (oder überhaupt nur die Genossenschaft) die einzigen Aufkäufer der armen Bauern. Diese Großbetriebe können dann ohne Weiteres den Preis nach Belieben senken, denn die Kleinbauern sind auf die Abnahme ihrer Produkte durch diese Firma angewiesen. Ein größerer Betrieb dagegen kann die Produkte entweder selbst verarbeiten oder diesem Erpressungsversuch so ausweichen, daß er eben woanders verkauft.
Die Firma Maresi z.B. ist in der Obersteiermark die Molkereigenossenschaft für das Ennstal und für weitere Teile der Steiermark. Wie die folgende Tabelle zeigt, verdienen die Molkereien und Molkereigenossenschaften bei Milchpreiserhöhungen wie der letzten am 15.7.75 den Löwenanteil:

Die Molkereien zahlten den Produzenten für 1 Liter Milch I.Qualität; 3,2 % Fettgehalt:		Der Verbraucher zahlte für 1 Liter Vollmilch mit 3,2 % Fettgehalt in Plastikbeuteln:
1966	S 2.27	S. 3.-
1967	S 2.27	S. 4.-
1968	S 2.13	S. 4.20
1969	S 2.17	S. 4.20
1970	S 2.17	S. 4.20
1971	S 2.36	S. 4.50
1972	S 2.48	S. 4.80
1973	S 2.56	S. 4.80
ab 1.4.74	S 3.-	S. 6.20
ab 15.7.75	S 3.25	S. 6.80

Beim Kampf um Preissteigerungen für landwirtschaftliche Produkte, die vom Bauernbund und vor allem von den Großbauern auf das Energischste gefordert werden, lassen sich die Kleinbauern oft hinter den Karren der Großbauern spannen. Doch die Erhöhung der Erzeugerpreise bringt für den Kleinbauern bestenfalls eine Milderung seiner Notsituation und bedeutet ein kleines Almosen gegenüber den steigenden Investitionsgütern odern gegenüber den sonst steigenden Preisen. Für den Großbauern macht eine solche Erhöhung der Erzeugerprodukte gleich eine Menge aus. Er erhöht somit seine Konkurrenzfähigkeit und wird in der Folge noch besser in der Lage sein, massenhaft die kleinen Bauern zu ruinieren und deren Grund und Boden aufzusaugen.

Preiserhöhungen bei Produktionsmitteln können vom Großbauern durch En-gros-Einkauf und großzügige Kalkulations- und Steuerabschreibemöglichkeiten abgefangen werden. Für den Kleinbauern brechen sie mit aller Wucht herein und beschleunigen den Ruin der selbständig produzierenden Kleinproduzenten.

Diese Beispiele ließen sich fortführen. Als Ausweg aus dieser Ausplünderung durch Lebensmittelkonzerne, kapitalistische Genossenschaften und agrarische Großbetriebe bleibt dem Kleinbauern noch einige Zeit, wo er noch härter schuften muß, bis er schließlich doch gezwungen ist, die Landwirtschaft aufzugeben. Er wird Proletarier.

Schließlich sieht es für den Kleinbauern so aus, daß sich "ihre Exploitation von der Exploitation des industriellen Proletariats nur durch die Form unterscheidet. Der Exploiteur ist derselbe: das Kapital" (14)
Die einzelnen Kapitalisten exploitieren die einzelnen Bauern durch die Hypotheke und den Wucher.

Können die Genossenschaften in unserer Gesellschaft den Ruin der Kleinbauern aufhalten?

Die Genossenschaften, als Interessensgemeinschaften der Bauern geschaffen, sind von der sich rasch entwickelnden Differenzierung in der Landwirtschaft nicht unberührt geblieben. Mehr denn je drückt sich heute auch bei der Betrachtung der Genossenschaften aus, daß der Großbetrieb dem Kleinbetrieb überlegen und daß der Kleinbetrieb zum Untergang verurteilt ist.
Aufgrund ihrer ökonomischen und politischen Stellung haben sich heute in den Genossenschaften die kapitalistischen Großbauern und Großagrarier durchgesetzt. Finanziert werden die Genossenschaften jedoch hauptsächlich vom Kapital vieler kleinbäuerlicher Kleinaktionäre (Kapitalanteil ab 10.000 S), denen die Mitgliedschaft bei einer Genossenschaft halt noch grad mehr Vorteile bringt als die Nichtmitgliedschaft. (z.B. ist ein Kleinproduzent, der ganz geringe Warenmengen verkauft,

gezwungen, bei einer Genossenschaft Mitglied zu sein, weil er in einer abgelegenen Gegend kaum einen anderen Abnehmer finden dürfte).

Den großen Vorteil von der Genossenschaft haben aber die Großbauern und Großagrarier. Bei ihnen machen z.B. Rabatte und sonstige Vergünstigungen, die man über die Genossenschaften erzielen kann, eine Menge aus. Die Kleinbauern dagegen werden in vielen Fällen zu reinen Zulieferern der Großbauern. Der Preis ihrer Produkte wird möglichst gedrückt und so mit ihrem eigenen Kapital ihr Ruin beschleunigt.

Die Ursache des kapitalistischen Charakters der Genossenschaften liegt darin, daß genossenschaftliche Vereinigungen im Kapitalismus "überall in ihrer wirklichen Organisation alle Mängel des bestehenden Systems reproduzieren und reproduzieren müssen" (Marx). Sie lassen "unermüdlich kleinbürgerliche kapitalistische Verhältnisse entstehen, welche die Entwicklung der Kapitalisten begünstigen, sie in den Vordergrund schieben und ihnen den größten Gewinn sichern."(15)
In den Genossenschaften setzen sich die Großagrarier nicht nur deshalb durch, weil sie von den Vorteilen durch große Mengen am besten profitieren, sondern weil sie durch ihre im einzelnen vielfach höheren Kapitaleinlagen (in der Gesamtheit sind natürlich die Kapitaleinlagen der Masse der Klein- und Mittelbauern höher) auch am meisten zu reden haben. In den Vorständen wird man auch in den meisten Fällen Großbauern finden. Nur sie sind auch in der Lage,Zeit für diverse Ämter aufzuwenden, was bei einem Kleinbauern nicht möglich ist. So haben die Großbauern allein von ihrer Stellung in der Genossenschaft gute Geschäftsverbindungen, sie können Institutionen gut überblicken und alle günstigen Bedingungen für sich ausnützen.

Oft bestehen Illusionen darüber, daß Genossenschaften "sozialistischen Charakter" hätten. Das ist vollkommen falsch. Jeder Zusammenschluß von Privateigentümern an Produktionsmitteln kann unter den Bedingungen bürgerlicher Herrschaft nur der Vervollkommnung der kapitalistischen Profitwirtschaft dienen. "Sozialistischen Charakter" kann so ein Zusammenschluß erst dann haben, wenndie Arbeiterklasse die Staatsmacht erkämpft hat und unter ihrer Führung Maßnahmen zur Vergesellschaftung der Produktionsmittel gesetzt werden.

Agrarpolitik des kapitalistischen Staates: Im Dienste der Grossagrarier und Agrarmonopole

Die staatliche Agrarpolitik verfolgt im wesentlichen das Ziel, die Zentralisation des Grunds und Bodens in der Hand weniger voranzutreiben und eine "gesunde" (d.h. kapitalistische rationell geführte) Landwirtwirtschaft im Rahmen der kapitalistischen Gesamtwirtschaft zu schaffen, zu erhalten und weiterzuentwickeln.

Der "Grüne Plan" (ein größerer Rahmenplan zur Entwicklung der kapitalistischen Landwirtschaft) wird jährlich auf der Grundlage des Berichts über die Situation der österreichischen Landwirtschaft erstellt. Er bietet für die Tendenz zur Konzentration und Zentralisation und wie sie von staatlicher Seite vorangetrieben wird, ein gutes Anschauungsmaterial: Der "Grüne Plan" hat sich beispielsweise für das Jahr 1973 folgende Schwerpunkte gesetzt:
"Ausbau und Entwicklung von Vollerwerbsbetrieben im Interesse einer kostengünstigen Versorgung dort, wo es möglich ist;

Festigung von Betrieben, wo es zur Erhaltung der Kulturlandschaft notwendig ist;

Förderung außerlandwirtschaftlicher Einkommensquellen dort, wo das Einkommen aus dem eigenen Betrieb durch außerbetriebliche Arbeit im Weg des Zu- und Nebenerwerbs ergänzt werden muß."

Erläuternd heißt es noch dazu: "Die mit öffentlichen Mitteln finanzierten Förderungsmaßnahmen dienen vornehmlich dazu, die Eingliederung der landwirtschaftlichen Betriebe in eine moderne Volkswirtschaft zu erleichtern, sie zur Erhaltung der Kulturlandschaft zu festigen, die Vermarktung der agrarischen Produkte zu verbessern, den ländlichen Raum verkehrsmäßig zu erschließen und die Funktionsfähigkeit der Berggebiete zu erhalten." (16)

Der "Grüne Plan" läuft seit 1961. Seit damals wurden bis 1973 8,6 Milliarden Schilling ausgeschüttet. Prozentmäßig verteilen sich die Posten folgendermaßen:

a) 42 % für Verbesserung der Struktur der Betriebswirtschaft
b) 22 % für Zinszuschüsse
c) 12 % Verbesserung der Produktionsgrundlagen
d) 12 % Verbesserung des Anbatzes für land- und forstwirtschaftliche Produkte
e) 6 % für das Bergbauernsonderprogramm
f) 4 % für Landarbeiterwohnungen
g) 2 % für Forschungszwecke (17)

Was darunter genauer zu verstehen ist und wem diese Investitionen nützen, sollen einzelne Details zeigen.
Sehr klar sagen schon die Kriterien zur "Überprüfung der volkswirtschaftlichen Zweckmäßigkeit" worauf der bürgerliche Staat als Sachwalter der Kapitalisten hinauswill:"In Betrieben, die die alleinige oder überwiegende Einkommengrundlage der Besitzerfamilie sind und in Zukunft bleiben sollen (Vollerwerbsbetriebe), ist mittels der geförderten Maßnahmen insbesondere die Erzielung eines Betriebsumfanges anzustreben, der nachhaltig die Erwirtschaftung eines Einkommens in befriedigender Höhe ermöglicht.
Bei Betrieben, deren Inhaber ihren Haupterwerb außerhalb des Betriebes haben oder anstreben (Nebenerwerbsbetriebe), hat sich die Förderung der Maßnahmen zu beziehen, die eine Vereinfachung des Betriebes und eine Verringerung der arbeitsmäßigen Belastung der Besitzerfamilie zum Ziel haben."(18)
Das heißt im Klartext, daß große, lebensfähige Betriebe erhalten und gefördert, die Kleinbetriebe und Nebenerwerbsbetriebe nur soweit landwirtschaftlich erhalten werden sollen, soweit das für die Wasser- und Energiewirtschaft, Fremdenverkehr und als Erholungsraum, sowie für die Erhaltung des ökologischen Gleichgewichts notwendig ist.
Im Rahmen der oben skizzierten Schwerpunkte (a -g) wurden 1973 von den 989 Millionen jeweils vergeben:
"Für Maßnahmen zur Produktivitätsverbesserung der Viehwirtschaft wurden 1973 21,13Millionen(....) zur Verfügung gestellt." (19)
Hier werden dann eine Menge von Forschungsprojekten (die wie schon vorne gezeigt wurde in erster Linie Großbetrieben nutzen, weil nur sie in der Lage sind, die Ergebnisse nutzbar zu machen) aufgezählt.
"Außerdem", heißt es weiter, "wurden für Investitionen in der Viehwirtschaft von 5o Darlehenswerbern rund 1o,1 Millionen in Anspruch genommen.
Für die Anschaffung von technischen Einrichtungen für Molkereien sowie für den Ausbau von Molkereien und Sennereien wurden Agrarinvestitionskredite in der Höhe von 9,1Millionen Schilling(..) ermöglicht."(20)
1969 wurde im Rahmen des "Grünen Plans" ein Besitzstrukturfond eingerichtet, der "freiwerdende (bankrottgegangene) Grundstücke vorsorglich zu kaufen oder zu pachten und der Aufstockung bäuerlicher Betriebe zuzuführen " hat.(21)

1973 wurden nun 5.o69 ha angekauft und 951 Betriebe beantragten zur Grundaufstockung 124,4 Millionen Schilling an zinsverbilligten Darlehen.
Bei den Absatz-und Verwertungsmaßnahmen wird berichtet, daß "die Absatzmaßnahmen für Weinbauprodukte 1973 eine Förderung mit rund 13,2 Millionen erhielt, sodaß bei 14 Winzergenossenschaften innerbetriebliche Arbeitsvorgänge modernisiert und ausgebaut werden konnte."(22)
Oder:"Der Bau oder Ausbau von Vermarktungseinrichtungen für den Viehabsatz, von Schlachtanlagen und milchwirtschaftlichen Betrieben wurde auch 1973(...) gefördert. Dabei sind 2o Millionen Schilling an Agrarinvestitionskrediten für den Bau oder Ausbau einer Fleischwarenfabrik und eines Schlachthofs, 15 Millionen Schilling AIK für den Ausbau von Käsereien und Molkereien und rund 8,5 Millionen AIK zur Verbesserung des Viehabsatzes durch den Bau von Ställen und Kälbermastanlagen bereitgestellt worden."(23)
Als Großtat versucht der bürgerliche Staat sein Programm für Bergbauern zu verkaufen.
Was da für die kleinen Bauern herausschaut, zeigt das knappe Zitat recht gut:"An Bergbauern wurden insgesamt mehr als 52,1Millionen Schilling geleistet. Hierbei betrug der Zuschuß in der ZoneI(schwierige Bewirtschaftungsanlage) 2000S, und in der ZoneII(leichtere Bewirtschaftungslage) 1000S je Betrieb und Jahr. Der Bergbauernzuschuß kam 1973 35.478 betrieben zugute."(24)
Die staatliche Agrarhilfe und die diversen Marktordnungen dienen der grossagrarischen, kapitalistischen Betrieben, der lebensmittelverarbeitenden Industrie, der Fremdenverkehrsindustrie. Die landwirtschaftliche Betriebsführung der Klein- und Nebenerwerbsbetriebe wird nur soweit gefördert, soweit damit die Siedlungsdichte erhalten und der Kulturraum gepflegt wird und werden muß(Fremdenverkehr).
Der Kleinbauer geht als Verfechter einer historisch überholten Produktionsweise unter, der kapitalistische Großbetrieb tritt an seine Stelle. Diese Tendenz zu fördern ist die Aufgabe der staatlichen Agrarpolitik.

Agrarpolitik der bürgerlichen Parteien

Insgesamt ist zu sagen, daß die bürgerlichen Parteien in bezug auf die Forcierung der Zentralisation in der Landwirtschaft eine ähnliche Politik verfolgen.
Die SPÖ als Regierungspartei weist stolz auf ihre Großtaten in bezug auf den "Grünen Plan" hin und streicht ihn als "großen Erfolg" heraus. Und er war es fürwahr: für die Agrarmonopole und für die Großbauern. Gleichzeitig wurden jedoch durch die Maßnahmen des "Grünen Plans" tausende Kleinbauern ruiniert, genauer gesagt durch den "Grünen Plan" wurde der notwendige Ruin der Kleinbauern immens beschleunigt.
In einem Artikel der "Neuen Agrarzeitung" (Organ des Österreichischen Arbeiterbauernbundes/SPÖ) heißt es zum Thema landwirtschaftliche Strukturpolitik:"Die durchschnittliche Betriebsgröße bei den Vollerwerbsbetrieben in den letzten Jahren hat sich um 3,5ha vergrößert, während die mittlere Größe der Zuerwerbsbetriebe auf 11,5ha abnahm und sich bei den Nebenerwerbsbetrieben eine kleine Zunahme auf 8,2ha vollzog. Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft verfügt über ein Paket strukturpolitischer Maßnahmen und Gestze, wobei im besonderen die 1956 eingeführte Besitzaufstockungsaktion sich bewährte(...)

Allein im Jahr 1974 wurden 5080ha für 910 Betriebe angekauft und hiefür vom Bundesministerium für Land-und Forstwirtschaft 133 Millionen Schilling zinsverbilligte Darlehen bereitgestellt."(25) Dies entspricht genau der Linie, die sie 1968 festlegte:"Nur jene Betriebe bzw. Betriebsgruppen sollen in die Förderung einbezogen werden, die als langfristig lebensfähig anzusehen sind."(26)

Die ÖVP, die in den Vertretungskörperschaften der Bauern die absolute Mehrheit hat und sie auch weiterhin behalten möchte, sowie die Kleinbauern als Stimmvieh auf ihre Seite bekommen möchte, kann bei ihren Zentralisationsbestrebungen nicht so offen vorgehen wie die SPÖ. Sie bedient sich dabei vor allem ihrer Position in Genossenschaften, Bünden und sonstigen Agrarinstitutionen, wo die ÖVP-Bonzen, meist selbst Grossagrarier, den meisten Einfluss haben. Und während sie nach aussenhin lautstark und meist sehr wortradikal (Minkowitsch) für die"Interessen der Bauern" eintritt, machen sie in diesen Gremien in Wirklichkeit eine Politik zum Nutzen der Großagrarier und ruinieren sukzessive die Kleinbauern.

Andererseits spielen sie sich wortradikal als Vertreter der Bauernschaft auf, um bei Preis- und Subventionsforderungen auch die Kleinbauern auf die Straße zu bringen. In Wirklichkeit steuern die Kleinbauern mit solchen Aktionen nur früher ihrem unvermeidlichen Ruin zu:Die Großagrarier sanieren sich, die Kleinbauern schaffen die Konkurrenz nicht mehr und verschwinden von der Bildfläche.
Die KPÖ "tritt für eine Preis- und Marktpolitik ein zum Nutzen der Arbeiter und Angestellten wie der Bauern (sic, die Verf.) ein.(...) Als mögliche Sofortmaßnahme schlägt die KPÖ u.a. hier vor:Preisstop außer bei Grundnahrungsmitteln, Mieten und kommunalen Tarifen auch für alle Waren und Dienstleistungen, die für die bäuerliche Erzeugung heute unentbehrlich sind! Streichung aller Preisstützungen für Großagrarier! Dementsprechend mehr Mittel für die Anhebung der bäuerlichen Erzeugerpreise und für Rationalisierungszwecke der bäuerlichen Produktion! u.a."(28)

Wenn die KPÖ wüßte, welche Beträge jährlich für "Rationalisierungszwecke der bäuerlichen Produktion" ausgegeben werden und wie diese Ausgaben die notwendige ökonomische Entwicklung mit der Herausbildung von Großbetrieben auf der einen und dem Ruin der Kleinbauern auf der anderen Seite vorantreibt!Gerade aber von dieser ökonomischen Entwicklung abstrahiert die KPÖ und verspricht "den Bauern" das Blaue vom Himmel. Wer das aber in der heutigen Situation macht, wo die Spaltung in Großagrarier hier und Halbproletariat und proletarisierte ehemalige Bauern dort, schon so weit fortgeschritten ist, der macht sich zum Wasserträger der Großbauern und Groagrarier.
Sowohl die SPÖ, als auch die ÖVP und die KPÖ streichen sich als "Interessenvertretung der 'Bauern'" heraus, sprechen von der Einheit aller "Bauern" etc. Wie falsch und wie verlogen diese Einheit ist, zeigt die reale ökonomische Entwicklung in der Landwirtschaft.
Obwohl die Politik aller bürgerlichen Parteien auf einen direkten Be Betrug an den Kleinbauern und Arbeiterbauern hinausläuft, ist die Bindung der Halbproletarier und Kleinbauern an die bürgerlichen Parteien noch sehr stark. Ein Beispiel dafür ist die folgende Tabelle:

Ergebnis der Landwirtschaftskammerwahlen(1970-73)

	Wahlberechtigte	gültige Stimmen	Bauernbund	Arbeitsbauernbund
Insgesamt	723.639	597.443	493.585	57.279
			82,61%	9,58%
			Allgem. Bauernv.	FPÖ
			34.627	9.980
			5,79%	1,67%

Mandate:	Bauernbund (ÖVP)	Arbeitsbb. (SPÖ)	Allg.Bv.	FPÖ	Sonstige
	200	23	12	4	1

Die Kleinbauern werden die Perspektivlosigkeit des Kampfes auf der Seite der Großagrarier und auch die Perspektivlosigkeit der Versprechungen, die auf die Erhaltung des Kleineigentums abzielen, erkennen und in den Kämpfen, die sie auf der Seite der Arbeiterklasse gegen den bürgerlichen Staat (gegen Steuerausplünderung, Zerstörung der Umwelt u.a.) führt, immer klarer die Notwendigkeit des Sturzes der kapitalistischen Ausbeuterordnung erkennen.

Anmerkung: Die Auseinandersetzung mit den bürgerlichen Parteien ist hier nur in aller Kürze abgehandelt. Sie muß sicherlich in weiteren kommunistischen Publikationen weitergeführt und vertieft werden.

II. Die Politik der Kommunisten zur Gewinnung der kleinen Bauern und der Halbproletarier für das Bündnis mit der Arbeiterklasse

Damit das moderne Industrieproletariat seine Mission der Befreiung der ganzen Menschheit von Ausbeutung und Unterdrückung erfüllen kann, muß es Führer aller ausgebeuteten Klassen und Schichten sein. Um seine Führerrolle auch gegenüber den Kleinbauern und dem Halbproletariat nachkommen zu können, muß es auch den Klassenkampf aufs Land tragen und die werktätigen und ausgebeuteten Massen auf dem Lande in den Kampf zum Sturz der Bourgeoisordnung führen.

Die Landbevölkerung gliedert sich heute in Österreich in folgende Klassen und Schichten.

Wenn nun im Anschluß an die Charakterisierung der einzelnen Klassen und Schichten Zahlen genannt werden, so sind das nur Richtzahlen, die Durchschnittswerte angeben und die auch sicherlich durch die Entwicklung in den letzten 5 Jahren teilweise überholt sind.

1. Das Landproletariat: ist der direkte Klassenbruder des Industrieproletariats. Die ständigen Lohnarbeiter, Saisonarbeiter und Taglöhner verkaufen ihre Arbeitskraft an Agrarkapitalisten und kapitalistische landwirtschaftliche Betriebe. Sie haben wie das Industrieproletariat ein unmittelbares Interesse am Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung und an der Errichtung der Diktatur des Proletariats und werden sich für dieses Ziel auf dem Lande am konsequentesten einsetzen.
Laut Volkszählung von 1971 waren von den 426.478 Berufstätigen in der Landwirtschaft 52.016 Facharbeiter und sonstige Arbeiter.

2. Das Halbproletariat (Arbeiterbauern): Sie wurden durch die ökonomische Entwicklung gezwungen, ihre Arbeitskraft an einen Kapitalisten

zu verkaufen, woher sie nun ihr Haupteinkommen beziehen. Ihre Parzelle war nicht mehr dazu imstande, ihnen den Lebensunterhalt zu sichern. Sie leisten nun einerseits Lohnarbeit, bleiben aber andererseits Eigentümer ihres Grund und Bodens, und haben von dort her das Interesse, ihr kleinbäuerliches Parzelleneigentum zu erhalten - auch wenn sie enormster Belastung ausgesetzt sind.

Viele von ihnen rechnen darüberhinaus noch damit, nach einer Übergangszeit wieder nur als Kleinbauern zu arbeiten. Sie fühlen sich meist mehr als Bauern, denn als Proletarier und halten sich aus diesem Grund oft von den Kämpfen im Betrieb abseits. Trotzdem gilt es für die Kommunisten, die Einheitsfront aller Arbeiter im Betrieb herzustellen und die Halbproletarier als Proletarier zu gewinnen, die in zweiter Linie Besitzer von Produktionsmitteln sind. In der Größenordnung von 10 ha gab es schon 1970 von 205.888 Betrieben 121.828 Halbproletarier (Haupteinkommensquelle nicht die Landwirtschaft), das sind 55%.

3. Die Kleinbauern: sind "Eigentümer oder Pächter (...) eines Stückchens Land, nicht größer als er mit seiner Familie in der Regel bebauen kann und nicht kleiner, als was die Familie ernährt." (29) Sie sind Reste einer überholten Produktionsweise, die dem Untergang preisgegeben ist. Marx sagt dazu: "Der unabhängige Bauer oder Handwerker wird in zwei Personen zerschnitten. Als Besitzer der Produktionsmittel ist er Kapitalist, als Arbeiter ist er sein eigener Lohnarbeiter. Er zahlt sich also sein Salair als Kapitalist und zieht seinen Profit aus seinem Kapital, d.h. er exploitiert sich selbst als Lohnarbeiter und zahlt sich in dem surplus value den Tribut, den die Arbeit dem Kapital schuldet." (30) .

Obwohl sie, um ihr Parzelleneigentum erhalten zu können, Mehrarbeit, Mangel an Luxus, Mangel an Bildung und Kultur, etc. auf sich nehmen müssen, verteidigen sie oft mit Zähnen und Krallen dieses Parzelleneigentum und lassen sich oft von den Großagrariern zur "Erhaltung des Bauernstandes" auf die Barrikaden hetzen. Daß sie damit nur der Zentralisation in der Landwirtschaft Vorschub leisten und ihnen eine Preiserhöhung nur eine vorübergehende Milderung bringt, während sie auf lange Sicht ihren Ruin beschleunigt, ist ihnen meist nicht bewußt. Dies zeigt auch ihre noch starke Bindung an den Bauernbund.

1970 gab es in den Größenkategorien bis 10 ha (Kleinbauern kann man bei uns in Österreich in den meisten Fällen in die Kategorien unter 10 ha einordnung, Ausnahmen sind hier Baumschulen und Gärtnerein, die meist kapitalistische Betriebe sind, die oft mehrere Lohnarbeiter beschäftigen) von den 209.155 unter 10 ha 52.360 Betriebe, die selbständig und in erster Linie in der Landwirtschaft produzierten. Hinzu kommt hier noch ein großer Teil der 31.700 Zuerwerbsbauern, von denen in den letzten Jahren viele entweder zu Arbeiterbauern wurden oder überhaupt ins Proletariat gestoßen wurden.

4. Mittelbauern: Sind auch Eigentümer kleiner Parzellen. Sie sind aber meist in der Lage, über die Versorgung ihrer Familie hinaus einen Überschuß zu produzieren und beschäftigen oft (meist auf Dauer) Lohnarbeiter. Sie haben massive Interessen, ihre Landwirtschaft auszudehnen, damit sie auch nach rationellen kapitalistischen Gesichtspunkten betrieben werden kann.

Nach Zählungen von 1970 kann man ungefähr 50.000 bis 100.000 Mittelbauern rechnen, wobei der Übergang zu den Großbauern einerseits und den Kleinbauern andererseits äußerst fließend ist (darum die große

Spanne). Im Durchschnitt gesehen, kann man heute in Österreich die Mittelbauern über einer Betriebsgröße von 10 ha ansiedeln.

5.Großbauern und Agrarkapitalisten: Sie sind ländliche Bourgeois und stehen im direkten Gegensatz zum Landproletariat. Gegen sie den schonungslosen Kampf aufzunehmen, ist eine wichtige Aufgabe des Landproletariats. In diese Kämpfe werden auch oft Halbproletarier und Kleinbauern einbezogen werden können.

Auf jeden Fall sind jene Bauern, die über einen Besitz von mehr als 50 ha verfügen, zu den Großbauern zu rechnen. Das waren 1970 12.790. Man wird aber ihre Zahl insgesamt höher ansetzen müssen (ungefähr sind es um die 30.000) und bei den Mittelbauern dementsprechend niedriger, weil gerade zwischen diesen beiden Schichten die Grenzen sehr fließend sind. Nicht gerechnet sind hier die Agrarkapitalisten vom Schlage der Firma Maresi, Desserta, etc.
Aufgrund der Analyse der verschiedenen Schichten auf dem Lande müssen die Kommunisten ihre Politik ausrichten.

Die wichtigsten und konsequentesten Triebkräfte auf dem Lande sind die Landarbeiter. Unter ihnen Agitation und Propaganda für die sozialistische Revolution zu machen, sie zu gewinnen und zu organisieren ist von vorrangiger Bedeutung.

Nicht der Kampf um irgendwelche Bauerninteressen darf im Mittelpunkt unserer Politik stehen, sondern die Gewinnung großer Teile der Landbevölkerung für den Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung und für die Errichtung der Diktatur des Proletariats.

Um diese Aufgabe leisten zu können, müssen wir unter den Landarbeitern und Halbproletariern, sowie unter den armen Bauern Kenntnisse verbreiten über den Gang der Spaltung unserer Gesellschaft in zwei sich gegenüberstehende Klassen, Bourgeoisie und Proletariat. Wir müssen an jedem Beispiel erläutern, daß sich diese Spaltung auch auf dem Lande immer mehr durchsetzt und diese Entwicklung immer deutlicher die Alternative stellt: Entweder auf der Seite der Bourgeoisie die revolutionären Bestrebungen des Volkes unterdrücken und in der Folge weiterhin unterdrückt zu sein, oder auf der Seite des Proletariats den Kampf um die Klassenziele des Proletariats aufzunehmen, um den Sturz der Bourgeoisherrschaft, die Errichtung der Diktatur des Proletariats zum Zweck der Fortführung der Revolution zur klassenlosen Gesellschaft.

Auf dieser Linie müssen wir auf dem Lande agitieren und die Massen in Kämpfen zusammenschließen. Damit diese Kämpfe von einer marxistisch-leninistischen Führung angeleitet werden, ist es unsere Aufgabe,"selbständige, von den anderen Gruppen der Landbevölkerung getrennte (politische wie militärische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche wie kulturell aufklärende) Organisationen dieser Klasse (des Landproletariats, die Verf.) zu schaffen..." (31)

In den Anfangszeiten werden es kommunistische Zellen sein, in denen das Landproletariat politisch die Haupttriebkraft sein muß. Daneben gilt es, diejenigen Kleinbauern und Halbproletarier, die die Rettungslosigkeit der kleinen Bauern als Klasse im Kapitalismus erkannt haben und die von der Notwendigkeit des revolutionären Bündnisses mit dem Proletariat überzeugt sind, an die Zelle heranzuführen und schließlich zu organisieren.

"Wir können den Bauern, der uns zumutet, ihm sein Parzelleneigentum

zu verewigen, nicht als Parteigenossen brauchen, ebensowenig wie den kleinen Handwerksmeister, der sich als Meister verewigen will." (32) Denn gerade das Parzelleneigentum, der Privatbesitz an Produktionsmitteln ist ja die Ursache des Ruins, in die der Kapitalismus die kleinen Bauern stößt.

"Hiernach also können wir nicht nur der Partei, sondern auch den Kleinbauern selbst keinen schlimmeren Dienst erweisen als durch Zusagen, die auch nur den Schein erwecken, wir beabsichtigten die dauernde Erhaltung des Parzelleneigentums. Das hieße den Bauern direkt den Weg zu ihrer Befreiung versperren (...) Es ist Pflicht unserer Partei, den Bauern immer und immer wieder die absolute Rettungslosigkeit ihrer Lage, solange der Kapitalismus herrscht, klarzumachen, die absolute Unmöglichkeit, ihnen ihr Parzelleneigentum als solches zu erhalten, die absolute Gewißheit, daß die kapitalistische Großproduktion über ihren machtlosen, veralteten Kleinbetrieb hinweggehen wird wie ein Eisenbahnzug über eine Schubkarre. Tun wir das, so handeln wir im Sinne der unvermeidlichen ökonomischen Entwicklung, und diese wird den Kleinbauern schon offene Köpfe machen für unsere Worte." (33)

Natürlich werden wir dem Kleinbauern nicht nur an den Kopf werfen, daß er auf den Sozialismus warten soll. Wir werden ihn fallweise in seinen Kämpfen gegen die agrarischen Großbetriebe, gegenüber dem Staat oder gegenüber der verarbeitenden Industrie zur Erhöhung der Erzeugerpreise unterstützen. In diesen Kämpfen werden wir ihm aber klarmachen, daß eine solche Erhöhung der Erzeugerpreise seine Lage zwar vorübergehend mildern, aber nicht prinzipiell ändern kann. Wenn wir in solchen Kämpfen nicht darauf verzichten, ihm die Ausweglosigkeit seiner Lage und die Notwendigkeit vor Augen zu führen, sich hinter die Forderungen des Proletariats zu stellen, dann können wir solche Kämpfe getrost unterstützen.

Falsch und bauernfängerisch ist es dagegen, von dieser weiterführenden Perspektive abzusehen, die Kleinbauern nur auf den Kampf um "ihre Interessen" zu vergattern und sie beschwören, sie sollten auch die Arbeiter dafür gewinnen, weil sie dann nämlich mehr Chancen auf Durchsetzung dieser Forderung hätten. Gerade so stellt man den Kleinbauern nicht vor die Alternative: Proletariat oder Bourgeoisie. So bestärkt man ihn nur in seinem rückwärtsgewandten Bestreben, den Kleinbesitz als Relikt einer überholten Produktionsweise zu erhalten.

Zunehmend an Bedeutung gewinnen wird auch die Teilnahme der Kleinbauern und der Halbproletarier an den Volksbewegungen gegen den bürgerlichen Staat. Gerade die Steuerausplünderung durch den bürgerlichen Staat, sowie die Zerstörung der Umwelt empören die Arbeiterklasse und die Volksmassen - und darunter natürlich auch die Kleinbauern - immer mehr. Hier ist es unsere Aufgabe, die Volksmassen auf der Linie der allgemein demokratischen Forderungen zu mobilisieren und zu organisieren. Und in diesen Kämpfen werden wir auch den Kleinbauern und Halbproletariern helfen, sich hinter die Forderungen der Arbeiterklasse zu stellen und so das Bündnis mit der Arbeiterklasse real herzustellen. Hier werden sie auch die Notwendigkeit des Sturzes der kapitalistischen Ausbeuterordnung immer klarer erkennen.

III. Welche Perspektive eröffnet sich den Kleinbauern und Halbproletariern im Sozialismus?

Die Landwirtschaft im Sozialismus muß im Rahmen der gesamten Volkswirtschaft gesehen werden. Die sozialistische Industrie wird sich in dem Maße mit der Landwirtschaft verbinden, in dem an die Stelle der Warenproduktion die Produktion durch die Gesellschaft und für die Gesellschaft treten wird.

"Die Vereinigung von Industrie und Landwirtschaft (...) wird dann allgemeines Gesetz der gesamten gesellschaftlichen Produktion werden."(34) Natürlich wrid das Proletariat nicht gleich bei der Machübernahme diese Frage in ihrer Gesamtheit lösen können. Aber es werden die ersten Schritte zu dieser Entwicklung gesetzt werden. Schon Friedrich Engels macht in "Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland" die erste Anmerkung darüber, wie dies vor sich gehen soll:"Und wie werden wir verfahren müssen am Tag, wo uns die Staatsmacht zufällt? Erstens ist der Satz des französischen Programms unbedingt richtig: daß wir den unvermeidlichen Untergang des Kleinbauern voraussehen, aber keineswegs berufen sind, ihn durch Eingriffe unsererseits zu beschleunigen. Und zweitens ist es ebenso handgreiflich, daß (...) wir nicht daran denken können, die Kleinbauern gewaltsam zu expropriieren (...), wie wir dies mit den Großgrundbesitzern zu tun genötigt sind. Unsere Aufgabe gegenüber den Kleinbauern besteht zunächst darin, seinen Privatbetrieb und Privatbesitz in einen genossenschaftlichen überzuleiten, nicht mit Gewalt, sondern durch Beispiel und Darbietung von gesellschaftlicher Hilfe zu diesem Zweck." (35)
Hier lohnt es sich auch, auf die Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion zurückzugreifen:

Die kleinbäuerlichen und mittelbäuerlichen Betriebe wurden nach der Errichtung der Diktatur des Proletariats in Produktionsgenossenschaften zusammengefaßt, die durch die proletarische Staatsmacht "aus Organisationen, die unter dem Kapitalismus den reichen und mittleren Bauern den meisten Nutzen brachten, in Organisationen, die in erster Linie der Dorfarmut, d.h. den Proletariern, Halbproletariern, Kleinbauern, usw. helfen werden." (36) Gleichzeitig werden schon die großen sozialistischen Staatsgüter entwickelt, die deutlich die Überlegenheit der Großbetriebe gegenüber dem Kleinbetrieb vor Augen führen sollte und so den Kleinbauern und Halbproletariern "Beispiel gaben", auch ihre Wirtschaften auf eine höhere Stufe zu heben. Die Fortschritte in der Industrie, die Entwicklung einer Schwerindustrie, waren wichtige Voraussetzungen für die Kollektivierung. Sie gewährleisteten erst die Ausstattung der Kollektive mit den notwendigen Maschinen. Weitere Maßnahmen bei der Machtübernahme in bezug auf die Landwirtschaft waren die Befreiung des Kleinbauern von der Zahlung des Pachtzinses, Befreiung von Hypothekenschulden und von den verschiedensten Formen der Unterdrückung durch die Großgrundbesitzer und der Abhängigkeit von ihnen, unverzügliche Hilfeleistung für ihre Wirtschaft seitens der proletarischen Staatsmacht (Benützung von Maschinen, Gebäuden, etc.).

Der Weg zur Aufhebung des Privatbesitzes an Produktionsmitteln ist jedoch ganz klar vorgezeichnet: Zunächst Überleitung in genossenschaftlichen Besitz, dann auf der Basis von Freiwilligkeit die Kollektivierung nach dem Muster der großen sowjetischen Staatsgüter. Das waren die Schritte zur sukzessiven Überwindung des Privateigentums und zum Aufbau des Sozialismus in der Landwirtschaft.

Von diesen Aufgaben, die im Sozialismus sukzessive durchgeführt werden müssen, abzugehen oder sie nicht klar und eindeutig zu definieren, heißt in Opportunismus absinken und wird dem Bündnis der Arbeiterklasse mit den Kleinbauern und Halbproletariern, sowie der Sache des Proletariats insgesamt nur abträglich sein.

Wir müssen hier fest an den Lehren des Marxismus festhalten "seine Aufgabe (die des Sozialismus, die Verf.) ist vielmehr nur die Übertragung der Produktionsmittel an die Produzenten, als Gemeinbesitz. Sobald wir dies aus den Augen lassen, führt uns obiger Satz direkt in die Irre, nämlich dahin, daß der Sozialismus berufen sei, das jetzige Scheineigentum der kleinen Bauern an seinen Feldern in wirkliches zu verwandeln..." (37)

Ähnliche Erfahrungen wie das russische Volk machte - wenngleich oft unter noch schwierigeren Bedingungen - das albanische Volk bei der Kollektivierung der Landwirtschaft. In einer Broschüre über die "Landwirtschaft im Sozialismus" sind die Aussagen der albanischen Arbeiter und Bauern über den Gang der Kollektivierung folgend zusammengefaßt:

"Im 2.Fünfjahresplan (1955-1960) wurde die Kollektivierung konsequent in Angriff genommen. Zuerst wurden die Ebenen, später das Gebirge kollektiviert ... Das weitere Ziel bei der Entwicklung der Landwirtschaft und bei der Aufhebung des Gegensatzes von Stadt und Land ist die Umwandlung der Genossenschaften in Staatsfarmen. In der Staatsfarm hat jeder Landarbeiter - wie jeder Arbeiter im Betrieb - seinen festen Lohn, seine feste Arbeitszeit.
(...)
Das Nahziel dieser Umwandlung ist der ständige rasche Anstieg der Produktion in den fruchtbaren Ebenen des albanischen Landes, das langfristige Ziel ist die Erhöhung des Grades der Vergesellschaftung, die Annäherung des Gruppeneigentums an das Volkseigentum, der Abbau der Unterschiede zwischen den beiden Formen des sozialistischen Eigentums: Genossenschaft und Staatsfarm.

Die Entwicklung zum vollständigen sozialistischen Eigentum vollzieht sich in mehreren Stufen: von der einfachen Dorfgenossenschaft zum Zusammenschluß mehrerer Dörfer und weiter zur Genossenschaft höheren Typs und schließlich zur Staatsfarm." (38)

Im Gefolge der Eigentumsformen in der Landwirtschaft zu immer höheren Formen des sozialistischen Eigentums und der Ausstattung des Dorfes mit Schulen, Krankenstationen, Kindergärten, Kulturinstitutionen und Kinos werden auch die Unterschiede zwischen Stadt und Land im Sozialismus Schritt für Schritt abgebaut. Die Landflucht wird bei der planvollen Entwicklung der Landwirtschaft im Rahmen der sozialistischen Gesamtwirtschaft bedeutungslos und schließlich vollkommen verschwinden. Die Unterschiede zwischen Stadt und Land werden planvoll überwunden. Dieser Prozeß ist von großer Bedeutung für das Herankommen an die klassenlose Gesellschaft, den Kommunismus.

IV. Zu den Stellungnahmen von K.G. (Volksmacht 97 / April 75) und W.L. (Klassenkampf Feb. 75)

Bevor ich nun auf die Stellungnahmen im einzelnen eingehe, nur kurz einige Bemerkungen zum Anspruch, den sich die verschiedenen Stellungnahmen geben: Die Stellungnahme von K.G. in der "Volksmacht" 97 ist

ihrem Anspruch nach umfassender und geht auf ein ige Fragen der Politik der Kommunisten gegenüber der Landbevölkerung genauer ein.
Die zweite Stellungnahme don K.G. in der"Volksmacht" 101 ist die Anwort zu einem Leserbrief, in der K.G. einige Überlegungen, die er schon in der"Volksmacht" 97 entwickelt hat, wiederholt und insbesondere auf die Gefahr von Abweichungen in der Bauernfrage hinweist.
W.L. faßt dagegen in einem relativ umfassenden Artikel, in dem die Bauernfrage nur kurz behandelt wird, den heutigen Stand der ökonomischen Entwicklung in der Landwirtschaft zusammen und skizziert die prinzipiellen Grundzüge der Politik des Proletariats gegenüber den Kleinbauern und Arbeiterbauern.

K.G.: »Der Bauer ist kein Ausbeuter«

Schon der Titel der Stellungnahme von K.G. "Der Bauer ist kein Ausbeuter" geht vollkommen an den wirklichen Verhältnissen, die wir heute in Österreich vorfinden, vorbei. Sagt K.G. nicht im folgenden selbst, daß es da einen Unterschied zwischen Kleinbauern und Großbauern gibt?
Er untersucht diesen Tatbestand in seinem Artikel nicht genauer und muß deshalb in der Folge zu falschen Einschätzungen (wie: Der Bauer ist kein Ausbeuter) und zu falschen Konsequenzen für die Politik der Kommunisten gegenüber der Landbevölkerung kommen.

Untersucht man dagegen die Verhältnisse etwas genauer, dann wird man feststellen müssen: Jährlich werden Tausende von Kleinbauern entweder direkt ins Proletariat gestürzt oder sie fristen in der Hauptsache durch Lohnarbeit ihr Leben und betreiben daneben ihre Landwirtschaft. Auf der anderen Seite haben die Großbauern ihre Betriebe zu kapitalistischen Großbetrieben ausgebaut oder sind gerade dabei dies zu tun. Sie beuten in ihren Betrieben Lohnarbeiter aus; vielfach sind es ehemalige Kleinbauern, deren Landwirtschaft bankrott gegangen ist und die sich jetzt bei den kapitalistischen Großbauern als Lohnarbeiter verdingen.

Groß- und Kleinbauern, sowie Halbproletarier in einen Topf zu werfen und heute von "den Bauern" oder "der Bauernschaft" zu reden, ist beim heutigen Stand der Verhältnisse ganz falsch und öffnet dem Opportunismus Tür und Tor.

K.G. schreibt: "Für W.L. ist die Bauernfrage, welche es im Zuge des revolutionären Prozesses in Österreich zu lösen gilt, nur eine 'Randfrage'"..und "man (gemeint ist W.L., die Verf.) (stuft) die kleinen und mittleren Bauern als Besitzbürger (ein), und (glaubt) somit auch als objektive Bündnispartner der Bourgeosie zu erkennen . Keineswegs erkennt man in der werktätigen Bauernschaft einen Bündnispartner des Proletariats...."(39)

Meiner Meinung nach wird hier W.L. eine ganze Menge unterstellt: W.L. spricht dagegen von der Notwendigkeit des Zusammenschlusses des ganzen unterdrückten Volkes. Bei ihm heißt es: "Die Kommunisten müssen versuchen, die armen und halbproletarischen Bauern für das Proletariat zu gewinnen (...)" (40)

Niemand hat also die Notwendigkeit des Bündnisses zwischen Proletariat und den armen und halbproletarischen Bauern in Frage gestellt. Die Frage ist nur, WIE das Bündnis hergestellt werden soll. W.L. sagt dazu, daß vom 'Bauernstandpunkt' aus kein Weg zur Einheit, zum Zusammenschluß des ganzen unterdrückten Volkes unter Führung der Arbeiterklasse gegen den bürgerlichen Staat führt. (41)

Zu dieser Position schweigt sich K.G. aus. Die Auseinandersetzung

geht also um den Inhalt des Bündnisses zwischen Proletariat und den armen und halbproletarischen Bauern. In dieser Frage Klarheit herzustellen und klare Positionen herauszuarbeiten dient der Auseinandersetzung. Verdrehungen und Scheinangriffe, die von dieser Frage ablenken, dienen ihr nicht.

K.G. schreibt in seinem Artikel weiter: "Der zahlenmäßig überwiegende Teil der österreichischen Bauernschaft, das sind die kleinen und mittleren Bauern, die für den Markt Lebensmittel produzieren, wird einfach mit ein paar Federstrichen 'wegtheoretisiert'. Die Einschätzung des Gen. W.L. ist wohl eine Folge des fast vollständigen Fehlens einer gegenwartsgültigen Klassenanalyse des österreichischen Dorfes, welche als Betrachtungsgrundlage die konkrete historische Situation der österreichischen Bauernschaft nimmt." (42)

In meinen Ausführungen unter dem Punkt I habe ich das Gegenteil bewiesen und zwar auf Grundlage einer Analyse des Entwicklungsstandes der österreichischen Landwirtschaft und dies auch mit Zahlen belegt.

Berücksichtigt man die Voll- und Nebenerwerbsbetriebe in der Kategorie bis zu 20 ha, so ergeben schon 1970 die Nebenerwerbsbetriebe 132.752 Betriebe gegenüber 96.662 bei den Vollerwerbsbetrieben. Inzwischen sind fünf Jahre vergangen. Schon 1972 gab es in Kärnten, Vorarlberg und dem Burgenland mehr Nebenerwerbsbetriebe als Vollerwerbsbetriebe insgesamt. Darüberhinaus muß berücksichtigt werden, daß in den Vollerwerbsbetrieben über 20 ha meist mit Fremdarbeitskräften produziert wird. Auf keinen Fall kann also die Rede davon sein, daß die selbständig, ohne Fremdarbeitskräfte produzierenden Kleinbauern die Mehrheit der österreichischen 'Bauern' darstellt.

K.G. dagegen verzichtet auf einen Beleg für seine Behauptungen und es erhebt sich der Verdacht, daß er auf eine konkrete Analyse verzichtet hat.

Aufgrund des Fehlens dieser Analyse schleichen sich auch gleich Fehler ein. K.G. geht die Frage des Bündnisses zwischen Proletariat und den armen und halbproletarischen Bauern im wesentlichen von den Kleinbauern an und nicht vom Proletariat. K.G. schreibt in der Volksmacht 97 auf Seite 9: "...sein objektives revolutionäres Potential im Klassenkampf gegen die Ausbeuter besteht darin, daß seine Angehörigen als Bauern und als Bündnispartner an das revolutionäre Proletariat heranzuführen sind."

Das ist falsch, weil nach dem bisher gesagten vom Bauernstandpunkt nicht die Einheit hergestellt werden kann. Ein solches Herangehen von den Kleinbauern her nützt den Kleinbauern nicht und vor allem nicht der revolutionären Sache.

Und es hat auch wenig Sinn immer nur zu sagen, daß man für das Bündnis ist, wenn man nicht klar angibt, was das inhaltlich heißt und wenn man zur Herstellung dieses Bündnisses nicht die Bedingungen dafür untersucht.

Was die Bedingungen dieses Bündnisses anbelangt, so kommt es nicht darauf an, festzustellten, daß "es für die werktätige Bauernschaft keinerlei Privileg mehr bedeutet, Besitzer von Produktionsmittel wie Grund und Boden, Landmaschinen, Stallungen, Vieh usw. zu sein" (42a)
Sie sind nun mal Besitzer von Produktionsmitteln und es kommt darauf an zu untersuchen, welche Probleme diese Faktum für die Gewinnung der Kleinbauern und Halbproletarier mit sich bringt.

Stalin sagt dazu: "Was ist es, das den Kleinbauern in Westeuropa an seine kleine Warenwirtschaft fesselte, fesselt und fesseln wird? In erster Linie und hauptsächlich das Vorhandensein einer eigenen Parzelle, das Vorhandensein des Privateigentums an Grund und Boden. Er hat jahrelang Geld gespart, um ein eigenes Stück Land zu kaufen, er hat es gekauft und es ist verständlich, daß er sich davon nicht trennen will, daß er eher bereit ist, jede Entbehrung zu ertragen, wie ein Wilder zu leben, nur um sein Stückchen Land, die Grundlage seiner individuellen Wirtschaft, zu behaupten." (43)

Und der zweischlächtige Charakter des Kleinbauern hat auch in diesem Faktum, dem Besitz an Produktionsmitteln, seine Grundlage. "Ganz so wird in der kapitalistischen Produktionsweise, der unabhängige Bauer oder Handwerker in zwei Personen zerschnitten. Als Besitzer von Produktionsmittel ist er Kapitalist, als Arbeiter ist er sein eigener Lohnarbeiter. Er zahlt sich also seinen Arbeitslohn als Kapitalist und zieht seinen Profit aus einem Kapital, das heißt, er beutet sich selbst als Lohnarbeiter aus." (44)

Mißachtet man diese Stellung der Kleinbauern und Halbproletarier im Produktionsprozeß und zieht man falsche Konsequenzen daraus, dann werden die Kommunisten als Avant garde des Proletariats nicht in der Lage sein, die kleinen und halbproletarischen Bauern für das Bündnis mit der Arbeiterklasse zu gewinnen. Das bedeutet aber gleichzeitig, dem Proletariat nicht alle Mittel in die Hand zu geben, sich als Führerin des gesamten unterdrückten Volks zu konstituieren, damit im revolutionären Ansturm der bürgerliche Staat und die kapitalistische Ausbeuterordnung gestürzt werden.

Es bringt auch nicht viel, wenn die VRA in "Für die Volksmacht" 100/Mai 1975 auf Seite 15 schreibt: "Für uns revolutionäre Bauern...ist der 450. Jahrestag kein 'vergessener'Jahrestag....Wir revolutionären Bauern haben bäuerliches Geschichtsbewußtsein und wir pflegen revolutionäre Traditionen. Und die Erinnerung an den Bauernkrieg gibt uns die Kraft gegen das kapitalistische System." (45)

Hier hat man den Eindruck, daß einer schon revolutionär ist, wenn er ein Bauer ist. Um aber wirklich einen Kampf gegen das kapitalistische System auf revolutionäre Grundlage führen zu können, muß man die Bedingungen mit dem Zitat dieses Kampfes angeben. Wenn man es sich so leicht macht, wie die VRA "Anstelle der Ausbeutung durch die Feudalherren ist die Ausbeutung durch die Kapitalisten getreten. Die Ausbeutung hat wohl andere Formen angenommen, aber im Wesen ist sie die gleiche geblieben", dann verkennt man vollkommen das Wesen des Kapitalismus und die Aufgaben des Proletariats beim Kampf um ein revolutionäres Bündnis mit einem bestimmten Teil des Volkes hat. Wobei dieses Bündnis keinem anderen Zweck dient, als der erfolgreichen Druchführungder nächsten Etappe der Revolution in terreich, der Errichtung der Diktatur des Proletariats.

Im Feudalismus wa ren alle Klassen und Schichten, die gegen die Herrschaft der Feudalherren kämpften, revolutionär. Heute gibt es nur mehr eine revolutionäre Klasse, das Proletariat. "Die übrigen Klassen verkommen und gehen unter mit der großen Industrie, das Proletariat ist ihr eigenstes Produkt. Die Mittelstände, der kleine Industrielle, der kleine Kaufmann, der Handwerker, der Bauer, sie alle bekämpfen die Bourgeosie, um ihre Existenz als Mittelstände vor dem Untergang zu sichern. Sie sind also nicht revolutionär, sondern konservativ." (46)

Damit bricht man keinen Stab über Klassen und Schichten, sondern man geht materialistisch an die Sache heran. Und es hilft uns nichts, zu hof-

fen, daß die Kleinbauern und Halbproletarier revolutionär sind. Wenn wir wirklich Politik machen wollen, dann werden wir bald sehen, wie recht Lenin mit seiner Aussage hatte:

"Die Lage der kleinen Landwirte selbst verwandelt sich in der modernen Gesellschaft unweigerlich in Kleinbürger. Sie schwanken ständig zwischen Lohnarbeiter und Kapitalisten. Die Mehrheit der Bauern verelendet, verfällt dem Ruin und verwandelt sich in Proletarier, während eine Minderheit zu den Kapitalisten hinüberwechselt und die Abhängigkeit der Massen der Landbevölkerung von sich unterstützt. Deshalb ist die Bauernschaft in allen kapitalistischen Ländern in ihrer Masse bisher der sozialistischen Arbeiterbewegung ferngeblieben und hat sich an verschiedene reaktionäre und bürgerliche Parteien angeschlossen. Nur eine selbständige Organisation der Lohnarbeiter, die einen konsequenten Klassenkampf führen, ist imstande sie dem Einfluß der Bourgeosie zu entreissen und ihnen die volle Ausweglosigkeit der Lage der Kleinproduzenten in der kapitalistischen Gesellschaft klarzumachen." (47)

Der Zusammenschluß des ganzen unterdrückten Volkes unter der Führung der Arbeiterklasse zielt auf den Sturz des bürgerlichen Staates und der Ausbeuterordnung ab und hat als Perspektive den Aufbau des Sozialismus in Österreich. Das heißt in der Folge sukzessive Aufhebung des Privatbesitzes an Produktionsmittel und zu diesem Zweck Umwandlung des Parzelleneigentums in großangelegtes Kollektiveigentum. Ist dem Kleinbauern und Halbproletarier dies bewußt und unterstützen sie trotzdem dieses Ziel, dann "verlassen sie ihren eigenen Standpunkt, um sich auf den des Proletariats zu stellen." (Marx)

Vernachlässigen wir diesen Inhalt des Bündnisses, dann betreiben wir plumpe Bauernfängerei und werden die Kleinbauern und Halbproletarier sicherlich nicht als dauerhafte Bündnispartner gewinnen können.

Und eine Aussage wie: "...wir müssen ihr auch die Perspektiven in der zu errichtenden sozialistischen Gesellschaft aufzeigen. Und zwar eine Perspektive als Bauern, als Genossenschaftsbauern....", die K.G. in seinem Artikel trifft und die nicht genauer angibt, was das heißt, ist gefährlich. Denn sie kann einem Kleinbauern nicht einsichtig machen, was der Sozialismus für ihn bedeutet und warum er sich diesen Kampf anschließen soll. Einem fortschrittlichen Kleinbauern wird die Perspektive eines "Genossenschaftsbauern" eher skeptisch machen, wird er ja gegenwärtig von den kapitalistischen Genossenschaften nach Strich und Faden ausgenommen. Es kommt vielmehr darauf an, daß wir niemandem etwas vormachen und dem Kleinbauern begreiflich machen, daß der freiwillige Zusammenschluß in Genossenschaften (die im Sozialismus auch ganz anders ausschauen als in der kapitalistischen Gesellschaft) nur eine Stufe auf dem Weg der Aufhebung des Privatbesitzes an Produktionsmittel ist.

Auch bin ich der Ansicht, daß "das Suchen nach einer richtigen Einschätzung der Bauernfrage im Geiste des marxistischen Meinungskampfes vor sich gehen soll" (48)
ABER DAS IST ALLEMAL EINE INHALTLICHE FRAGE. Es ist hier nicht von Bedeutung, ob ein Kleinbauer oder ein Intellektueller Positionen vertritt. Geprüft muß werden, welche Positionen richtig und welche falsch ist, sonst werden wir keine richtige Politik unter den Massen der Landbevölkerung machen können.

Die Positionen von K.G. sind meiner Ansicht nach in vielen Punkten bloß Behauptungen, die nicht richtig und die nicht belegt sind. Einige seiner Aussagen sind sehr unpräzise und lassen auch opportunistische Lösungen

offen. Vielfach werden ganz falsche Konsequenzen für die Aufgaben der Kommunisten gezogen. Daß solche falschen Konsequenzen in diesem und anderen Artikel der "Volksmacht" kritisiert werden hat, nichts mit bürgerlicher Rechthaberei zu tun, sondern das ist notwendig, wenn wir eine Einheit in dieser Frage auf revolutionärer Grundlage herstellen wollen.

In der Volksmacht 101 führt K.G. für die VRA die Auseinandersetzung um die Bauernfrage weiter. In diesem Artikel wird einem Mittelschullehrer, der an die Volksmacht einen Leserbrief geschrieben hat, an den Kopf geworfen, daß er abweichlerisch an die Bauernfrage heranginge, daß er gegen das Bündnis der Arbeiterklasse mit den Kleinbauern und Arbeiterbauern sei, daß die Intellektuellen ein noch viel verbürgerlichtes Bewußtsein als die "Bauern" hätten und sie deshalb vor ihrer eigenen Tür kehren sollen etc.
Und das alles, weil der Genosse es wagt, darauf hinzuweisen, daß die Arbeiterklasse die einzig revolutionäre Klasse in unserer Gesellschaft ist und daß die anderen Klassen nur insofern revolutionär sind, sofern sie sich auf den Standpunkt des Proletariats stellen. Außerdem belegt der Genosse Mittelschullehrer mit einem Leninzitat, daß die Kleinbauern von ihrer Stellung im Produktionsprozeß her schwankend und zwiespältig sind.

Der Genosse weist hier auf etwas ganz Richtiges hin und stellt auch implizit die Frage, wie man gegenüber den Kleinbauern und Arbeiterbauern eine richtige Politik macht, damit diese den Standpunkt des Porletariats beziehen. Auf diese Frage gibt K.G. jedoch auch in diesem Artikel keine Antwort.

Diese Antwort, also inhaltliche Positionen interessieren uns aber. Gerade sie sind wichtig für die Auseinandersetzung unter den österreichischen Kommunisten. Beschuldigungen, die soweit reichen, daß man einem Genossen Lehrer sinngemäß sagt: Du Intellektueller, du hast genug Dreck am Stecken, kehre vor deiner eigenen Tür, oder Feststellungen, daß das Bündnis wichtig ist (was nie jemand bestritten hat) und die Intellektuellenfrage geklärt werden müsse, sowie überhebliches Schulterklopfen à la "Schau lieber Genosse Intellektueller, so spricht ein revolutionärer Bauer mit euch" bringen uns dagegen nicht weiter. Sie bringen höchstens ans Tageslicht, daß die VRA in der Bauernfrage noch sehr große Unklarheiten hat, die sie mit viel Geschimpfe auf die Intellektuellen übertünchen will. Auch lange Klassikerzitate, die dann aber nicht auf die Verhältnisse bei uns, hier und heute, angewandt werden, ändern nichts an diesen offen sichtlichen Mängeln der VRA-Position zur Bauernfrage.

Der ARtikel von W.L. erhebt nicht den Anspruch, genauer auf die Bündnispolitik des Proletariats gegenüber den kleinen Bauern und Halbproletariern einzugehen. Er faßt nur die Situation in der österreichischen Landwirtschaft zusammen und gibt in großen Zügen die Notwendigkeit, den Inhalt und die Form des Bündnisses zwischen Proletariat und den Kleinbauern und Halbproletariern an. Die Positionen, die er in seiner Stellungsnahme zur Bauernfrage vertritt, halte ich, im wesentlichen richtig.

Die Auseinandersetzung um die Stellung der Kommunisten zur Bauernfrage muß weitergehen. Desgleichen müssen die österreichischen Kommunisten alles dransetzen, auf dem Lande eine kommunistische Praxis zu beginnen, damit sie Erfahrungen sammeln, ihre Positionen in der Praxis überprüfen, um schließlich auch auf dem Lande mehr und mehr Menschen für den Kommunismus gewinnen zu können.

Hepu, Graz.

Zitate:
1) Karl Marx : Theorien über den Mehrwert. In: Marx/Engels Werke (MEW). Berlin: Dietz-Verlag 1973. Bd.26. 1.s.384
1a) Tabelle aus: Wirtschafts- und sozialstatistisches Taschenbuch 1975 Wien: Verlag der Arbeiterkammer für Wien 1975 S. 276
2) Zahlen aus Österreichs Land- und Forstwirtschaft. Wien: Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs 1974 S. 6.
3) Karl Kautsky: Die Agrarfrage. Stuttgart: Verlag von I.H.W. Dietz Nachf. (g.m.b.H.) 1899. Reprint Graz 1971. S. 300.
4) Bericht über die Lage der österreichischen Landwirtschaft 1973 Wien: Bundesministerium f.Land- und Forstwirtschaft 1974 S.110
5) Ebda, S.110.
6) Ergebnisse der land- und forstwirtschaftlichen Betriebszählung 1970. Landesheft Kärnten. Wien: 1973. S.28.
6a) Bericht über die Lage der österreichischen Landwirtschaft 1970 Wien: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, 1971. S. 133.
7) Bericht über die Lage der österr. Landwirtschaft 1973, a.a.O., S. 126.
8) Ebda, S. 6.
9) Die Presse, Wien: 7./8.6.1975, S. 8.
10) W.I.Lenin: Die Agrarfrage und die"Marxkritiker". In: Lenin Werke (LW). Berlin: Dietzverlag, 1955. Bd.5. S.185f.
11) Bericht über die Lage der österr. Landwirtschaft 1973. a.a.O., S. 63.
12) Ergebnisse der land- und forstwirschaftlichen Betriebszählung 1970. Landesheft Kärnten, a.a.O., S. 52.
13) Landwirtschaftliche Mitteilungen, Zeitung der Landwirtschaftskammer der Steiermark. Graz: 15. 4. 1975 S. 1.
14) Karl Marx: Klassenkämpfe in Frankreich 1848-50. MEW, a.a.O., Bd. 7, S. 84.
15) W.I.Lenin: Über die Naturalsteuer. In: LW, a.a.O., Bd. 32. S. 360f.
16) Bericht über die Lage der österr. Landwirtschaft 1973, a.a.O., S. 71
17) Ebda, S. 73.
18) Ebda, S. 81.
19) Ebda, S. 73.
20) Ebda, S. 74.
21) Ebda, S. 75.
22) Ebda, S. 76.
23) Ebda, S. 76.
24) Ebda, S. 79.
25) Landwirtschaftliche Strukturpolitik. In: Ne Agrarzeitung. Organ des österr. Arbeiterbauern undes, 31 Jhrg. 17.5.75. S. 5.
26) Die Landwirtschaft in der Industriegesellschaft, AK-Wien 1968
27) Zahlen aus Österreichs Land- und Forstwirtschaft, a.a.O., s.81.
28) Franz Hager: Preis- und Marktgesetze - worum es wirklich geht. In: Weg und Ziel. 32.Jhrg. Nr. 10. Okt. 74, S.397.
29) Friedrich Engels: Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland. In: MEW, a.a.O., Bd. 22., S. 490.
30) Karl Marx: Theorien über den Mehrwert. In: MEW, a.a.O., Bd.26. 1. S. 383.

31) W.I.Lenin: Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur Agrarfrage. In: LW, a.a.O., Bd. 31. S. 141.
32) Friedrich Engels: a.a.O., S. 499.
33) Ebda, S. 501f.
34) Kautsky: a.a.O., S. 299.
35) Engels: a.a.O., S. 499.
36) Lenin: Ursprünglicher Entwurf ....., a.a.O., S.142.
37) Engels: a.a.O., S. 493.
38) "Sich auf die Landwirtschaft stützend, die Industrie entwickeln, den Sozialismus aufbauen" In: Albanische Hefte. Hrsg.: Gesellschaft der Freunde Albaniens, 3.Jhrg. Hefte 2 München: August 1974. S. 5ff.
39) K.G.: Der Bauer ist kein Ausbeuter. In: Für die Volksmacht, Nummer 97 April 1975, S.8
40) entfällt.
41) W.L.: Die kommunistische Bewegung tritt in eine entscheidende Phase: Überwindung des Zirkelwesens, Schaffung einer gesamtösterreichischen Kampforganisation. In: Klassenkampf, Februar 1975, 3.Jhrg. Nr. 2, S.14
42) K.G.; a.a. O., S.8.
42a) Ebda.
43) J. Stalin: Zu Fragen der Agrarpolitik. In: Stalin Werke, Dietz-Verlag, Berlin 1952, Bd. 12, S.133
44) Karl Marx: Theorien über den Mehrwert, a.a.O., S.384
45) "Vergessener" Jahrestag. In: Für die Volksmacht Nr.100, Mai 1975, S.15
46) Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunisten Partei. In: MEW, Bd. 4, a.a.O., S.472
47) W.I. Lenin: Bauernschaft und Arbeiterklasse. 1913, In "Werke" Bd. XVI (zitiert nach: Marxistische Arbeiterschulung. Kursus: Politische Ökonomie. S.224.)
48) K.G., a.a.O., S.10

Beschluß des KB-Wien: Ausbildung der Arbeiterjugend und ÖGJ-Kongreß

Im folgenden wird der Beschluss der Leitung des KB-Wien über "Unser Eingreifen in die Auseinandersetzung um die Ausbildung der Arbeiterjugend" abgedruckt.

In unserer Organisation wird in Zusammenhang mit dem bevorstehenden ÖGJ-Kongress diese Frage zum ersten Mal in breiterem Rahmen diskutiert. Deshalb ist der abgedruckte Beschluss - obwohl es notwendig und richtig war, ihn rasch zu verabschieden - keineswegs als Abschluss der Debatte gedacht. Sein Abdruck in dieser Nummer soll vielmehr diese Frage, mit der einige kommunistische Organisationen durch die Entwicklung der Lage sehr schnell konfrontiert worden sind, zu einem Gegenstand der öffentlichen Auseinandersetzung in der ganzen Bewegung machen.

In unserer Organisation läuft die Auseinandersetzung vor allem darum, welche Bedeutung der Grundsatz der "Verbindung von Unterricht und produktiver Arbeit" für unsere Politik hat. Das spitzt sich auf die Frage zu: Ist die Forderung nach "Einheitsschule" mit diesem Grundsatz überhaupt vereinbar, der in den Materialien Lenins zur Revision des Parteiprogramms (1917) in die Forderungen der russischen Kommunisten zum Volksbildungswesen ausdrücklich hineingenommen wurde?

Diese Differenzen sind auf den Treffen der Jugendverwantwortlichen der Einheiten des KB-Wien aufgetaucht. Sie haben sich entzündet an der Frage der Ausdehnung des Rechts auf Berufsschulbesuch auf jugendliche Arbeitslose und Jungarbeiter und an der Frage des Ausbaus der Lehrwerkstätten bei den Berufsschulen. Sie haben schnell grundsätzlichen Charakter angenommen, als die Frage aufgeworfen wurde, ob wir als Kommunisten dafür eintreten können, dass die Jugend bis zum 18. Lebensjahr ihre Ausbildung zum entscheidenden Teil an einer Schule erhalten soll.

Dass diese Auseinandersetzung stattfindet und sich so grundsätzlich zuspitzt, ist eine gute Sache. Sie zeigt auch, dass in unserer Organisation gute Bedingungen dafür da sind, dass die bevorstehenden Debatten über Programm und Politik der österreichischen Kommunisten ernsthaft und tiefgehend geführt werden.

Unser Eingreifen in die Auseinandersetzung um die Ausbildung der Arbeiterjugend

1. Die Unzufriedenheit und Empörung in der Arbeiterjugend ist durch keines der Reformwerke der letzten Jahre - vom Berufsausbildungsgesetz bis zum Jugendvertrauensrätegesetz - einzudämmen gewesen.

Der Kern dieser Unzufriedenheit der Arbeiterjugend ist die Unzufriedenheit mit den Zuständen in der Ausbildung.

Diese Unzufriedenheit wird noch zunehmen wegen der beginnenden Lehrstellenknappheit bzw. wegen der im Herbst - zumindest gebietsweise - drohenden Jugendarbeitslosigkeit. Diese Entwicklung wird in steigendem Masse das Augenmerk auch der erwachsenen Arbeiter auf die Zustände im Berufsausbildungswesen richten.

Derzeit wird die Auseinandersetzung um die Ausbildung der Arbeiterjugend ausschliesslich beherrscht von den verschiedenen bürgerlichen Parteien und Strömungen, die die Öffentlichkeit mit Reformplänen überschwemmen. Durch diese Auseinandersetzung wird - auf der Grundlage der vorhandenen Unzufriedenheit über die bestehenden Zustände - die Arbeiterjugend selbst im starken Masse aktiviert: 50 000 beteiligten sich an der Fragebogenaktion der ÖGJ, 1 200 Jugendliche demonstrierten in Linz unter Führung der ÖGJ, 400 marschierten in Klagenfurt und 500 folgten in Innsbruck ihrem Aufruf zu einer Kundgebung.

Angesichts dieser Entwicklung ist es höchste Zeit, dass die Kommunisten in diese Auseinandersetzung eingreifen und den bürgerlichen Positionen entgegentreten, die Forderungen der Arbeiterklasse verbreiten und auf dieser Linie Kämpfe organisieren.

2. In der Situation der Ausbildung der Arbeiterjugend zeigt sich nur in extremster Form die Misere des gesamten Volksbildungswesens im Kapitalismus.

Worin besteht diese Misere?

Das kapitalistische Ausbildungssystem ist aufgesplittert und abgestuft. Nur für eine Minderheit der Jugend (etwa 1/5 bis 1/4) gibt es eine längere und umfassendere Schulbildung. Sie werden in Eliteschulen vom Volk und von der körperlichen Arbeit abgetrennt und sind als Nachwuchs für die Funktionärsposten der Bourgeoisie in Betrieb und Staatsapparat bestimmt.

Für den weitaus grössten Teil der Jugend beschränkt sich die Schulbildung auf die Vermittlung der minimalsten Kenntnisse, die erforderlich sind für ihren Einsatz in der Produktion. Für einen Teil dieser Jugendlichen (etwa 1/4) ist damit (im Alter von 15 Jahren) jegliche Ausbildung zu Ende. Die Hälfte der Jugendlichen beginnt einen Lehrberuf: Damit bekommen sie die notwendigsten Grundkenntnisse für den bestimmten Beruf und einige noch enger spezialisierte praktische Fertigkeiten vermittelt. Ob ein Jugendlicher nach der Pflichtschule überhaupt noch eine Ausbildung bekommt sowie deren Qualität ist heute eine reine Privatangelegenheit der Kapitalisten, da ja auch der Berufsschulbesuch an den Besitz eines Lehrvertrages gebunden ist.

Darüber hinaus ist die gesamte Schulzeit für den Jugendlichen eine Zeit, in der ihm bürgerliches Gedankengut eingetrichtert wird, in der er diszipliniert und in Unselbständigkeit gehalten wird.

Woher kommt diese Misere ?

Sie entspringt der kapitalistischen Ausbeuterordnung, für die der Mensch nur als Ausbeutungsobjekt interessant ist: Daher ist die Bildung und Erziehung für die große Mehrheit der Jugend auf die Heranbildung fügsamer, mit nicht mehr als für ihre spätere Verwendung gerade notwendiger Kenntnisse ausgestatteter Arbeitsmaschinen ausgerichtet.

Wem dient diese Misere ?

Sie dient der Aufrechterhaltung der Ausbeuterordnung, ja die uneingeschränkte Herrschaft der Bourgeoisie über das Volksbildungswesen ist ihre wichtigste Position im Kampf um die Jugend und damit um ihren Einfluß auf die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft.

3. Ein Volksbildungswesen, dessen Ziel die "Produktion vollseitig entwickelter Menschen" ist, wie Marx es ausdrückt, wird erst das siegreiche Proletariat im Rahmen der Umwälzung aller gesellschaftlichen Verhältnisse errichten. Aber die Misere der Ausbildung und ihre Verschärfung mit der Entwicklung der Krise zwingt die Arbeiterklasse und das Volk schon heute gegen die herrschenden Zustände anzukämpfen. Dabei werden sie mit der Tatsache konfrontiert, daß das Volk keinen Einfluß hat, sondern das Volksbildungswesen unter der Fuchtel der staatlichen Bürokratie bzw. direkt einzelner Kapitalisten und ihrer Verbände (die Lehrlingsausbildung) steht. Und daß eine Veränderung der herrschenden Zustände nur durch den Kampf gegen die Herrschaft der Bourgeoisie über das Volksbildungswesen möglich ist.
Angesichts dieser Situation müssen die Kommunisten zwei Fehler vermeiden, die in unserem Rechenschaftsbericht charakterisiert sind :
Einerseits indem wir sagen: Ja, heute beherrscht die Bourgeoisie alle staatlichen Einrichtungen und öffentlichen Angelegenheiten. Es muß die Volksherrschaft, die umfasssende Demokratie, durchgesetzt werden, aber im Kapitalismus sei nichts zu machen und erst im Sozialismus werde sich alles ändern.
Andererseits,indem wir den opportunistischen Fehler machen, "die Propaganda für die Demokratie des Volkes, bzw. den Kampf um Demokratie in dieser oder jender Frage loszutrenen vom Ziel des Klassenkampfes des Proletariats in der gegenwärtigen Etappe, von der Eroberung der politischen Macht und der Errichtung der proletarischen Diktatur, und vom letztlichen Zweck des Klassenkampfes, der sozialen Befreiung der Arbeiterklasse. Der demokratische Kampf verkommt dann zum Ausmalen demokratischer Zustände, unabhängig von der Frage, welche Klasse die Staatsmacht hat und unabhängig von den gesellschaftlichen Verhältnissen. Er führt in der praktischen Bewegung zum Kampf um radikale Reformen."(Rechenschaftsbericht, S.61)
Das Ziel des Kampfes der Arbeiterklasse sind aber nicht politische Reformen, sondern die politische Revolution zum Zweck der Durchführung der sozialen Befreiung. Genauswowenig können aber die Kommunisten darauf verzichten, wo immer in einer Teilfrage die Arbeiterklasse und das Volk zum Ansturm auf die Bourgeoisieherrschaft gesammelt werden können, das zum Herankommen an die Hauptsache, die Eroberung der politischen Macht, zu nützen.
Zu diesem Zweck stellen wir Forderungen auf, "die frontal gegen die bürgerliche Staatsmacht gerichtet sind und sie in Frage stellen."(Rechenschaftsbericht, S.60).Diese demokratischen Forderungen zielen auf uneingeschränkte Volksherrschaft, auf umfassende Demokratie ab.

4. In bezug auf das Volksbildungwesen lauten sie: Unentgeltliche und obligatorische, allgemeine und polytechnische (theoretisch und praktisch die Grundlagen aller Hauptzweige der Produktion vermittelnde) Bildung aller Kinder beiderlei Geschlechts bis zum 18. Lebensjahr; Einheitsschule; Versorgung aller Schüler mit Nahrung, Kleidung und Lernmitteln auf Staatskosten.

Übergabe des Volksbildungswesens in die Hände demokratischer Organe der örtlichen Selbstverwaltung; Unterbindung aller administrativen Eingriffe der Zentralgewalt in die Festsetzung der Lehrpläne und in die Auswahl des Lehrpersonals; Wahl der Lehrer unmittelbar durch die Bevölkerung selbst und Recht der Bevölkerung, unerwünschte Lehrer abzuberufen.

o Unentgeltlich muss die Bildung deswegen sein, weil es sonst eine reine Augenauswischerei wäre, sie obligatorisch (für alle verpflichtend) zu fordern. Unter den heutigen Verhältnissen ist in vielen Fällen gerade die finanzielle Notlage das Hindernis für eine weitere Ausbildung der Kinder. Denselben Zweck hat die Forderung nach Versorgung auf Staatskosten.

o Die Forderung nach allgemeiner Bildung wird mit dem Ziel erhoben, jedermann zu befähigen, sich in die Staatsangelegenheiten einzumischen, politische und wirtschaftliche Vorgänge zu durchschauen, seine Rechte wahrzunehmen und am Kampf um politische Rechte teilzunehmen.

o Polytechnische Bildung fordern wir zu dem Zweck, damit die Jugend die Produktion beherrschen lernt, zu ihrer Leitung befähigt wird, statt wie heute zum Anhängsel der Maschine ausgebildet zu werden.

o Diese Bildung soll in einer Einheitsschule vermittelt werden. Diese Forderung richtet sich gegen die heutige Abstufung und Aufspaltung des Schulwesens.

Sie richtet sich weiters auch gegen das duale System der Ausbildung, das es den Kapitalisten ermöglicht, über einen Abschnitt der Ausbildung der Arbeiterjugend (die "Lehrzeit") als Privatangelegenheit zu verfügen.

Dieser Punkt hat zentrale Bedeutung:
Die Einführung der Schule hat die Erziehung und die Bildung der Kinder zu einer Angelegenheit des Gemeinwesens, zu einer öffentlichen Angelegenheit gemacht. Die Schulpflicht hat ein gewisses Mass an Bildung zu einem allgemeinen Recht gemacht, und das ist eine günstige Voraussetzung für den Kampf um das Recht auf gleiche Bildung und für die Durchsetzung des Volkswillens in bezug auf den Inhalt dieser Bildung.

Wer es ernst damit meint, für das allgemeine Recht auf eine über die derzeitige Pflichtschule hinausgehende Ausbildung eintreten zu wollen, muss für die Ausdehnung der Schulpflicht eintreten. Wenn dieses Recht weiterhin an eine Lehrstelle in der Fabrik gebunden bleiben soll, der ureigensten Domäne des Privateigentums, kann es als allgemeines Recht im Kapitalismus nie angestrebt werden. Dass die Ausbildung der Verfügung des einzelnen Kapitalisten entrissen und an eine Schule übertragen wird, ist auch Voraussetzung dafür, dass sich der Kampf um den Inhalt dieser Ausbildung erfolgversprechend entfalten kann. Ein Beispiel:

Wenn wir der Meinung sind, dass die Wahl der Lehrer durch das Volk von grosser Wichtigkeit ist für die Durchsetzung des Volkswillens in bezug auf den Inhalt der Ausbildung: Könnten wir analog für die Wahl der betrieblichen Ausbildner eintreten?

5. Jede Forderung nach Ausdehnung der Schulpflicht muss mit der Bekämpfung des Einflusses der Kapitalisten und ihres Staates verbunden werden mit dem Ziel: Übergabe des Volksbildungswesens in die Hände demokratischer Organe der örtlichen Selbstverwaltung.

Bei den heutigen Zuständen in der Schule, vor allem auch in der Berufsschule, würde jede isolierte Forderung nach Ausdehnung der Schulpflicht, z.B. des Anteils der Berufsschule an der Ausbildung, bei der Arbeiterjugend selbst wenig Rückhalt finden. Wir müssen sie daher immer mit Forderungen verbinden nach anderen Inhalten des Berufsschulunterrichtes (in Richtung "allgemeiner und polytechnischer" Bildung). Weiters mit Forderungen nach solchen Rechten, die der direkten Einflussnahme des Volkes auf die Schule förderlich sind: z.B. Wahl und Abwahl der Lehrer. Auf der

Linie dieser Forderungen liegt die Einflussnahme der Eltern und Schüler auf die Tätigkeit der Lehrer und deren Verteidigung gegen die staatliche Bürokratie.

6. Die Forderung nach polytechnischer Einheitsschule ist keine "Idealvorstellung", die wir den derzeitigen Verhältnissen entgegensetzen. Wir müssen sie vielmehr in der Kritik der derzeitgen Zustände entwickeln. So kann sie uns auch als Leitlinie für unsere Untersuchungs- und Enthüllungstätigkeit dienen, wo wir noch ein großes Stück Arbeit vor uns haben.

Wenn wir sie als "Idealvorschlag" betrachteten, könnten wir auf ihrer Linie auch keine Teilforderungen aufstellen.
Wir müßten den Kampf um ihre Verwirklichung auf die Zeit nach der Revotion verschieben, anstatt auch diesen Kampf für das Herankommen an die Revolution zu nützen.
So aber können wir sehen: Für einen Grossteil der Arbeiterjugend besteht heute schon eine - wenn auch nur ansatzweise - Schulpflicht bis zum 18. Lebensjahr: Die Berufsschule an einem Tag in der Woche.

In der Berufsschule existiert heute schon eine - im Unterschied zu der betrieblichen - einheitliche und gleiche Ausbildung. In der Berufsschule gibt es bereits theoretische und - wenn auch verkümmerte - praktische Ausbildung.

Es ist nicht viel los mit der Berufsschule. Aber es gibt diese Ansätze, aufgrund derer wir sagen können: Der Weg zur polytechnischen Einheitsschule führt über die Ausdehnung der Berufsschulpflicht (auch auf jugendliche Arbeiter und Arbeitslose), über die Ausdehnung des Berufsschulunterrichtes auf mehrere Tage, über die Verbesserung ihrer Einrichtungen usw. Nicht etwa über die Erweiterung der höherbildenden Schulen um praktischen Unterricht.

7. Wir müssen Teilforderungen aufstellen auf der Linie der Forderung nach polytechnischer Einheitsschule.

Die Forderung nach Einheitsschule ist heute noch keine Aktionslosung. Es gibt aber eine Kampfbereitschaft gegen die verschiedenen Mißstände in der Berufsausbildung. Und es gibt auch schon viele Vorschläge, unter welchen Forderungen solche Kämpfe geführt werden sollen. Wir müssen die vorhandenen Vorschläge danach prüfen, ob sie auf der Linie der Forderung nach polytechnischer Einheitsschule liegen, und selbst solche Teilforderungen entwickeln und Kämpfe darum organisieren.

Solche Forderungen sind:

- o Berufsschulausbildung an zwei arbeitsfreien Wochentagen.
- o Schaffung und Ausbau von Lehrwerkstätten bei den Berufsschulen.
- o Einheitliche Lehrlingsentschädigung in einer Höhe, dass sich die Jugendlichen selbst erhalten können.
- o Recht für jugendliche Arbeitslose und für jugendliche Arbeiter auf Teilnahme an einer Facharbeiterklasse ihrer Wahl in der Berufsschule.
- o Recht auf Unterricht in solchem Umfang, dass sie die Lehrabschlussprüfung ablegen können.
- o Volle Bezahlung der Tage, die die jugendlichen Arbeiter in der Berufsschule verbringen, durch die Kapitalisten.

- o Anerkennung der Jugendlichen, die keine Arbeit finden, als Arbeitslose.
- o Arbeitslosenunterstützung für jugendliche Arbeitslose in einer Höhe, dass sie sich selbst erhalten können (wie sie auch für die Lehrlingsentschädigung durchgesetzt werden soll).
- o Finanzierung der Kantinen in den Berufsschulen durch den Staat.
- o Inspektionsrecht für Gewerkschaften und Betriebsräte an der Berufsschule.

8. Der ÖGJ-Kongress wird die Auseinandersetzung um die Ausbildung der Arbeiterjugend verbreitern. Er muss für uns ein Anlass sein, um verstärkt in diese Auseinandersetzung einzugreifen. Am ÖGJ-Kongress werden zweifellos Festlegungen getroffen, die für den Kampf der Arbeiterjugend grosse Bedeutung haben. Wir müssen so an die Sache herangehen: Unsere Aufgabe ist das beständige Arbeiten für den Zusammenschluss der Arbeiterjugend und der gesamten Arbeiterklasse hinter Forderungen, die ihre Interessen in bezug auf die Ausbildung zum Ausdruck bringen. Wenn wir so an die Sache herangehen, wird der ÖGJ-Kongress unsere Arbeit nicht durcheinanderwirbeln, sondern ein Anstoss sein für die Entwicklung unserer Politik unter der Arbeiterjugend und für die Verstärkung unserer Arbeit für den Zusammenschluß der ganzen Arbeiterklasse gegen das kapitalistische Ausbildungswesen.

Einige Erfahrungen aus dem Kampf gegen die Tariferhöhungen in Wien im Winter 1974/75

Seit dem Ende des Kampfes gegen die Tariferhöhungen der Gemeinde Wien im Winter 1974/75 bis zur Veröffentlichung dieses Artikels sind fast acht Monate vergangen. Dennoch ist es notwendig und nützlich, heute noch auf einige Erfahrungen und Lehren aus dieser Auseinandersetzung zurückzukommen.

Nützlich ist das, weil diese Auseinandersetzung trotz all ihrer Beschränkungen doch ein wichtiges Ereignis in der Entwicklung des Verhältnisses zwischen Volk und Staatsmacht in dieser Stadt war, vor allem aber auch für die Entwicklung unserer Organisation und ihrer Politik.

Notwendig ist das, weil die Erfahrungen und Fehler unserer Organisation in dieser Bewegung zwar bereits zum Teil öffentlich dargestellt wurden (Artikel im KLASSENKAMPF 2/75; Ergebnisse der 1. Ordentlichen Delegiertenkonferenz S. 59 ff), jedoch bei weitem nicht ausreichend und abschliessend. Aus diesem Grund konnten sich falsche Vorstellungen darüber in unserer Organisation und auch in befreundeten Organisationen bis heute halten.

Notwendig ist es weiters, weil von Seiten der VRAÖ/ML eine von unseren Auffassungen abweichende Kritik an unserer Politik in dieser Bewegung und Einschätzung der Ereignisse vorliegt ("Volksmacht" Nr. 93 und 94), die von uns öffentlich noch nicht beantwortet wurde.

Nützlich ist es schliesslich, weil der Kampf gegen die Tariferhöhungen im Winter 1974/75 seine "Aktualität" behält angesichts der weiter gestiegenen Ausplünderung durch den Staat und des bevorstehenden neuerlichen staatlichen Raubzugs nach den Nationalratswahlen im Oktober.

A. Die erste Frage:

Sollte überhaupt zum Kampf aufgerufen werden?

Die erste und Hauptfrage angesichts der Tariferhöhungen der Gemeinde Wien vom Anfang bis zum Ende der Bewegung war die: Sollte man diesen Massnahmen der Gemeinde im praktischen Kampf entgegen treten oder nicht?

Für die Kommunisten stand die Frage so: Sollten sie angesichts der Tragweite der Gemeinderatsbeschlüsse und der weitreichenden spontanen Empörung darüber in der Bevölkerung sich begnügen mit der Enthüllung und Anprangerung der Misstände und der Anschläge der herrschenden Klasse? Oder war es ihre Aufgabe, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um die Massen für den Kampf gegen diese Anschläge zu mobilisieren und zu organisieren und diesem Kampf eine klare politische Stossrichtung gegen die Gemeinde, gegen den bürgerlichen Staat zu geben?

Bestand über diese Frage keine Klarheit, so konnten die Fragen der politischen Linie, auf der der Kampf organisiert werden sollte, und der Kampfbedingungen, die in der konkreten Kampfführung berücksichtigt werden mussten, überhaupt noch nicht sinnvoll gestellt und beantwortet werden.

Diese Frage wurde richtig beantwortet mit dem Vorschlag des KB an die Massen, sich hinter der Forderung nach Rücknahme der Beschlüsse zum Kampf gegen die Gemeinde zusammenzuschliessen, sich selbständig zu organisieren und von den Verantwortlichen Rechenschaft zu fordern für ihre volksfeindlichen Massnahmen.

Die Richtigkeit dieses Vorschlages und seiner Aufrechterhaltung nach der Demonstration am 17. Dezember wurde von einem Teil unserer Organisation und der Massenorganisationen faktisch bestritten, wobei sich ihr Standpunkt in den verschiedensten Formen äusserte. Der Rechenschaftsbericht der Leitung an die 1. Ordentliche Delegiertenkonferenz hielt dazu fest, "dass zeitweise eine starke Kapitulationsströmung im KB und in unseren Massenorganisationen entstand, die trotz verschiedener Formen einig war in der Meinung, dass die Kommunisten nicht die Massen für den Kampf mobilisieren und organisieren, nicht mit den ersten bereits gewonnenen Kräften den Kampf aufnehmen dürften, solange die Massen nicht von selbst dafür "reif" wären; dass der konkrete Kampf und die Aktionslosungen, um die er geführt wurde, nichts Wichtiges wären und dass die Kommunisten in erster Linie die allgemeine Forderung des Kommunismus und blosse allseitige Enthüllungsarbeit über den Charakter der Gemeinde machen sollten. In einem breiten und offenen Meinungskampf wurde dieser Kapitulationslinie Anfang Jänner ein schwerer Schlag versetzt." (Ergebnisse der 1. Ordentlichen Delegiertenkonferenz, S. 67).

Mit diesem Schlag war jedoch der Kampf um die richtige Auffassung in dieser Frage noch nicht gewonnen, wie sich im Zuge der Fortsetzung des Meinungskampfes in den verschiedenen Einheiten des KB und seiner Massenorganisationen zeigte. Bis über den Abschluss des Kampfes gegen die Tariferhöhungen hinaus entwickelte sich in fast allen Einheiten eine falsche Frontlinie im Meinungskampf, die die wirksame und gründliche Ausmerzung der aufgetretenen Kapitulationslinie ebenso verunmöglichte wie sie das Auftreten opportunistischer Auffassungen in der Frage der Notwendigkeit der ideologischen Offensive begünstigte. Sie lässt sich vereinfacht durch die beiden Positionen charakterisieren:

1. Der Sieg in diesem Kampf, also die Durchsetzung der Rücknahme der Gemeinderatsbeschlüsse, ist möglich - deshalb müssen wir die Massen für den Kampf mobilisieren und organisieren.
2. Der Sieg in diesem Kampf ist nicht möglich - deshalb soll man dazu gar nicht erst aufrufen, sondern sich auf eine gute Propaganda konzentrieren.

In dieser falschen Gegenüberstellung lassen sich alle ausführlicher dokumentierten Auseinandersetzungen in den kommunistischen Komiteefraktionen und Verkaufsgruppen zusammenfassen. (Für das Auftreten in der Stadt war das einheitliche organisatorische Gefüge des KB und seiner Massenorganisationen damals in der Hauptsache ein Netz von Gruppen über fast alle Bezirke hin, die ansonsten die Aufgabe des Verkaufs der KB-Zeitung "KLASSENKAMPF" hatten. In diesen Gruppen waren alle Mitglieder des KB und seiner Massenorganisationen erfasst, und zwar zusätzlich und neben ihrer hauptsächlichen Organisierung in den Zellen und Kollektiven ihrer Organisation).

Die falsche Frontstellung im Meinungskampf in den Komiteefraktionen und Verkaufsgruppen lief darauf hinaus, die Möglichkeit des Sieges in diesem Kampf, also die Möglichkeit der Durchsetzung der Rücknahme der Tariferhöhungen, zum entscheidenden Kriterium dafür zu machen, ob die Kommunisten den Vorschlag zum Kampf unter die Massen tragen sollten. Ob man für oder gegen diesen Vorschlag war, konnte sich für viele Genossen nur mehr als Frage des "Glaubens" an den Sieg stellen (als "Glaubens"frage deshalb, weil die konkreten Bedingungen des Kampfes unzureichend und einseitig untersucht und gesehen worden waren: Dazu in den folgenden Abschnitten).

Diese Frontstellung war falsch. Für die Arbeiterklasse und das Volk steht die Frage nie so, dass sie nur bei grösster Wahrscheinlichkeit des Sieges zum Kampf aufstehen. Die Geschichte der Klassenkämpfe beweist tausendfach, dass die Verhältnisse der Klassengesellschaften und ihre Widersprüche immer zum Kampf drängten. Dass diese Kämpfe von den unterdrückten Klassen oft genug unabhängig davon aufgenommen und geführt wurden, ob sie mit dem Sieg in der unmittelbaren Auseinandersetzung rechnen konnten. Dass das Volk das Kriegführen durch den Krieg selbst lernt. Dass die Siege oder Niederlagen im Tageskampf wichtig, aber letztlich nicht das Entscheidende sind, wie das Kommunistische Manifest hervorhebt: "Von Zeit zu Zeit siegen die Arbeiter, aber nur vorübergehend. Das eigentliche Resultat ihrer Kämpfe ist nicht der unmittelbare Erfolg, sondern die immer weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeiter... Diese Organisation der Proletarier zur Klasse, und damit zur politischen Partei, wird jeden Augenblick wieder gesprengt durch die Konkurrenz unter den Arbeitern selbst. Aber sie ersteht immer wieder, stärker, fester, mächtiger." (Marx-Engels Werke, Band 4, S. 471).

So besteht auch die Aufgabe der Kommunisten nicht darin, die Massen vom Kampf abzuhalten bis zum Tag, an dem sie mit dem Sieg in der Tasche zum Kampf antreten können. Dieser Tag würde nie kommen, die Massen aber würden solche "Ratgeber" beiseite schieben.

Die Aufgabe der Kommunisten besteht darin, die Kampfbereitschaft der Massen zu schüren und ihre Fähigkeit zum Klassenkampf zu erhöhen, indem sie politische Klarheit verbreiten. Sie besteht darin, auch mit geringen Kräften den Kampf aufzunehmen, wenn dadurch die Einheit und Selbständig-

keit der Massen gefördert werden kann, wenn die Voraussetzungen dafür gegeben sind, dass durch einen solchen Schritt in der praktischen Kampferfahrung die politische Klarheit und selbständige Organisierung der Massen wächst und damit auch die Kräfteverhältnisse zugunsten der Massen verändert werden.

Nicht, weil wir den Sieg in unserer Tasche wähnten, hielten wir an unserem Vorschlag zur Fortführung des Kampfes nach der Demonstration am 17. Dezember fest, sondern weil wir es als unsere Aufgabe ansahen, die bestehenden günstigen Möglichkeiten, "die Massen für ein solch begrenztes Ziel in den Kampf zu führen,unbedingt zu nützen, da die Erfahrungen in diesem Kampf den Zusammenschluss der Massen tausendmal weiter bringen und ihnen mehr über die gesellschaftlichen Verhältnisse und über die Richtigkeit der Argumente der Kommunisten sagen, als wir das je in noch so breiten Propagandaaktionen sagen können. Angesichts der Tariferhöhungen hat die Leitung deshalb folgenden Weg vorgeschlagen: Mobilisierung und selbständige Organisierung im Stadtteil und Betrieb für den Kampf um das einzig mögliche nächste Kampfziel: Keine Tariferhöhungen!" (Dritter Bericht der Leitung zum Kampf gegen die Tarifbeschlüsse der Gemeinde, 3.1.1975).

Die Aufrechterhaltung dieses Vorschlages wurde ganz richtig allein davon abhängig gemacht, ob sich die Bewegung noch weiter entfalte und die Förderung der Einheit und Selbständigkeit der Massen voranbringe: "Kein Grund ist gegeben, das Kampfziel aufzugeben, solange die Bewegung sich weiter entwickelt bzw. die Bedingungen dafür günstig sind!" (Dritter Bericht....) In keiner Phase der Bewegung wurde von der Leitung das Festhalten am Kampf davon abhängig gemacht, ob der Sieg tatsächlich errungen werden konnte oder nicht.

Alles deutet darauf hin, dass eine solche falsche Gegenüberstellung im Auftreten der Komiteefraktionen ihren Niederschlag gefunden hat. So kritisiert auch die VRA in der "Volksmacht" Nr. 94 die "von einigen Führern der Komitees gegebene Einschätzung, dass die Komitees 'sofort' eine 'Lawine' der Empörung und der Aktivität der arbeitenden Menschen hervorrufen und die Rücknahme der Erhöhungen erzwingen würden."

Diese Einschätzung war, soweit sie in dieser Form von unseren Fraktionen getroffen wurde, sicherlich falsch. Sie entsprach auch nicht der Einschätzung durch unsere Organisation, die - so fehlerhaft, einseitig und beschränkt sie auch in vieler Hinsicht war (worauf in der Folge noch ausführlich eingegangen wird) - doch unmissverständlich innerhalb der Organisation und öffentlich festhielt: "Ob die Gemeinde ihre Beschlüsse aufrechterhalten kann oder nicht, ist eine Frage des politischen Kräfteverhältnisses zwischen ihr und der arbeitenden Bevölkerung. Dieses Kräfteverhältnis kann zugunsten des Volks verändert werden, wenn es sich hinter einer Forderung zusammenschliesst, die konsequent die Interessen der arbeitenden Bevölkerung zum Ausdruck bringt und ein einheitliches Handeln gegenüber der Gemeinde ermöglicht. Diese Forderung kann nur lauten: Keine Tariferhöhungen bei Strom, Gas, Strassenbahn und Fernwärme! Diese Forderung muss in den Betrieben erhoben werden, die Gewerkschaften müssen für sie eintreten. In der Stadt müssen Bezirkskomitees auf der Grundlage dieser Forderung gebildet werden und alle Menschen organisieren, die auf dieser Grundlage den Kampf gegen die volksfeindlichen Beschlüsse der Gemeinde führen wollen." ("KLASSENKAMPF" vom Dezember 1974).

Und im (internen) zweiten Bericht zum Kampf gegen die Tariferhöhungen wird noch einmal hervorgehoben: "Es ist von entscheidender Bedeutung für diesen Kampf, ob es uns gelingt, die Forderung nach Rücknahme der Tariferhöhungen in den Betrieben zu verankern. Diese Verankerung der Forderung in den Betrieben ist zugleich die Voraussetzung und der Weg, um den Kampf um die richtige Linie im Vorgehen der Gewerkschaft gegenüber der Gemeinde voranzubringen."

In der "KLASSENKAMPF"-Sondernummer vom Dezember 1974 wird festgestellt: "Praktisch ist es so, dass das Volk - wenn es die Anschläge der Gemeinde zurückschlagen will - nur die Möglichkeit hat, selber den Kampf zu führen. Und das kann es umso besser, je gründlicher es sich Illusionen über die verschiedensten 'theoretischen Möglichkeiten' und jedes Vertrauen in die bürgerlichen Politiker aus dem Kopf schlägt und sich auf die alte Erfahrung der Arbeiterbewegung besinnt: Dass die Arbeiterklasse und das Volk nichts kriegen, was sie sich nicht selbst im Kampf holen. Von der Klarheit darüber und von der Kampfkraft der Massen hängt es ab und zum Glück nicht von den Genieblitzen von Gratz, ob diese volksfeindlichen Beschlüsse rückgängig zu machen sind.... Entscheidend ist, dass die Arbeiterklasse sich ihrer Rolle als Hauptkraft bewusst wird und dass der Kampf in die Betriebe getragen wird."

Zeigt sich in diesen Äusserungen, dass von Seiten der Organisation die Hauptbedingungen für einen Sieg in diesem Kampf richtig angegeben (wenn auch nicht im einzelnen untersucht) wurden und keineswegs die von der VRA kritisierte Einschätzung nach innen oder aussen vorgenommen wurde, so drückt sich in der besonderen Bedeutung, die der Frage der Wahrscheinlichkeit bzw. Möglichkeit des Sieges in dem Zusammenhang von vielen Genossen und anscheinend auch von der VRA zugemessen wurde, eine falsche Auffassung von den Bedingungen aus, die für die Aufnahme des Kampfes notwendig sind.

Dass viele Genossen die Frage der Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit des Sieges als die entscheidende Frage ansahen, hat seine Grundlage in einer falschen Vorstellung vom Klassenkampf und den Aufgaben der Kommunisten. Begünstigt wurden diese falschen Vorstellungen jedoch zweifellos durch die Fehler in der Untersuchung und Einschätzung der konkreten Situation durch die Leitung, auf die in den folgenden Abschnitten ausführlich eingegangen werden soll. Denn "durch die Analyse der Fehler von gestern lernen wir die Fehler von heute und von morgen vermeiden." (Lenin).

Die falsche Frontstellung im Meinungskampf in den meisten Einheiten liess diese Analyse nicht zu. Sie führte im Gegenteil dazu, dass zwei tatsächlich vorhandene Fehler sich ständig überdeckten: Die Linie der Kapitulation in bezug auf die Aufgaben der Mobilisierung und Organisierung der Massen zum Kampf und die Kapitulation vor den Aufgaben der ideologischen Offensive bei der Mobilisierung und Organisierung der Massen.

Über der folgenden Analyse der zahlreichen und weitreichenden Fehler darf aber nicht vergessen werden, dass der entscheidende Fortschritt für unsere Organisation in dieser Bewegung gerade darin bestanden hat, dass wir in der oben behandelten Hauptfrage richtig vorgegangen sind, dass wir uns nicht mehr wie früher so oft auf die Rolle des "Propagandisten" im schlechten Sinn beschränkt haben, sondern einen in der Hauptsache richtigen Vorschlag an die Massen gerichtet und an der Mobilisierung und Organisierung zum Kampf festgehalten haben.

B. Die zweite Frage: Unter welchen Bedingungen mußte gekämpft werden?

Die konkrete Untersuchung und Einschätzung der konkreten Situation ist die notwendige Voraussetzung und Grundlage für die Entwicklung der richtigen politischen Linie. Um die Fehler in unserer Politik in der Bewegung gegen die Tariferhöhungen nicht nur oberflächlich festzustellen, sondern ihnen auf den Grund zu gehen, müssen ihre Wurzeln in unserer damaligen Untersuchung und Einschätzung der konkreten Situation aufgesucht werden. Das nicht getan zu haben, ist die Ursache für die noch recht oberflächliche und unzureichende Erfassung unserer Fehler und Erfahrungen in dieser Frage im Rechenschaftsbericht der Leitung an die 1. Ordentliche Delegiertenkonferenz.

Rückblickend müssen wir heute feststellen, dass unsere Untersuchung und Einschätzung der Situation vor und während des Kampfes gegen die Tariferhöhungen unter einer starken Einseitigkeit und Beschränktheit litt. Nur zu einem geringen Teil ist das auf die objektiven Beschränkungen zurückzuführen, die sich aus der relativen Unentwickeltheit unserer Organisation, ihrer Politik und Verankerung unter den Massen und ihren dementsprechend geringen praktischen Untersuchungsmöglichkeiten ergeben. In der Hauptsache war die Grundlage für diese Einseitigkeit der Untersuchung und Einschätzung eine falsche, einseitige Betrachtungsweise der gesellschaftlichen Verhältnisse und ihrer verschiedenen Seiten, die Vernachlässigung der notwendigen allseitigen Erfassung und Erforschung der Verhältnisse.

Dazu muss allerdings vorweggenommen werden: Die Forderung nach Allseitigkeit der Untersuchung und Einschätzung wurde und wird oft zum Vorwand für den Rückzug aus der Politik unter den Massen genommen, gegen jeden praktischen Schritt der Kommunisten ausgespielt und gegen jeden Vorschlag an die Massen für ein bestimmtes Verhalten.

Eine solche Auffassung der allseitigen Untersuchung ist in jeder Hinsicht falsch: Einmal, weil sie die Untersuchungstätigkeit trennt von der Arbeit unter den Massen, von der aktiven Teilnahme am Klassenkampf, ohne die eine solche Untersuchung nicht möglich ist. Zum anderen, weil sie die allseitige Untersuchung für ein Projekt hält und ausgibt, das man eines Tages abgeschlossen haben wird und dann zum Ausgangspunkt der Politik machen kann (wozu es nie kommen wird). Demgegenüber müssen wir in dieser Frage die Haltung Lenins einnehmen: "Um einen Gegenstand wirklich zu kennen, muss man alle seine Seiten, alle Zusammenhänge und 'Vermittlungen' erfassen und erforschen. Wir werden das niemals vollständig erreichen, die Forderung der Allseitigkeit wird uns aber vor Fehlern und vor Erstarrung bewahren." (Lenin: Noch einmal über die Gewerkschaften, die gegenwärtige Lage und die Fehler Trotzkis und Bucharins; Werke Band 32, S. 85; Hervorhebung G.St.).

Nach Bekanntwerden der Pläne der Gemeinde Wien für ein ganzes Paket von Tariferhöhungen nahm die Leitung des KB eine Einschätzung der Situation vor als Ausgangspunkt für die Festlegung unserer Politik. Diese Einschätzung stützte sich im Wesentlichen auf die Erfassung der Tatsachen,

1. dass die chronische Budgetkrise des Staates und der Gemeinde durch die Wirtschaftskrise drastisch verschärft wurde; dass ihre Wurzeln in der kapitalistischen Ausbeuterordnung liegen und sie mit dieser untrennbar verknüpft sind; dass die Gemeinde als örtliche Abteilung des bürgerlichen Staates ihrem Klassencharakter entsprechend nur einen "Ausweg" aus dieser Budgetkrise kennt: sie auf's Volk abzuladen in Form verschärfter Ausplünderung; dass sie dabei immer weniger Spielraum für "Zugeständnisse" an die Massen haben würde aufgrund der Zuspitzung ihrer budgetären Krise.

2. dass die wirtschaftliche Lage der Massen sich zu diesem Zeitpunkt bereits deutlich verschlechtert hatte; dass sich ihr Spielraum für die kampflose Hinnahme weiterer Verschlechterungen, gleich von welcher Seite, verringert hatte; dass vor allem ein Ausweichen vor der Konfrontation mit der Gemeinde in eine "Kompensation" der Tariferhöhungen auf der Lohnseite zunehmend unrealistisch erscheinen musste.

Allgemein festgestellt wurde darüber hinaus eine Anhäufung von Unzufriedenheit und Empörung über die generelle Verschlechterung der Lebensbedingungen in der Stadt, von Erfahrungen der Volksmassen mit der Schikanierung und Entrechtung durch die Gemeinde und mit ihrer korrupten Geschäftsführung für das Kapital. Doch wurden diese Faktoren nicht im eigentlichen Sinn untersucht und auch nur vereinzelt in Rechnung gestellt: In der Hauptsache zur Untermauerung der These, dass sie mit das angefüllte Fass bildeten, das durch die Tariferhöhungsbeschlüsse zum Überlaufen gebracht werde.

Diese Untersuchung und Einschätzung der Situation war vor allem in dreierlei Hinsicht beschränkt und einseitig:

- Erstens wurde im Wesentlichen nur die ökonomische Lage von Volk und Gemeinde für sich und in ihrer Beziehung zueinander untersucht, aber nicht die politische und ideologische,
- Zweitens wurde im Wesentlichen nur der erreichte Stand des Verhältnisses von Volk und Gemeinde untersucht und aus diesem Blickwinkel die zukünftige Entwicklung dieses Verhältnisses eingeschätzt, während die Geschichte dieses Verhältnisses praktisch ausser acht gelassen wurde.
- Drittens wurde im Wesentlichen nur die Situation an der Front zwischen Volk und Gemeinde untersucht, während die anderen Fronten des Klassenkampfes bei der Untersuchung und Einschätzung der Situation weitgehend unberücksichtigt blieben.

Von diesen Fehlern der Einseitigkeit der Untersuchung und Einschätzung der Situation ausgehend sollen in der Folge die hauptsächlichen Fehler in unserer Politik in der Bewegung gegen die Tariferhöhungen beleuchtet und ihre Konsequenzen untersucht werden.

1. Überschätzung der objektiven Faktoren Unterschätzung der subjektiven Faktoren

Einseitigkeit in der Untersuchung der Verhältnisse ist in den meisten Fällen die Folge einer falschen Auffassung dieser Verhältnisse. So bringt die einseitige Betonung der wirtschaftlichen Lage von Volk und Gemeinde in der Untersuchung und Einschätzung der Situation eine falsche Überschätzung der Bedeutung der objektiven, spontanen Seite der Verhältnisse in der Bewegung zum Ausdruck (und sogar nur eines Teiles dieser objektiven Faktoren) und eine Unterschätzung der subjektiven, bewussten Seite.

Wie die praktischen Erfahrungen in der Bewegung selbst nachdrücklich be-

wiesen, ist die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Massen allein keine ausreichende Bedingung für die Auslösung einer breiten Auseinandersetzung mit dem bürgerlichen Staat gewesen - unter den gegebenen ideologischen und politischen Bedingungen.

Eine Untersuchung der Situation, die diese Bedingungen praktisch nicht miteinschloss, musste zu einer fehlerhaften Einschätzung der Situation führen. Das kam vor allem zum Ausdruck in der Gewissheit, mit der eine spontane breite und scharfe Auseinandersetzung zwischen Volk und Gemeinde in dieser Frage erwartet wurde.

Diese Erwartung konnte sich praktisch nur auf die genannte beschränkte Untersuchung einiger wirtschaftlicher Faktoren stützen (sowie auf die Fortschreibung der Entwicklung des Kampfes gegen die Heizkostenerhöhung in einer der Stadtrandsiedlungen, der aus verschiedenen Gründen eine grosse Breite und Schärfe in der Auseinandersetzung erreicht hatte).

Eine Untersuchung der ideologischen und politischen Verhältnisse hätte gezeigt, dass der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Massen eine brüchiger werdende, aber nach wie vor starke ideologische Bindung an die Bourgeoisie und ihren Staat gegenüberstand, welche in Richtung kampfloses Hinnehmen der Verschlechterungen im Interesse "der Allgemeinheit", der Notwendigkeit der Erhaltung des Staates etc. wirkte und letztlich auch den Ausschlag gab. (Das wurde in der abschliessenden Einschätzung im "KLASSENKAMPF" auch richtig festgehalten). Diese Untersuchung hätte weiters gezeigt, dass die auf der Grundlage dieser ideologischen Bindung bestehende politische Spaltung der Massen und ihre entsprechende Bindung an verschiedene bürgerliche Parteien einen entscheidenden Faktor für den Verlauf der Bewegung bildeten: Dass vor allem die Tatsache, dass die regierende SPÖ trotz allen Anwachsens der inneren Widersprüche in ihren Reihen nach wie vor den bestimmenden Einfluss in der Wiener Arbeiterschaft und in ihren gewerkschaftlichen Organisationen hat, ein gewaltiges Hemmnis für die Entfaltung der Bewegung bilden musste und auch der Ausnutzung der bestehenden Widersprüche zwischen den bürgerlichen Parteien relativ enge Grenzen zog.

Sie hätte weiters gezeigt, dass der ideologische und politische Einfluss der Kommunisten in Wien noch sehr gering ist, die Kommunisten für die Massen also keineswegs von vornherein, wenn überhaupt, eine anerkannte Führung für eine solche Auseinandersetzung mit der Gemeinde darstellen konnten.

Das weitgehende Fehlen der Untersuchung dieser Faktoren und die Unterschätzung ihrer Bedeutung trug entscheidend dazu bei, dass die Aufgaben der Kommunisten nicht mehr frei von fehlerhaften Einseitigkeiten bestimmt und von der Organisation erfüllt werden konnten.

So begünstigte die Überbetonung der objektiven, spontanen Seite der Bewegung gegenüber der subjektiven, bewussten Seite eine Vernachlässigung der ideologischen Arbeit, der notwendigen ideologischen Offensive. Die damit eng verbundene Unterschätzung der Bedeutung der politischen Spaltung der Massen und des geringen Einflusses der Kommunisten begünstigte die Vernachlässigung, die Fehler und Schwankungen in der notwendigen Aktionseinheitspolitik.

Die ideologische Arbeit war aber gerade das Entscheidende, um den spontanen Unmut der Massen über die Gemeinderatsbeschlüsse tatsächlich zur Einsicht in die Notwendigkeit und Möglichkeit des Kampfes gegen diese Beschlüsse und ihre Urheber zu führen, zumindest in dieser einen Frage

den notwendigen Bruch mit der SPÖ in breitem Ausmass zu erreichen und die ideologische Bindung an den bürgerlichen Staat zu durchstossen.

Die Vernachlässigung der ideologischen Arbeit äusserte sich in den auf zentraler Ebene wie auch in vielen Einheiten mangelnden Bemühungen, das eigene Wissen über die Grundlagen dieser Gesellschaft und ihre Gesetzmässigkeiten, den Charakter dieses Staates und Zweck und Perspektive des Kampfes gegen ihn vom Standpunkt des Proletariats auch im Zuge der verstärkten praktischen Tätigkeit zu vertiefen und eine wissenschaftliche, auf Tatsachen gestützte Agitation und Propaganda zu entfalten. Auf zentraler Ebene geschah hier noch einiges, wenn auch bei weitem nicht das Notwendige und kaum das Mögliche, auf der Ebene der Einheiten versickerte zum Teil auch noch das Wenige, wobei auf allen Ebenen die Unterschätzung des bewussten Elements die Grundlage für diese Mängel darstellte.

Die Aktionseinheitspolitik wiederum war der entscheidende Hebel, um der bestehenden Spaltung der Massen entgegenzuwirken und ein Maximum an mobilisierbaren Kräften des Volks hinter der Forderung nach Rücknahme der Gemeinderatsbeschlüsse zusammenzufassen. Ein Maximum an Kräften, das wir mit unserem eigenen beschränkten politischen und organisatorischen Einfluss allein nie in den Kampf hätten führen können.

Diese entscheidende Bedeutung der Aktionseinheitspolitik wurde jedoch nicht im vollen Ausmass erkannt, was eine Reihe von Fehlern begünstigte.

Diese Fehler in der Aktionseinheitspolitik bestanden im Wesentlichen in folgendem:

1. Lange Zeit unterschätzte die Leitung die Bedeutung der ersten zentralen Demonstration am 17.12. für die Herstellung der Aktionseinheit gegen die Gemeinderatsbeschlüsse. Zu diesem Zeitpunkt hatte von unserer Seite her zwar schon eine wochenlange Agitation gegen die Beschlüsse stattgefunden, vor allem im Zusammenhang mit der Mieterdemonstration gegen die Heizkostenerhöhung am 28.11. Doch war unsere Einschätzung die, dass der Zeitpunkt für eine zentrale Zusammenfassung der Kräfte noch nicht gekommen sei. Wir hielten die Fortsetzung der lokalen Mobilisierung in den Bezirken für das Richtige und spielten das lange Zeit gegen den Plan einer zentralen Demonstration im Dezember aus.

   Das war falsch. Einmal, weil am 13.12. der Gemeinderat die Erhöhungsbeschlüsse fasste und es auf jeden Fall notwendig war, zu diesem Zeitpunkt bereits in einer zentralen Demonstration alle bis dahin mobilisierbaren Kräfte zu einer deutlichen Ablehnung dieser Beschlüsse zusammenzufassen und so ein erstes Signal zu setzen für den Kampf dagegen. Die erste zentrale Demonstration stand in keinem Gegensatz zur Entwicklung der Aktionseinheit der Massen in den Bezirken, sondern war ein notwendiger Anstoß und eine Ermutigung dazu.

   Das wurde von uns lange Zeit nicht gesehen. Damit ging auch die Initiative zu einer zentralen Demonstration auf verschiedene bürgerliche Organisationen über. Die Folge war: Wir mussten in die betreffenden Aktionseinheitsverhandlungen gehen, bevor wir noch in breitem Masstab unter den Massen einen richtigen Vorschlag für die gemeinsame Grundlage der Aktionseinheit verbreiten konnten. Dementsprechend schwach war unsere Position in den Verhandlungen und dementsprechend konnten dort die Bürgerlichen, von den Revisionisten bis zu den Trotzkisten, unter Ausnutzung der damaligen naiv-reformistischen Zufallsleitung

der Österreichischen Hochschülerschaft ihre spalterischen Konzepte durchsetzen.

Auch zu diesem Zeitpunkt unterschätzten wir die Bedeutung dieser Demonstration noch. Wir mobilisierten zwar mit einem selbständigen Aufruf dazu (und vermieden damit den "linken" Fehler der VRA, nach der Durchsetzung der Bürgerlichen in den zwei existierenden Aktionseinheitsplattformen den Kampf um eine breite Aktionseinheit zu dieser Demonstration aufzugeben und sich nicht daran zu beteiligen), doch musste die nach wie vor bestehende Auffassung, die lokale Mobilisierung sei letztlich doch das "Wichtigere", die Wirksamkeit unseres Einsatzes für die zentrale Demonstration schwächen.

So konnten wir insgesamt die Mobilisierung für diese Demonstration und die Demonstration selbst nicht mehr voll nützen für den Zweck, sie tatsächlich zum neuen Ausgangspunkt der weiteren Mobilisierung zum Kampf gegen die Beschlüsse und zur Einbeziehung neuer Kräfte in eine breite Aktionseinheit dagegen zu machen.

2. Völlig einseitig betrieben wurde die Aktionseinheitspolitik beim Aufbau der Komitees gegen die Tariferhöhungen. Es wurde gar nicht der Versuch gemacht, auch an die verschiedenen Organisationen heranzutreten, die sich gegen die Tariferhöhungen ausgesprochen hatten, und sie aufzufordern, öffentlich zur Bildung solcher Komitees in den Bezirken aufzurufen und ihre eigenen Mitglieder zur Beteiligung daran aufzufordern.

Damit wurde ausser acht gelassen, dass die Herausbildung der Aktionseinheit der Massen "von unten" angesichts ihrer politischen Spaltung und des grossen Einflusses der bürgerlichen Organisationen auf sie auch den Kampf um die Aktionseinheit "von oben" braucht, indem man die bürgerlichen Führer zur Stellungnahme zum Zusammenschluss der Massen für ein bestimmtes Ziel zwingt: So können sie genötigt werden, "sich für die gemeinsame Aktion auszusprechen und so die Aktionseinheit der Massen zu begünstigen; oder sich gegen die gemeinsame Aktion auszusprechen, sie aber nicht verhindern zu können und vor den Massen offen als Spalter dazustehen." (Die Politik der Aktionseinheit; in: Ergebnisse der 1. Ordentlichen Delegiertenkonferenz, S. 93).

Diese Vernachlässigung des Kampfes um die Aktionseinheit "von oben" zieht sich wie ein roter Faden durch unsere Politik während der ganzen Auseinandersetzung um die Tariferhöhungen.

Bei den Komitees hatte sie zur Folge, dass sie nicht die breite aktive Basis finden konnten, die möglich gewesen wäre. Es fiel den bürgerlichen Organisationsführungen nicht schwer, ihre Mitglieder und Sympathisanten von den Komitees fernzuhalten, ohne offen ihre eigene spalterische Rolle enthüllen zu müssen.

3. Einen allgemeinen Ausdruck fanden die falschen Anschauungen zur Aktionseinheitspolitik darin, dass die gesamte Arbeit der Organisation mit grossem Kräfteaufwand quer durch die Stadt organisiert wurde, ohne zu berücksichtigen, dass das Volk keine formlose Ansammlung von Individuen darstellt, sondern in vielfältiger Weise strukturiert ist: Nicht nur in Klassen und Schichten, was das Grundlegende ist, sondern im weiteren einmal durch die kapitalistische Produktion bzw. andere objektive Umstände in Belegschaften von Betrieben, Büros, in Gemeinschaften von Schulen, Hochschulen, usw., zum anderen in vielfältige politische, gewerkschaftliche, kulturelle, religiöse, usw. Vereinigungen und deren Anhängerschaft im weitesten Sinn.

Unsere eigenen beschränkten Kräfte konnten aber nur dann zur grösstmöglichen Wirkung gebracht werden, wenn wir diese Tatsache in Rechnung stellten und uns auf diese Strukturen und Zusammenfassungen des Volkes stützten. Dies in der Weise, dass wir unsere Anstrengungen darauf konzentrierten, in diesen Zusammenfassungen von Menschen einen Prozess der Willensbildung zur Aktionseinheit zum Kampf gegen die Tariferhöhungen in Gang zu setzen und voranzutreiben.

Das haben wir nur zu einem sehr geringen Teil getan und zwar dort, wo sich das zwangsläufig aufdrängte: Bei den Betrieben und bei den Schulen und Hochschulen. Nicht haben wir darauf geachtet bei unserer Arbeit in der Stadt, wo wir bis auf wenige Ausnahmen an die Menschen herantraten, als stünden sie in keinerlei Beziehung zueinander und bildeten sich ihre Meinung und ihren Willen im Wesentlichen individuell.

Diese falsche Auffassung fand ihren organisatorischen Ausdruck darin, dass wir unsere eigenen Kräfte ziemlich planlos über die Stadt verteilten, ihnen damit viel von ihrer möglichen Wirkung nahmen und ihre Anstrengungen zu einem grossen Teil verpuffen liessen. Das zeigte sich im Ergebnis nicht nur darin, dass wir auf diese Weise in der Bildung einer breiten Aktionseinheit der Massen bei weitem nicht die objektiven Möglichkeiten ausschöpfen konnten, sondern auch darin, dass wir den gewonnenen politischen und organisatorischen Einfluss und die engen Kontakte in verschiedenen Bezirken nur zu einem Teil über die Bewegung hinaus erhalten konnten.

Soweit zum Wesen der Vernachlässigung der ideologischen und politischen Faktoren in unserer Untersuchung und Einschätzung der Situation und zu den politischen Fehlern, die dadurch begünstigt wurden.

2. Überschätzung des Augenblicks
Unterschätzung der Geschichte, der Entwicklung und der Erfahrung

"Kannst Du eine Frage nicht lösen? Nun gut, dann untersuche doch ihren gegenwärtigen Stand und ihre Geschichte!" (Mao Tse-tung, Gegen die Buchgläubigkeit; Hervorhebung G.St.).

Den gegenwärtigen Stand, aber nicht die Geschichte des Verhältnisses von Volk und Gemeinde untersucht zu haben, das stellte die zweite Einseitigkeit in unserer Untersuchung und Einschätzung der Situation dar. Begünstigt wurde diese Einseitigkeit durch die Jugend unserer Organisation und ihrer Mitglieder und ihre geringe Erfahrung und Verbindung mit der Geschichte der Klassenauseinandersetzungen in Österreich und in dieser Stadt.

Ihrem Wesen nach stellt diese Einseitigkeit aber ebenfalls eine falsche Auffassung von der Wirklichkeit dar. Die Verhältnisse, die Beziehungen zwischen den Klassen und dem Staat bzw. der Gemeinde werden ohne ihre Vergangenheit und ihre Entwicklung gesehen, als ob ihr gegenwärtiger Zustand und ihre künftige Entwicklung nicht objektiv und subjektiv geprägt wären von eben dieser Vergangenheit. Überschätzt wird die Bedeutung der aktuellen Umstände für das Handeln der Massen (wie auch der Gemeinde), unterschätzt die Bedeutung der Erfahrungen der Volksmassen und

der Gemeinde aus ihrer bisherigen Entwicklung und den Auseinandersetzungen zwischen ihnen.

Die Einsicht in die Notwendigkeit und Möglichkeit des Kampfes ergibt sich für die Massen aber nicht nur aus der Anschauung der gegenwärtigen Verhältnisse und deren umfassende Enthüllung durch die Kommunisten, sondern vor allem aus ihrer eigenen praktischen Erfahrung mit diesen Verhältnissen, ihren politischen Repräsentanten usw. über einen längeren Zeitraum.

Mit jedem Kampf verhält es sich letztlich so, wie es Stalin im Hinblick auf den Kampf um die soziale Befreiung festhält: "Es handelt sich nicht darum, dass die Avantgarde die Unmöglichkeit, die alte Ordnung aufrechtzuerhalten und die Unvermeidlichkeit ihres Sturzes anerkennt. Es handelt sich darum, dass die Massen, die Millionenmassen diese Unvermeidlichkeit begreifen und die Bereitschaft an den Tag legen, die Avantgarde zu unterstützen. Doch können die Massen dies nur aufgrund der eigenen Erfahrung begreifen." (Stalin, Über die Grundlagen des Leninismus, Werke Bd. 6, S. 142).

Auch die Untersuchung der Bedingungen für die Auseinandersetzung um die Tariferhöhungen musste einseitig und fehlerhaft werden, wenn sie die wechselseitigen Erfahrungen der Massen und der Gemeinde aus der Vergangenheit und die Geschichte der Klassenauseinandersetzungen allgemein praktisch nicht einbezog. Das verunmöglichte es, ein reales Bild von den bestehenden Kräfteverhältnissen, Kampfbedingungen und -perspektiven in dieser Auseinandersetzung zu bekommen.

Diese Sichtweise begünstigte auf der einen Seite das Auftreten der Auffassung in der Organisation, solange kein Sieg in der Auseinandersetzung zu erringen sei, wären auch Vorschläge der Kommunisten an die Massen für die Aufnahme und Führung des Kampfes falsch. Man müsste sich in der gegebenen Situation mit Propaganda und Enthüllungen begnügen. Diese Auffassung war unter anderem Ausdruck der Unterschätzung der Bedeutung der praktischen Erfahrungen der Massen für die Veränderung der Kräfteverhältnisse. Sie lief darauf hinaus, die Aufgabe der Kommunisten nicht zu erfüllen, von der Stalin in Fortsetzung des oben zitierten Gedankens sagt: "Den Millionenmassen die Möglichkeit zu geben, durch eigene Erfahrung die Unvermeidlichkeit des Sturzes der alten Macht zu erkennen, und die jeweiligen Kampfmethoden und Organisationsformen in den Vordergrund zu stellen, die es den Massen erleichtern würden, anhand der Erfahrung die Richtigkeit der revolutionären Losungen zu erkennen - darin besteht die Aufgabe."

Unsere einseitige Sichtweise begünstigte auf der anderen Seite aber auch schwerwiegende taktische Fehler von Seiten der Leitung, insofern sie den Blick auf die realen Bedingungen und Entwicklungsperspektiven des Kampfes verstellte. Gemeint ist hier vor allem die Entscheidung, nach der Demonstration am 9.1.1975 zu einer weiteren Demonstration am 11. Jänner aufzurufen.

War es nach der Demonstration am 17.Dezember noch ganz richtig, angesichts der anhaltenden Empörung in der Bevölkerung und der zu erwartenden Steigung dieser Empörung beim Inkrafttreten der Erhöhungen zu Jahresbeginn am Kampf festzuhalten und für die Demonstration am 9.Jänner zu mobilisieren, so war es falsch, nach dieser Demonstration die Möglichkeit einer weiteren Steigerung der Kampftätigkeit anzunehmen und entsprechende Vorschläge zu machen. Die Demonstration am 9.Jänner zeigte, daß es nicht gelungen war, ausreichende Kräfte zur Fortführung des

Kampfes zu sammeln und daß der Druck der Massen auf die Führungen der verschiedenen ursprünglich beteiligten Organisationen nicht so stark war, daß sie zur Fortführung der Aktionseinheit "von oben" und damit zur Förderung der Verbreiterung der Kampffront gezwungen worden wären. Daß unter diesen Umständen eine weitere Demonstration auch keine Wende "erzwingen" konnte, hätte uns unter anderem selbst eine oberflächliche Berücksichtigung der bisherigen Geschichte zeigen können.

Der Fehler, auf diese zweite Demonstration Kurs zu nehmen, hatte zur Folge, dass wir die erste, erfolgreiche Demonstration am 9. Jänner politisch nicht voll auswerteten. Dies hätte darin bestehen müssen, mit diesen Hunderten von Teilnehmern die Lehren aus dieser Auseinandersetzung zu ziehen und so in der kollektiven Verarbeitung der gemeinsamen praktischen Erfahrungen ihre politische Klarheit und Einheit für die kommenden Klassenauseinandersetzungen zu fördern. Durch die Kursnahme auf die zweite Demonstration wurde das aus der Hand gegeben. Nach der zweiten, kleineren Demonstration am 11. Jänner waren die Bedingungen dafür bereits weit ungünstiger, die aktiven Kräfte zusammengeschmolzen und der politische Gewinn dementsprechend geringer.

3. Einseitige Betrachtung einer Front, Vernachlässigung des Zusammenhanges aller Fronten des Klassenkampfes

Die dritte Einseitigkeit in der Untersuchung und Einschätzung der Situation bestand in der weitgehenden Vernachlässigung der Untersuchung der Situation und Entwicklung an den anderen Fronten des Klassenkampfes. In dieser Einseitigkeit zeigte sich eine falsche Sicht des Ganges des Klassenkampfes und der Entwicklung der Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen und zwischen ihnen und dem Staat.

Die Lage an den verschiedenen Fronten des Klassenkampfes, international wie in jedem einzelnen Land, entwickelt sich nicht unabhängig von der an den anderen Fronten, sondern wirkt jeweils subjektiv und objektiv auf diese ein.

So war auch z.B. die Entwicklung des Kampfes zur Verteidigung des Lohns und die dabei geschaffene Lage nicht gleichgültig für die Entwicklung der Situation in der Auseinandersetzung um die Tariferhöhungen. Der in dieser Zeit verstärkt einsetzende Reallohnabbau machte im Gegenteil eine wichtige objektive Bedingung dafür aus, dass sich der Widerspruch zwischen Volk und Gemeinde in der Frage der Tariferhöhungen zuspitzte. Aber auch die Bedingungen, die es den Kapitalisten ermöglichten, diesen Reallohnabbau relativ widerstandslos durchzusetzen, mussten an der Front des Volkes gegen die Gemeinde zum Tragen kommen: die starke Spaltung und ideologische Fesselung der Arbeiter, der geringe Grad an Einheit und Selbständigkeit, der unter den Arbeitern bis dahin in der Verteidigung ihrer unmittelbarsten materiellen Interessen gegen die Kapitalisten erreicht war.

Die Front zwischen Arbeitern und Kapitalisten im Kampf um den Lohn und die Arbeitsbedingungen und die Front zwischen der Arbeiterklasse und der Kapitalistenklasse in der Auseinandersetzung um die Rechte der Arbeiterklasse aus den Augen zu verlieren, das war gleichbedeutend damit, die realen Bedingungen dafür aus den Augen zu verlieren, unter denen die Arbeiterklasse tatsächlich zum Träger und Führer der Volkskämpfe gegen die Gemeinde werden sollte und musste, wenn der Kampf siegreich enden

sollte. Unter diesen Umständen konnte dann leicht überhaupt das Bewusstsein der Notwendigkeit der tragenden und führenden Rolle der Arbeiterklasse in der Bewegung verschwinden und mit ihm das soziale Interesse, dem letztlich durch den Kampf gegen den bürgerlichen Staat Geltung verschafft werden soll.

Vom erreichten Grad der Einheit und Selbständigkeit der Arbeiter gegenüber den Kapitalisten und deren Verbänden und der Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse hing letztlich ab, in welchem Grad die Arbeiter auch zum Träger und führenden Kern der Volksbewegung werden konnten, der diese festigte und einheitlich gegen die Gemeinde führte. Eine in unseren Möglichkeiten stehende Untersuchung dieser Faktoren hätte uns sicher zu einer realistischeren Einschätzung der Kampfbedingungen verholfen.

Ihre Vernachlässigung hingegen begünstigte auf Seiten der meisten Betriebskollektive eine Unterschätzung der Bedeutung der Verankerung der Bewegung gegen die Tariferhöhungen in den Betrieben. Dort wurden oft nicht einmal die beschränkten Möglichkeiten voll für diesen Zweck genützt, die sich uns bei unseren geringen Kräften und unserer Verankerung boten.

Sie begünstigte eine entsprechende Vernachlässigung von Initiativen in Ortsgruppen und Jugendgruppen der Gewerkschaften.

Sie begünstigte die Trennung und das Ausspielen der Fragen des Kampfes der Arbeiter um Lohn und Arbeitsbedingungen gegen die des Kampfes des Volkes gegen die Tariferhöhung, wie sie sowohl die Politik der meisten Betriebskollektive wie umgekehrt auch weitgehend die Arbeit in der Stadt prägte.

Sie begünstigte schliesslich in der Agitation und Propaganda der Kollektive und Verkaufsgruppen das häufige Auftreten rechter Abweichungen in der Frage der Demokratie, deren Loslösung vom sozialen Zweck des Klassenkampfes sich auf diesem Boden leicht vollziehen liess.

Nachbemerkung zur Kritik der VRA

Die VRA kritisierte an unserer Politik im wesentlichen zweierlei, wobei für sie das eine aus dem anderen hervorging:

1. Einmal eine falsche Einschätzung der Situation, die uns zur Annahme eines leichten Sieges, einer masslosen Überschätzung der eigenen Kräfte und einem falschen Vorauseilen vor den Massen verleitet habe. Ihre Einschätzung sei dagegen gewesen, "dass dieser Kampf langwierig sein würde, wobei sich die konkrete Stossrichtung im Verlaufe dieses Kampfes ändern könnte."

2. Die falsche Einschätzung der Situation habe uns schliesslich zum Schwenk vom Abenteurertum zum Liquidatorentum geführt, was vor allem in unserem Vorschlag zur Auflösung der Tarifkomitees nach Beendigung des Kampfes zum Ausdruck gekommen sei. Die VRA dagegen hätte für richtig gehalten, "dass die Komitees ihre Arbeit als Selbsthilfekomitees der arbeitenden Bevölkerung gegen alle Anschläge auf ihre Interessen fortsetzen sollen." (Volksmacht Nr. 94, S. 15).

Zum ersten Punkt der Kritik ist zu sagen, dass wir tatsächlich Fehler in der Einschätzung der Situation gemacht haben, wie sie in den vorhergegangenen Abschnitten dieses Artikels auch kritisiert werden. Diese Fehler

haben auch tatsächlich bestimmte taktische Fehler begünstigt, wie es z. B. der Aufruf zur Demonstration am 11. Jänner war, den die VRA in ihrem Artikel ebenfalls kritisiert.

Die Kritik der VRA lässt jedoch offen, ob der Aufruf zum Kampf um die Forderung nach Rücknahme der Erhöhungen überhaupt falsch war. Sie bleibt letztlich auf der Ebene der Frage, ob wir einen leichten Sieg für möglich gehalten hätten oder nicht. Das haben wir weder getan, noch war das die entscheidende Frage dafür, den Vorschlag zum Kampf um die Rücknahme der Erhöhungen unter die Massen zu tragen.

Die Formulierung, "dass dieser Kampf langwierig sein würde, wobei sich die konkrete Stossrichtung im Verlaufe dieses Kampfes ändern könnte", drückt sich um eine Stellung zu dieser Frage herum: denn dieser Kampf war eben der um die Rücknahme der Beschlüsse des Gemeinderates vom 13. 12.1974; er war nicht langwierig, sondern endete am 11.1.1975; er änderte nicht seine Stossrichtung, sondern war vom Anfang bis zum Ende darauf gerichtet, den Stadtsenat und den Gemeinderat zu zwingen, seine volksfeindlichen Beschlüsse zurückzunehmen. Es handelte sich hier nicht um den Klassenkampf ganz allgemein, sondern um einen ganz bestimmten, konkreten Kampf mit einer konkreten Stossrichtung - und mit einem konkreten Vorschlag unsererseits: einem Vorschlag für bestimmte Forderungen und bestimmte Kampf- und Organisationsformen.

Zu diesem Vorschlag äussert die VRA sich in ihrer Kritik nicht, was den Schluss nahelegt, dass sie den jeweiligen konkreten Teilkampf für unwesentlich für die Entwicklung des Klassenkampfes hält. Dass sie die Aufgabe der Kommunisten nicht in der Verbindung der Organisierung und Führung solcher Teilkämpfe mit der ideologischen, politischen und organisatorischen Heranführung der Massen an den Kampf um das Endziel sieht, sondern den Kommunisten (zumindest heute, zumindest angesichts ihrer gegenwärtigen Schwäche) die Rolle von reinen Mitläufern in der spontanen Bewegung zuschreibt, die dort Propaganda treiben.

Falsch ist die Kritik der VRA an unserem Vorschlag zur Auflösung der Tarifkomitees nach Beendigung des Kampfes. Hier wiederholt sich auf organisatorischer Ebene, was sich in der VRA-Formulierung über den "langwierigen Kampf mit wechselnder Stossrichtung" auf der Ebene der Einschätzung des Kampfes andeutet. Umgeht die VRA dort die Stellungnahme zu diesem konkreten Kampf mit seinen konkreten Forderungen und Kampfformen, so lässt sie in der Frage der Komitees überhaupt unter den Tisch fallen, zu welchem konkreten Zweck und auf welcher konkreten gemeinsamen Grundlage die Menschen in diesen Komitees sich zusammengeschlossen haben.

Der Zweck des Zusammenschlusses in diesen Komitees war, die Rücknahme der Beschlüsse des Gemeinderats vom 13.12.1974 zu erreichen, und kein anderer. Die gemeinsame Grundlage des Zusammenschlusses von Menschen verschiedener politischer Richtungen in diesen Komitees war die Forderung nach Rücknahme dieser konkreten Beschlüsse, und nichts anderes.

Wenn mit der Beendigung des Kampfes zur Durchsetzung dieser Forderung dieser konkrete Zweck und diese konkrete Grundlage dieses Zusammenschlusses gegenstandslos wurden - wie hätten da die Komitees weiterexistieren sollen? Zu welchem Zweck und auf welcher Grundlage?

Die VRA meint: "als Selbsthilfekomitees gegen alle Anschläge auf die Interessen der Bevölkerung".
Dazu ist zu sagen: Erstens, dass diese Selbsthilfekomitees offensicht-

lich auch etwas anderes gewesen wären als die Tarifkomitees, die Tarifkomitees also auch nach dem Vorschlag der VRA aufgelöst gewesen wären und eine neue Art von Komitees an ihre Stelle getreten wäre. Das zum Vorwurf des "Liquidatorentums" an unsere Adresse.

Zweitens, dass die Selbsthilfekomitees nach dem Vorschlag der VRA keine Organisationsform sind, die dem Zusammenschluss der Massen für den Tageskampf wie für den Kampf um den Sozialismus dienen könnte. Für den Tageskampf um bestimmte Forderungen wären solche Komitees untauglich, weil sie von allen ihren Mitgliedern über den Gegenstand des konkreten Kampfs hinaus einheitliche Auffassungen zu allen Fragen des Klassenkampfes fordern müssten, um die Einheit im Komitee "gegen alle Anschläge auf die Interessen der Werktätigen" zu gewährleisten. Eine solche Einheit wäre praktisch nur unter den Kommunisten und ihrem engsten Sympathisantenkreis möglich. Alle anderen Menschen wären von diesen Komitees ausgeschlossen.

Oder diese Komitees wären ein Haufen ohne bestimmten Zweck und ohne jede festgelegte Gemeinsamkeit; Komitees nicht zur Durchsetzung bestimmter Forderungen, zu denen jeder Zugang hat, der diese Forderungen unterstützt, sondern ein Sammelbecken von unzufriedenen Menschen ohne bestimmtes Ziel, aus dem dann die Kommunisten "Kader für die revolutionäre Partei des Proletariats" fischen.

Für den Kampf um bestimmte Forderungen und nur in diesem Zusammenhang mit dem praktischen Klassenkampf wird es weiterhin zweckmässig sein, Organisationsformen zu finden und in der gegebenen Situation zu propagieren, die einen möglichst breiten, selbständigen Zusammenschluss der Massen um konkrete Forderungen des Tageskampfes ermöglichen: dort, wo die Hauptformen der Organisation für den Klassenkampf, die politische Partei der Arbeiterklasse und die Gewerkschaften, allein die Organisierung der breitestmöglichen Front zur Durchsetzung bestimmter Ziele in der konkreten Situation nicht gewährleisten können. Nie können jedoch diese Aktionskomitees und anderen Organisationsformen an die Stelle der Partei der Arbeiterklasse oder der Gewerkschaften treten. Die Aufgaben, die die VRA den "Selbsthilfekomitees" zuschreibt, würden aber darauf hinauslaufen, in ihnen über kurz oder lang einen solchen scheinbaren Ersatz dafür zu sehen.

G.St.

Zur Politik der Kommunisten in den parteilosen internationalistischen Komitees

Der Aufschwung der Kämpfe der Völker der Welt, insbesondere der 3.Welt, auf der einen Seite und die wachsenden Kriegsvorbereitungen v.a. der beiden Supermächte andererseits, stellen die Kommunisten verstärkt vor die Aufgabe, in der Arbeiterklasse und im Volk die Klarheit über die Ziele, Mittel und die Bedeutung dieser Kämpfe zu fördern und zu vertiefen.
Dieser Aufgabe sind die Kommunisten in Österreich insgesamt allerdings noch nicht gut gerecht, die günstigen Bedingungen dafür von ihnen schlecht genützt worden. Dies betrifft auch die Politik der Kommunisten in den parteilosen internationalistischen Komitees von der Art der Chile-Komitees und der Komitees Südliches Afrika. Die Kommunisten unterstützen die Herausbildung solcher internationalistischer Komitees, arbeiten in ihnen fraktionell mit und ergreifen in bestimmten Situationen auch selbst die Initiative zu deren Gründung, wenn sie der Entwicklung des Klassenkampfes förderlich sind und auf ausreichender Grundlage stehen oder darauf ausgerichtet werden können, konsequente Unterstützungstätigkeit zu entfalten.

Die Kommunisten arbeiten in diesen Komitees mit, weil dies ein ausgezeichnetes Mittel darstellt, die Klarheit und Einheit über die Ziele der kämpfenden Völker unter der österreichischen Bevölkerung zu fördern. Die parteilosen internationalistischen Komitees müssen daher Organe der Aktionseinheit der Massen darstellen, oder sie stellen gar nichts dar. In der bisherigen Arbeit der Kommunisten in den Komitees sind immer wieder Fehler aufgetaucht, die ein falsches Verständnis dieser Frage zur Grundlage hatten.

Das äußerte sich vor allem im Herangehen an die Frage, was notwendig an politischer Übereinstimmung ist, um in den Komitees mitzuarbeiten. Die Komitees setzen in ihrer Arbeit am konkreten Kampf in einem bestimmten Raum an. Sie versuchen, Menschen, die über diesen konkreten Widerspruch in Bewegung geraten, zu gewinnen und zu organisieren. Dabei wird ausgegangen werden vom nächsten Ziel des kämpfenden Volkes selbst. In Chile beispielsweise ist das der Sturz der Junta durch das Volk, in Azania und Zimbabwe der Sturz der rassistischen Kolonialregimes durch die afrikanischen Völker.

An politischer Übereinstimmung ist daher für die Mitarbeit in den Komitees notwendig, für die Beseitigung der Junta bzw. der Siedlerregimes einzutreten und dafür, daß die Völker dies schließlich nur gewaltsam erreichen können. Vielfach sind die Kommunisten in den Komitees für unzulässige Voraussetzungen eingetreten, die Menschen von der Mitarbeit ausschlossen, die zu gewinnen wären: So setzten sie sich im Indochinakomitee für den Passus: "Die Feinde der Völker Indochinas sind unsere Feinde" ein. Nun ist der Sozialimperialismus ein Feind der Völker Indochinas, darf aber die Einschätzung des Sozialimperialismus keineswegs Voraussetzung für die Mitarbeit im Indochinakomitee sein.

Beim Befreiungskampf gegen Kolonialismus, Rassismus und Imperialismus spielt das Recht der Völker auf Selbstbestimmung noch eine besondere Rolle, dessen Anerkennung eine Voraussetzung für die Mitarbeit in den

Komitees sein sollte; während für die antifaschistischen Komitees von der Art der Chilekomitees die uneinge schränkte Unterstützung des Widerstandes gegen die Junta Voraussetzung ist.

Die politische Grundlage der Komitees sollte in einer Plattform schriftlich fixiert sein. Diese soll alles einschließen, was als Minimum notwendig ist, um das Volk im Kampf für sein nächstes Ziel konsequent zu unterstützen. Sie soll andererseits nichts beinhalten, was dafür überflüssig ist und daher Menschen von der Mitarbeit ausschließen würde. Diese Plattform dient als Leitlinie zur Hestellung der Einheit im Handeln der Komitees, sie soll richtig und ausreichend sein. Es hat sich als günstig erwiesen, wenn die Plattformen sich auf die wichtigsten Teile und Dokumente des Kampfs der Völker beziehen, die deren nächsten Aufgaben festlegen. Das belegt allen am Kampf der Völker interessierten und dafür zu gewinnenden Teilen der Bevölkerung sehr gut, daß das Komitee sich auf den Standpunkt der kämpfenden Völker stellt; und weit besser als eigene Ausführungen der Komitees darüber.

Geht man die Sache aber so an, daß in die Plattform der Komitees Bedingungen aufgenommen werden, denen nur Kommunisten zustimmen können, endet man bald da, daß das Komitee praktisch nur einen Wurmfortsatz der kommunistischen Organisationen darstellt. Die Praxis des Chile-Komitees und des KSA in Wien zeigt, wie diese Gefahr im Keim erstickt werden kann.

Natürlich verzichten die Kommunisten in den Komitees in keiner Weise auf ihre Überzeugungsarbeit, darauf, darzulegen, daß der Kampf des Volkes Bestandteil der proletarischen Weltrevolution ist, und welche Perspektiven er hat; sie zwingen diese Ansichten den Nichtkommunisten in den Komitees allerdings nicht von vornherein auf.

Die Kommunisten treten in den Komitees stets für den Zusammenschluß der kämpfenden Völker ein. Falls es mehrere Organisationen gibt, die im Kampf für das Ziel Einfluß im Volk haben, unterstützen wir stets die Bestrebungen zur Einheit dieser Organisationen auf richtiger Grundlage, und in diesem Rahmen die konsequentesten Kräfte, unabhängig davon, ob sie bereits die führende Rolle im Kampf spielen oder nicht.

Oft haben die Kommunisten in den Komitees ein falsches und sektiererisches Verständnis von den Organisationen des Widerstandes hineingetragen. Die Kommunisten im KSA-Wien unterstützten sowohl in Angola als auch in Südafrika eine zeitlang nur eine einzige Organisation des gesamten Widerstandes. Diese Haltung widerspricht den Einigungsbestrebungen der Völker und schließt darüberhinaus Menschen von der Mitarbeit aus, die wohl den Kampf gegen den nächsten Hauptfeind unterstützen, aber nicht eine einzelne Organisation des Widerstandes.

Gegenüber dem eigenen Staat treten die Kommunisten in den Komitees dafür ein, daß sich das Komitee gegen alle seine Maßnahmen wendet, die direkt den Interessen des kämpfenden Volks widersprechen. Dabei darf aber ebenfalls nicht die umfassende Einschätzung dieser Maßnahmen und derer, die sie setzen, zur Voraussetzung gemacht werden, der ebenfalls nur Kommunisten beistimmen könnten.

Die Kommunisten entfalten im Rahmen der Arbeit in den internationalistischen Komitees eine fraktionelle Tätigkeit, die sie darauf ausrichten soll, den führenden Kern in den Komitees in politischer Hinsicht bilden zu können, und ihre kommunistische Überzeugungsarbeit gegenüber den nichtkommunistischen Komiteemitgliedern und in der Massenarbeit richtig durchzuführen. Bei alldem unterscheiden die Kommunisten in jeder Hinsicht scharf zwischen den Ansichten, die verbindlich sein müssen für die Mitarbeit im Komitee und ihren weit darüberhinausgehenden Ansichten, die sie aber keineswegs verbergen dürfen. Die Kommunisten setzen sich im Gegenteil gerade dafür ein, daß ein Grundprinzip der Zusammenarbeit in den Komitees die Freiheit der Agitation und Propaganda sein soll; denn nur auf Grundlage dieses Prinzips kann ausreichend über richtig und falsch in der Solidaritätsbewegung des Komitees diskutiert werden, und kann die Fraktion ihre Überzeugungsarbeit entfalten.

Neben dem, daß die Kommunisten Klarheit schaffen müssen über die politischen Bedingungen, die für die Mitarbeit in parteilosen internationalistischen Komitees gelten, müssen sie Klarheit schaffen über die Formen und Methoden der Unterstützungsarbeit. Das Komitee sollte seine gesamte politische und organisatorische Tätigkeit auf die Gewinnung breiter Teile der Bevölkerung ausrichten. Die entscheidende Bedingung für die konsequente Unterstützung des Kampfs der Völker ist daher die Massenarbeit, die Massenmobilisierung für das Eintreten für ihren Kampf, für seine politische und materielle Unterstützung auf richtiger Grundlage.

Die Kommunisten müssen dazu ständig ins Komitee Klarheit über die Bedingungen und den Charakter des Kampfes tragen. Es hat sich gezeigt, daß, falls das nicht geschieht, die spontane Bereitschaft zur Unterstützung von vielen Nichtkommunisten sich festläuft und versandet. Dabei ist es günstig, die Komiteemitglieder anhand der beispielhaften Erfolge der kämpfenden Völker bei der Massenmobilisierung für die Massenarbeit zu gewinnen. Die Einrichtung von Agitpropgruppen in den Komitees, die in verschiedenen Stadtteilen arbeiten, hat sich als gutes Mittel zur Ausrichtung der Komitees auf die Massenarbeit erwiesen, wobei jedes Komiteemitglied in einer Agitpropgruppe erfaßt sein sollte.

Die Fraktionen haben sich bisher in den internationalistischen Komitees nur ungenügend für die Entfaltung einer planmäßigen politischen Mobilisierungsarbeit eingesetzt. Die Komitees sind der Bevölkerung zum großen Teil nur mittels Agitationsständen auf belebten Plätzen gegenübergetreten, und auch diese Form wurde nicht kontinuierlich genützt. Es war bisher so, daß die Komitees den Massen eher als formlose Ansammlung von Einzelindividuen gegenübertraten. Dahinter steckte von Seiten der kommunistischen Fraktionen das Nichtvertrauen auf die Massen, darauf, daß sie sich kollektiv eine Meinung bilden können und für Ziele der kämpfenden Völker zu gewinnen sind.

Die Folge war auch bei einigen Komitees, daß es zeitweilig aus dem Blickwinkel geriet, neue Menschen zu organisieren. Um die Massenarbeit voranzubringen, müssen sich die Fraktionen erstens dafür einsetzen, daß die Komitees v.a. dort auftreten und arbeiten, wo sich der Meinungskampf unter den Massen gut entfalten kann. Dort, wo die Menschen auch untereinander die Fragen diskutieren können, die die Komitees hineintragen, ergeben sich die besten Bedingungen dafür, daß sie zwischen richtig und falsch unterscheiden und für die gerechte Sache Partei ergreifen. Dabei müssen die Strukturen sorgfältig untersucht und ausfindig gemacht werden, wo das möglich ist. Auf der einen Seite betrifft das Arbeits-,Ausbildungs-und Wohnplätze, auf der anderen Seite Vereine, Organisationen, Veranstaltungen und sonstige Treffpunkte, zu denen Menschen zusammentreffen.

Insgesamt müssen die Fraktionen sich dafür einsetzen, daß die Komitees dabei schöpferisch und phantasievoll vorgehen und die Vielfalt der Möglichkeiten richtig ausschöpfen lernen, die hier gegeben sind: in Wohnvierteln, Gewerkschaftsgruppen, sozialdemokratische und revisionistische Ortsgruppen, Sportvereinen, Pfarrgemeinden, Schulen, Studentenheimen, Vorlesungen etc.

Ein untergeordnetes, aber wichtiges Mittel zur Herstellung einer breiten Öffentlichkeit über die Kämpfe der Völker ist das Ausnützen bürgerlicher Medien. Leserbriefe, Radiosendungen, Artikel in Zeitungen, die sich den Anspruch stellen, die Kämpfe der Völker zu propagieren etc. sind alles Mittel, die bisher noch viel zu wenig ausgenutzt wurden.

Gerade in internationalistischen Fragen ist es oft nicht schwer, Menschen, die unter dem Einfluß bürgerlicher Organisationen oder bürgerlicher Führungen stehen, für den konsequenten Standpunkt in der Frage der Unterstützung der kämpfenden Völker zu gewinnen. Dabei finden die Fraktionen noch besonders günstige Bedingungen im Rahmen der Komiteearbeit vor. Viele bürgerliche insbesondere sozialdemokratische Organisationen sind bereit, ihre Mitglieder zu einer Veranstaltung des Komitees zusammenzurufen. Dabei können dann häufig leicht die Ansichten der Führer dieser Organisationen zur Frage der Unterstützungstätigkeit für die Völker unmittelbar vor Augen ihrer Mitglieder widerlegt werden.

Der Schwerpunkt bei solchen Auftritten muß darauf gelegt werden, gemeinsame Aktivitäten der Komitees mit Mitgliedern oder ganzen Teilen der bürgerlichen Organisationen, wie gemeinsamen Veranstaltungen, Ständen und Publikationen zu planen und durchzuführen. Beim Gewinnen von Mitgliedern sozialdemokratischer, revisionistischer und anderer Organisationen wird es von entscheidender Bedeutung gerade für die Fraktionen sein, die verbale und formelle Unterstützung der Führer gegenüberzustellen vor ihren Mitgliedern mit der Realität. Dabei treten die Kommunisten selbstverständlich in der Regel offen als Kommunisten auf und fördern die Diskussion um alle anderen Fragen des Klassenkampfs in einer für das Komitee zulässigen Weise.

Natürlich treten die Kommunisten dafür ein, daß sich die Komitees auch im nationalen Rahmen für die Einheit der Solidaritätsbewegung auf richtiger Grundlage einsetzen. Dabei ist es zweckmäßig, wenn von Anfang an die Zusammenarbeit mit Komitees in anderen Städten gesucht und gefördert wird,gemeinsame Aktivitäten durchgeführt werden, etc.
Im Zusammenhang damit beachten die Kommunisten auch in den Komitees den Grundsatz "Klarheit vor Einheit". Ein untrennbarer Bestandteil der Arbeit der Unterstützungskomitees sollte die öffentliche Auseinandersetzung mit falschen Ansichten in der Solidaritätsbewegung sein, eben um die Klarheit über deren Ziele in der österreichischen Bevölkerung zu vertiefen.

Eine zweite wichtige Voraussetzung, um Menschen für die Ziele der kämpfenden Völker zu gewinnen, ist das richtige Vermitteln von Kenntnissen, die sich die Komiteemitglieder aneignen müssen. Dem Auftreten der Komitees mangelt es noch häufig an Fleisch und Blut, Phrasen überwiegen gegenüber dem Überzeugen. Die Fraktionen müssen in den Komitees darauf dringen, daß ihre Mitglieder sich mit den Tatsachen des Lebens der kämpfenden Völker auseinandersetzen und in der Massenarbeit die Menschen anhand dieser Tatsachen überzeugen. Dabei muß insbesonders Wert darauf gelegt werden, den sozialen Inhalt der Befreiungskämpfe zu erklären lernen und nicht, wie bisher oft, sich allein auf die politische Seite als etwas Losgetrenntem zu beschränken.

Die Komitees versuchen anhand der Tatsachen zu überzeugen und den Meinungskampf darum zu fördern mit dem Zweck, Menschen aktiv in die Unterstützungstätigkeit einzubeziehen. Dabei müssen die Fraktionen lernen, das "Studieren und Propagieren" richtig mit dem "Organisieren" verbinden zu lernen. Auch dabei muß flexibler und phantasievoller vorgegangen werden als bisher. Nur die wenigsten Leute, mit denen das Komitee zusammenkommt, sind bereit, von vornherein, sofort und kontinuierlich mitzuarbeiten. Deshalb gibt es Formen zu entwickeln, über die die Menschen

an die regelmäßige politische Arbeit herangeführt werden können: Etwa die Mitarbeit an einer Broschüre zu einem bestimmten Thema, zu der man auf einer Komiteeveranstaltung auffordert, die Mithilfe zu einer Veranstaltung des Komitees, etc.

In der Organisationsstruktur der Komitees haben sich z.T. sektiererische Fehler eingeschlichen, die insgesamt darauf zurückgehen, daß die Kommunisten dafür eintraten, daß im Komitee nur solche Leute mitarbeiten könnten, die ständig "rund um die Uhr" mitarbeiteten. Hier muß flexibler vorgegangen werden. Man kann von der Mitarbeit in Komitees nicht von vornherein Leute ausschließen, die nicht bereit sind, einen Großteil ihrer Freizeit dem Komitee zur Verfügung zu stellen. Das darf allerdings auf der anderen Seite in keiner Weise Anlaß für liberalistisches Verhalten geben. Die Kommunisten setzen sich vielmehr ständig dafür ein, daß alle Komiteemitglieder nach ihren Kräften möglichst aktiv mitarbeiten.

Die Fraktionen müssen in den Komitees dafür eintreten, daß tatsächlich die gesamte Aktivität des Komitees ständig darauf ausgerichtet ist,bisher unorganisierte Menschen an die politisch organisierte Arbeit heranzuführen. Das Hineinziehen in praktische Tätigkeiten und als Voraussetzung deren politischer Inhalt diskutieren schafft dafür sehr gute Bedingungen. Um die verschiedenen internationalistischen Komitees gibt es heute bereits Dutzende Sympathisanten, an die man noch in keiner Weise herangetreten ist.

In der Massenarbeit ist es wichtig, daß die Fraktionen darauf dringen, daß die Komitees in gleicher Weise in die Breite wie in die Tiefe arbeiten. Arbeitet man nur in die Breite, vergißt man leicht darauf, die Menschen zu organisieren, arbeitet man nur in die Tiefe, gelangt man bald dahin, daß man sich nur mehr an die fortschrittlichsten Gruppen wendet. Erst wenn beides richtig miteinander verbunden, wenn gleichzeitig Kenntnisse vermittelt und der Meinungskampf gefördert wird,kann eine planmäßige und kontinuierliche Arbeit unter den Massen entfaltet werden, können einerseits die aufgenommenen Kontakte verbessert und vertieft und gleichzeitig neue Menschen erreicht und angesprochen, gewonnen und organisiert werden.

Die verschiedenen Fehler der Kommunisten bei der Mobilisierungs - und Organsierungsarbeit und bei der Herstellung einer breiten Öffentlichkeit in diesem Zusammenhang lassen sich insgesamt darauf zurückführen, daß in den Fraktionen selbst häufig nur der enge Kreis von Menschen gesehen wird, die man bereits erreicht hat, ohne alle die zu sehen, die man erreichen und gewinnen kann, wenn man die richtigen Mittel anwendet. "Auf die Massen vertrauen" bedeutet gleichzeitig, die Verbindung zu den Massen mit allen geeigneten Mitteln stärken, heißt für die kommunistischen Fraktionen, sie auch im Rahmen ihrer Arbeit in den parteilosen internationalistischen Komitees von der Notwendigkeit des Kampfs um den Sozialismus in Österreich zu überzeugen.

A.G.

Über die Wirtschafts und Finanzkrise der kapitalistischen Welt

von Kico Kapedani

Eine schwere Wirtschafts- und Finanzkrise hat alle kapitalistische Länder heimgesucht. Die Inflation wütet überall und hat drohende Ausmaße angenommen... Die von der Bourgeoisie als "Gesellschaft der Zukunft" gepriesene und in den Himmel gehobene sogenannte Konsumgesellschaft ist weiter nichts als eine morsche, in Verfall befindliche Gesellschaft, die die alten chronischen Gebrechen des Kapitalismus, die sie zu verschleiern versuchte, immer mehr bloßlegt.

ENVER HOXHA

Die gegenwärtige Krise als neue, schwere Erscheinung der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Ihre Kennzeichen und ihre politischen und sozialen Folgen. Inflation, Rückgang des Produktionstempos, wachsende Arbeitslosigkeit und Erhöhung der Lebenshaltungskosten - einige Besonderheiten dieser Krise.
Von Kico Kapedani

Die kapitalistische Welt steckt weiter in einer schweren und tiefen Wirtschafts - und Finanzkrise, die sich im Rahmen der allgemeinen Krise des Kapitalismus entwickelt. Die gegenwärtige Krise hat das kapitalistische System im allgemeinen und einzelne Industrieländer im besonderen, in erster Linie das Zentrum der Weltimperialismus, die USA, heftig erschüttert, sie entsteht in der Produktion und dehnt sich dann auf Bereiche wie Verteilung, Austausch und Konsum, Handel, Finanzen, Devisen, Börsen usw. aus.

Diese Erschütterungen betreffen nicht nur einfach die Wirtschaft und die Finanzen des kapitalistischen Weltsystems. Sie haben einen allseitigen politischen, gesellschaftlichen und militärischen Charakter, denn sie gehören zu den größten und schwersten seit Ende des II.Weltkrieges. Wie mehrere bürgerliche Wirtschaftsexperten festgestellt haben, geht die kapitalistische Welt raschen Schrittes einer Krise entgegen, die der der Dreißiger Jahre gleicht. Die amerikanische Wochenschrift "Business Week" schlug vor kurzem Alarm und gab zu, daß die "Staaten der kapitalistischen Welt heute mehr denn je vor der ernstesten Herausforderung seit den Dreissigerjahren" stehen. Das englische Wirtschaftsmagazin "The Economist" geht noch weiter. "Das wirtschaftliche Fiasko", heißt es dort, "ist in ungeahntem Ausmaß möglich. Der weltweite Bankrott ist heute nicht mehr nur eine Gefahr. Er hat bereits begonnen."

Die gegenwärtige Krise ist also nicht einfach eine gewöhnliche Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Sie ist durch den gleichzeitigen und stürmischen Ausbruch mehrerer großer Konflikte gekennzeichnet. Die von dieser Krise ausgelösten Erschütterungen haben den politischen Überbau des Kapitalismus derartig ins Wanken gebracht, daß ein Regierungskabinett nach dem anderen fällt, wodurch die Krise einen tiefen und allseitigen - politischen, ökonomischen und sozialen - Charakter annimmt. Die Wachablösungen der bürgerlichen Regierungen sind gleichzeitig ein erfolgloser Versuch, die Mißerfolge zu rechtfertigen, indem

die Schuld dafür auf einzelne Personen oder die von ihnen betriebene falsche Politk geschoben wird. Ausserdem soll dadurch vorgegaukelt werden, man könne nun aus der entstandenen Situation herausgelangen. Dazu werden allerlei Programme aufgestellt, Massnahmen geplant und ein grosses Geschrei wird erhoben. Versprechungen werden gemacht, daß man die Schwierigkeiten überwinden wird, wozu man vor allen Dingen die Massen der Werktätigen aufruft, den Gürtel enger zu schnallen und weitere Entbehrungen und Opfer auf sich zu nehmen.

Im September 1971 hat Genosse Enver Hoxha in einer seiner wichtigen Reden dazu Stellung genommen. Er sagte unter anderem: "Gegenwärtig ist innerhalb des Weltkapitalismus und besonders des amerikanischen Imperialismus die größte Krise seit Ende des 2.Weltkrieges ausgebrochen.. Es handelt sich um eine allgemeine ökonomische, politische, ideologische und militärische Krise aller kapitalistischen Staaten, ihrer Basis und ihres Überbaus. Es ist die Krise der Regimes und ihrer Bündnisse. Und sie hat eben erst begonnen, die Katastrophe wird noch folgen."

Die seitdem vergangenen drei Jahre haben diese Vorraussage bestens bestätigt. Sehr deutlich, unumstößlich und beweiskräftig hat Genosse Enver Hoxha den tatsächlichen Zustand der Krise, die die kapitalistische Welt erfaßt hat, den ganzen Prozeß ihrer zunehmenden Verschärfung und Vertiefung erneut behandelt und dargelegt.

In seiner Rede auf dem Treffen mit den Wählern des Wahlbezirks 209 von Tirana am 3.Oktober 1974 sagte er: "Seht, was auf der Welt geschieht! Eine schwere Wirtschafts- und Finanzkrise hat alle kapitalistischen Länder heimgesucht. Die Inflation wütet und hat drohende Ausmaße angenommen. Die Tresore der Großbanken leeren sich, die Schulden reichen bis zum Hals und Währungsspekulationen nehmen überhand. Auch die Arbeitslosigkeit wächst weiter an und die Preise steigen ununterbrochen. Die Lebenshaltungskosten haben sich erhöht und die Lage der werktätigen Massen verschlechtert sich ständig."

Die heutige kapitalistische Wirklichkeit ist bitter und düster. Die Wirtschaftsprognose kündigt für die kapitalistische Welt große Krisenstürme an. Diese Realität einer schweren und unaufhaltsamen Krise, die Basis und Überbau der kapitalistischen Welt ergriffen hat, zerreißt immer mehr die Maske der Rechtfertigungstheorien über den florierenden Kapitalismus, über den "Volks"kapitalismus, über den "demokratischen","humanitären" Kapitalismus, über die Konsumgesellschaft usw. Der wahre Kapitalismus hat seine Natur nicht im geringsten geändert. Er hat sich weder "verjüngt" oder"demokratisiert" noch ist er ein "Volks"kapitalismus geworden. Er bleibt Kapitalismus und kann deswegen nur durch die proletarische Revolution von dem Schauplatz der Geschichte hinweggefegt werden. " Die von der Bourgeoisie als 'Gesellschaft der Zukunft' gepriesene und in den Himmel gehobene sogenannte Konsumgesellschaft", sagte Enver Hoxha in seiner Rede vom 3.Oktober dieses Jahres ferner, "ist weiter nichts als eine morsche, in Verfall befindliche Gesellschaft, die die alten chronischen Gebrechen des Kapitalismus, die sie zu verschleiern suchte, immer mehr bloßlegt."

Einige wichtige Merkmale der gegenwärtigen Krise

Das starke Krisenfieber, das die kapitalistische Welt gegenwärtig schüttelt, ist nicht neu. Es ist weder ein zufälliges noch ein teilweises oder zeitweilige Fieber. Dieses Fieber ist nicht einfach ein Produkt der Energiekrise, wie es die imperialistischen Staats- und Monopolkreise hinstellen. Es handelt sich im wesentlichen um eine allseitige Krise, die nicht vom Erdöl oder vom Erdölboykott ausgeht, sondern die schon viel früher eingesetzt hat. Bereits seit Mitte der

Sechziger Jahre, aber ganz besonders seit Anfang der Siebziger Jahre machte sich eine allgemeine Ausflösung im kapitalistischen Währungssystem bemerkbar, als sich die Währungen aller kapitalistischen Länder im unaufhaltsamen Prozeß der freien Wechselkurse ineinander verzahnt hatten. Das Währungsfieber und die Spekulationen nahmen von Jahr zu Jahr zu und haben gegenwärtig einen Höhepunkt erreicht. Die Krise zeugt die Krise. Die Währungs- und Devisenkrise züchtete und entfachte das Spiel der Kurse. Diese Krise zeugte die Krise des Banksystems. Diese Krise wird seit dem vorigen Jahr noch von der Energiekrise begleitet.

Vor dem Ausbruch der Energiekrise waren die kapitalistischen Staaten, darunter auch die USA, von schweren chronischen Krankheiten befallen, wie Inflation, Arbeitslosigkeit und unaufhaltsamer Teuerung. Diese Erscheinungen sind jetzt noch krasser geworden und gehen gegenwärtig ihrer weiteren Vertiefung und Verschärfung entgegen.

Die augenblickliche Wirtschaft- und Finanzkrise des Kapitalismus weist einige Merkmale auf, die sich in wenigen Hauptrichtungen zusammenfassen lassen:

Erstens: Sie hat sowohl die Metropolen als auch die Peripherie des Kapitalismus, sowohl sein Herz als auch seine Glieder heimgesucht. Sie ist wie ein Virus in alle Zellen des kapitalistischen ökonomisch-gesellschaftlichen Lebens eingedrungen. Diese Krise "gedeiht" in dem "Treibhaus" der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Das Datum ihrer Geburt liegt ungefähr im Sommer vorigen Jahres. Sie zeichnet sich durch ihre Breite und Tiefe, durch die großen Ausmaße, die sie angenommen hat, und durch die verheerenden Auswirkungen in der ganzen kapitalistischen Welt aus. Alle strukturellen und konjunkturellen Faktoren dieser Welt wirken mit außerordentlicher Kraft und verursachen dadurch die Heftigkeit der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Konflikte im nationalen und internationalen Maßstab.

Zweitens: Ein weiteres Kennzeichen der gegenwärtigen Krise ist die Tatsache, daß die ganze kapitalistische Reproduktion in Mitleidenschaft gezogen ist. Es geht nicht mehr nur um eine einzige Krise, sondern um einen ganzen Komplex von Krisen. Neben der Industrie- und Agrarproduktionskrise wirken mächtig auch andere Krisen, so die Energiekrise, die Währungskrise, die Rohstoff"not" usw. Noch keine zwei Jahre sind seit der letzten Überproduktionskrise vergangen, die die kapitalistischen Industrieländer heimgesucht hatte, und schon gleiten sie erneut wieder in den Abgrund der Depression. Diese Länder stehen heute vor dem Dilemma, auch die Ergebnisse der kurzen Atempause der Jahre 1971-1973 wieder einzubüßen, als die Industrieproduktion zu einer zeitweiligen Blüte gelangt war.

Für den gegenwärtigen Moment ist es kennzeichnend, daß die Prozesse der Depression, die das kapitalistische Weltsystem getroffen haben, gleichzeitig und auf gemeinsamer Bahn mit der Inflation, der Energie"not", den Währungserschütterungen, dem Sturz der Aktienkurse, dem Bankrott von kapitalistischen Banken und Firmen und anderen Erscheinungen dieser Art verlaufen. Das alles verschlechtert die Lage noch mehr und verleiht dieser Krise immer mehr die Merkmale der Krise der Jahre 1929 - 1933.

Drittens: Ein kennzeichnendes Merkmal der heutigen kapitalistischen Wirtschaft ist ihre Zick-Zack-Entwicklung und der sich anbahnende Rückgang ihres Entwicklungstempos. Es wird bald das niedrigste gegenüber jedem Vergleich sein. Die optimistischste Prognose der Konjunkturforscher sieht eine Stagnation der kapitalistischen Wirtschaft voraus. Der wirtschaftliche Stillstand und Rückgang macht sich in den USA, in Italien, Japan, England,Westdeutschland und in anderen kapitalistischen

Ländern bemerkbar.

Viertens: Die Krisen äußern sich heute oft in Form von Währungskrisen, von Inflation und Preiserhöhungen, das heißt, sie brechen eher in der Zirkulationssphäre aus, obwohl ihr Ursprung in der kapitalistischen Produktion liegt. Von der Zikulationssphäre schlagen sie sich auf die Produktionssphäre nieder, wobei sie sich im Prozeß der kapitalistischen Reproduktion miteinander verflechten und bei der letzteren neue Disproportionen verursachen. Das hängt mit der beherrschenden Stellung des Finanzkapitals zusammen, mit dem Anwachsen der beherrschenden Position der Banken und des Bankkapitals, mit der Verstärkung der beherrschenden Stellung der imperialistischen Finanzoligarchie, mit dem starken Anwachsen des Kapitalexports und allen seinen Folgen, weiter mit dem Ausbau der kapitalistischen Kreditverhältnisse, mit der Erweiterung der "Hilfen", mit der Finanzierung von Kriegen und Aggressionen in verschiedenen Ländern der Welt, mit den kapitalistischen Spekulationen auf den internationalen imperialistischen Märkten usw.

Fünftens: Eine weitere Besonderheit der Krisen der heutigen Zeit ist ihr sofortiges Übergreifen von einem kapitalistischen Land auf ein anderes, von einem Wirtschaftszweig auf einen anderen, von der Produktions- auf die Zirkulationssphäre und umgekehrt - all das wird durch die wechselseitigen Verbindungen,Verflechtungen und Abhängigkeiten und die zwischenstaalichen Beziehungen im Schoße des kapitalistischen Weltsystems bewirkt.

Sechstens: In der konvulsiven zyklischen Entwicklung des heutigen Kapitalismus im allgemeinen und in einzelnen Ländern im besonderen übt das amerikanische Wirtschaftssystem durch seine beherrschende Stellung im kapitalistischen Weltsystem und seine Rolle als Weltgendarm gegen die Freiheitund Unabhängigkeit der Völker sowie als "Gläubiger" der Vasallenländer einen starken negativen Einfluß aus.

Siebentens: Auf die Bahn der heutigen Krise sind auch, besonders infolge der Spekulationen mit den Preiserhöhungen, die sowjetischen Sozialimperialisten geraten. Sie nützen die Schwierigkeiten der anderen Länder, besonders der RGW-Mitglieder aus, um mit ihren eigenen Sorgen fertigzuwerden und sie wirtschaftlich und politisch zu unterwerfen. Allgemein bekannt sind inzwischen die Spekulationen der Moskauer Herren mit Erdöl und Erdgas auf dem Weltmarkt, ihre Kontrolle über die Vorkommen von seltenen Metallen wie Uran und Titan in den Satellitenländern, der Kauf von Rohstoffen aus den Entwicklungsländern zu sehr niedrigen Preisen und der Verkauf ihrer eigenen Industrieerzeugnisse an diese Länder weit über den Weltmarktpreisen.

Die RGW-Staaten sind bei Rohstoffen, Treibstoffen, Grundstoffen, Maschinen, Ausrüstungen usw. vollständig von der sowjetischen Metropole abhängig. So stammt 90% des tschechoslowakischen Imports an Rohöl, Eisenerz und Buntmetallen aus der Sowjetunion, ebenso 80% des eingeführten Brotgetreides, 60% der eingeführten Baumwolle und über 50% der eingeführten Menge an Schwefel und verschiedenen Phosphoriten. Aus einer solchen Abhängigkeit entspringen selbstverständlich nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Folgen.
Veröffentlichten Angaben zufolge, benötigen die Staaten Osteuropas von 1980 an etwa 150 Millionen Tonnen sowjetisches Erdöl im Jahr, die Moskau als Gegenleistung für die Kapitalinvestitionen dieser Länder zur Erschließung und Ausbeutung der Erdölfelder in Sibirien liefern wird. Das bedeutet aber, daß diese Länder ihre eigene Akkumulation für die inneren Investitionen verringern müssen und diese Mittel den sowjetischen Sozialimperialisten zur Verfügung stellen sollen, andernfalls werden sie die Erdöl"not" zu spüren bekommen.

Die sowjetischen Sozialimperialisten beschaffen sich durch Spekulation sehr wichtige Produkte wie NE-Erzkonzentrate, langfaserige Baumwolle, Naturkautschuk, Pflanzenöle, Baumwolltextilien, Reis usw. Wie aus Statistiken hervorgeht, hat die Sowjetunion von 1960 bis 1971 von den unentwickelten Ländern für 1,7 Milliarden Dollar Kautschuk und für 1,6 Milliarden Baumwolle zu sehr niedrigen Preisen erhalten. Von 1973 bis 1980 müssen die Nah-Ost-Länder der Sowjetunion die Schulden und andere Handelsverpflichtungen durch Erdöllieferungen zu einem Preis abgelten, der 20% unter dem Weltmarktpreis liegt. Gleichzeitig verkauft sie das Erdöl den Satellitenländern zu erhöhten Preisen weiter.

Mit solchen Methoden wetteifern die sowjetrevisionistischen Imperialisten mit den amerikanischen Imperialisten um "freie" Märkte für Kapitalinvestitionen, für den Absatz ihrer Waren und für die Plünderung von Rohstoffen zu niedrigen Preisen. Im Rahmen dieses Wettbewerbs teilen die beiden Supermächte die Welt unter sich auf und bestimmen ihre wirtschaftliche Entwicklung.

Rückgang des Produktionstempos

Der Rückgang des Produktionstempos ist beinahe für alle kapitalistischen Industrieländer kennzeichnend. In den USA ging die Industrieproduktion im zweiten Vierteljahr des laufenden Jahres um 8,8 % zurück, was den stärksten Produktionsrückgang der letzten 7-8 Jahre darstellt. In einem amerikanischen Nachrichtenmagazin hieß es vor kurzem: "Die Wirtschaftslage des Landes hat sich in letzten Jahren verschlechtert. Sie ist schlechter als man gedacht hatte. Es bestehen alle Voraussetzungen für einen weiteren Rückgang des Entwicklungstempos der Wirtschaft."

In der Wirtschaft Englands gab es ebenfalls längere Stillstandsperioden, die in den letzten Jahren in einem spürbaren Rückgang des Produktionstempos übergegangen sind. Der Anteil der Industrieproduktion Englands an der industriellen Gesamtproduktion der kapitalistischen Welt ist von 9,3% Anfang der sechziger Jahre auf gegenwärtig unter 6,5% gesunken, was einem Rückgang von über 30% entspricht.

Mehrere Zweige der westdeutschen Wirtschaft, darunter die Metall-, die Chemie-, die Autoindustrie usw., verzeichneten im ersten Halbjahr des laufenden Jahres einen Rückgang von 2,1% im Vergleich zum Zeitraum des Vorjahres.

Der Rückgang des Produktionstempos ist seinerseits nach wie vor von der chronischen Nichtauslastung der Produktionskapazitäten begleitet, diesem Kennzeichen der kapitalistischen Produktionsweise. Wie die bürgerliche Presse selbst zugibt, "wurden die Produktionskapazitäten der Produktionsmittel herstellenden Industriezweige in den USA,Englands, der BRD und anderswo in den letzten 2-3 Jahren nur zu 3/4 ausgelastet." Ein amerikanischer Senator erklärte vor kurzem in einem Fernsehinterview:"Wir erleben gegenwärtig auch einen starken Rückgang. Wir machen nicht einfach eine Fieberkrisis durch, sondern wir sind zur Paralyse verurteilt. Eines ihrer Symptome ist auch der Rückgang des Produktionstempos."

Nach den sechziger Jahren, besonders zu Beginn ihrer zweiten Hälfte, fällt die Tendenz auf, daß sich die Wirtschafts- und Finanzpositionen der USA auf dem kapitalistischen Wetmarkt abschwächten, während sich ein gewisser"Aufstieg" ihrer Rivalen zeigte. Stellten die USA im Jahr 1955 52% der Industrieproduktion der kapitalistischen Welt

her, so waren es 1960 nur noch 47%, 1972 sogar weniger als 43%. Infolge des objektiven Gesetzes der ungleichmäßigen wirtschaftlichen und politischen Entwicklung des Kapitalismus wirkte sich dieser Rückgang des Anteils der USA an der kapitalistischen Industrieproduktion zugunsten einer relativen Zunahme des Anteils der anderen kapitalistischen Länder aus. Wie W.I. Lenin gesagt hat, wird in der Epoche des Imperialismus die Entwicklung der kapitalistischen Länder "nicht nur im allgemeinen immer ungleichmäßiger, sondern die Ungleichmäßigkeit äußerst sich auch im besonderes in der Fäulnis der kapitalistischen Länder."(1). Das Leben hat vollkommen bewiesen, wie richtig diese Schlußfolgerungen sind.

Betonter Anstieg der Inflation

Die Inflation ist eines der schwersten Gebrechen des Kapitalismus und einer der hauptsächlichen Aspekte seiner Witschafts- und Finazkrise. Infolge der Inflation sind die Kanäle der Währungszirkulation mit großen Geldmengen verstopft. Die Ursache davon ist das chronische Defizit der Staatshaushalte, das in erster Linie eine Folge der Rüstungsausgaben ist. Die Verstopfung der Kanäle der Währungszirkulation verursacht ihrerseits Preissteigerung, die eine weitere Erscheinung der heutigen Krise des Kapitalismus ist.

Für die Zeitspanne 1971-1973 ist die Gesamtmenge der Zrikulationsmittel in den kapitalistischen Industrieländern 2,5 mal größer als der Jahresdurchschnitt des nationalen Sozialproduktes oder als der Bedarf der inneren Zirkulation.

Im Vergleich zu Zeitspanne 1966-1970 war die Inflation für einige kapitalistische Länder im Jahre 1973 folgendermaßen angestiegen: in den USA um etwas 5o% (in den USA ist die umlaufende Geldmenge in den letzten fünf Jahren um über 40% gewachsen, während sich der Warenumsatz im Einzelhandel nur um 5-6% erhöht hat), in Frankreich um etwa 60%, in Kanada um 47%, in Japan um 25%, in Italien um 29%, in England um ca.4mal usw. "Es ist für die USA unmöglich, die Inflation aufzuhalten oder zu verlangsamen", erklärte vor kurzem der amerikanische Finanzminister Simon.

Die Inflation ist zu einer Funktion des kapitalistischen Reproduktionsprozesses geworden. Ihre Wurzeln liegen in erster Linie in der Herrschaft der Monopole. Die Konzern- und Trustgiganten diktieren mit ihren beherrschenden Stellungen auf dem kapitalistischen Markt ständig steigende Monopolpreise. Ihre Einmischung in den Prozeß der Preisregelung auf den kapitalistischen Märkten ist gegenwärtig zu einer allgemeinen Politik geworden. Sehr klar zeigt sich diese räuberische Politik in der großen Preissteigerung bei Erdölprodukten.
Ursache der Inflation ist auch die Militarisierung der Wirtschaft und die aggressive und kriegstreiberische Politik des Imperialismus. Die unmittelbaren Kriegsausgaben der kapitalistischen Länder überstiegen im Jahre 1973 115 Milliarden Dollar, etwa 83 Milliarden Dollar davon fallen auf die USA. Betrug der Anteil der USA an der Truppenstärke der kapitalistischen Industrieländer im Jahre 1966 45,2% und an den unmittelbaren Rüstungsausgaben dieser Länder 69,4%, so stieg dieser Anteil im Jahre 1973 auf 49,5% bzw. auf über 75%.Die imperialistischen Rüstungsausgaben erreichen immer neue Rekordsummen. Der aggressive Nato-Block gab 1973 ungefähr 16 Milliarden Dollae mehr als 1970 aus. Der US-Senat billigte im laufenden Jahr etwa 86 Milliarden Dollar für Kriegszwecke; die USA haben damit den größten Rüstungs-

haushalt ihrer 198jährigen Geschichte.Diese Ausgaben und das daraus folgende Haushaltsdefizit bewirken einen parasitären Konsum, den der kapitalistische Markt nur dadurch decken kann, daß immer mehr entwertetes Geld in Umlauf gesetzt und die Inflation maßlos gesteigert wird.(2)

Der starke Anstieg der Inflation und die Verzerrung des Zyklus der kapitalistischen Reproduktion als unmittelbare Folge der Militarisierung der Wirtschaft und der zunehmenden imperialistischen wirtschaftlichen und militärischen Expansion verursachen laufend die Erhöhung der Arbeitslosigkeit und die weitere Verelendung der breiten Massen der Wertätigen in diesen Ländern, in erster Linie in den kapitalistischen Industrieländern.

Unaufhaltsame Preisteigerungen

Parallel zur großen Inflation fällt in allen kapitalistischen Ländern, in erster Linie in den Industrieländern, eine unerhörte Preissteigerung auf dem Binnenmarkt, besonders im Einzelhandel sowie auf dem kapitalistischen Weltmarktauf. Nach Meldungen und Angaben der bürgerlichen Presse selbst brach die Preissteigerung wie ein unaufhaltsamer Sturm ausnahmslos im gesamten kapitalistischen System aus und überstieg die von den bürgerlichen Wirtschaftsexperten und Geschäftskreisen vorausgesagten Grenzen.

Die starke Preissteigerung hat besonders das Zentrum des Weltimperialismus, die USA, betroffen. Auf einer Tagung des Ausschusses des Abgeordnetenhauses des US-Kongresses für Finanzfragen über dieses Problem sagte der amerikanische Finanzminister William Simon, daß "die USA gegenwärtig die größte Teuerungsperiode ihrer Geschichte durchmachen" und daß "sie sich so fest in der Wirtschaft des Landes verwurzelt hat, daß der Prozeß ihrer Milderung langund schwierig sein wird."

Um das Ausmaß der Preissteigerungen in den kapitalistischen Ländern festzustellen, braucht man die Preisunterschiede nicht mehr über eine relativ längere Zeitspanne hinaus, z.B. über 3,5 oder mehr Jahre zu vergleichen; denn dort steigen die Preise rapide, monatlich, täglich. Sie steigen jetzt von einer Zeitspanne zur anderen nicht mehr um 2, 3, 5 oder 7 Prozent, sondern um ein Vielfaches.

Die Höhen, die die Preissteigerungen erreichen, sind nicht mehr "nicht beunruhigend" für die innere und äußere kapitalistische Wirtschaftskonjunktur, sondern sind bereits so gewaltig, daß die kapitalistische Wirtschaft diese Steigerungen bis in die Knochen spürt und sich daraus unmittelbar schwere Folgen für die Arbeiterklasse und die breiten Massen der Werktätigen ergeben. Sie tragen soziale Konflikte und die antagonistischen Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft, besonders den Grundwiderspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privatkapitalistischen Form der Aneignung, in sich.

In der Zeitspanne September 1972 - September 1973 sind die Einzelhandelspreise für Industrieerzeugnisse in einigen kapitalistischen Ländern folgendermaßen gestiegen: 13% in den USA, 13,5% in Japan, 19,4% in Kanada, 28% in Italien usw. Die Rohstoffpreise in diesen vier Ländern sind in der Vergleichsperiode im Durchschnitt um 3o - 47 % gestiegen. Von September 1973 bis September 1974 stiegen die Preise in diesen Ländern aufdas Doppelte an.

Im ersten Halbjahr des laufenden Jahres waren die Preise für die Gebrauchsgüter in den USA viermal höher als im Jahre 1972. Im Monat Juli lagen dort die Preise der Massenbedarfsgüter im Vergleich zum Juni im Schnitt um 14% höher. Mieten waren um 11,6% gestiegen. Arztkosten um etwa 10%. In Italien kosteten Teigwaren, das wichtigste Nahrungsmittel des italienischen Volkes, im August dieses Jahres 30% mehr als im August des vorigen Jahres. In Japan ist Reis, das wichtigste Nahrungsmittel des Volkes dieses Landes, in der letzten Zeit um 32% gestiegen.

Beträchtlich erhöht haben sich die Preise von Zucker, Fleisch, Speisefetten, Agrarprodukten, verschiedenen Dienstleistungen, darunter besonders die Preise für Heizung, ärztliche Versorgung,Medikamente, Bekleidung usw. Es gibt keine Ware in den kapitalistischen Ländern, deren Preis nicht ständig steigt.

Einen betonten Preisanstieg erfuhren die Import- und Exportwaren in den kapitalistischen Ländern. Auf dem kapitalistischen Markt herrscht bekanntlich im allgemeinen das System der spontanen Preisbildung, durch das Wechselkurse entstehen, die den ständigen Schlägen der Währungs- und Finanzkrise ausgesetzt sind.

Sehr stark steigen die Preise der verarbeiteten Güter, so Stahlsorten, verschiedene Röhren, Maschinen, verschiedene Instrumente, Ausrüstungen für die Energieindustrie, Fahrzeuge, Elektrogeräte, Erzeugnisse der Petrochemie usw. Auch die Preise für die verschiedenen landwirtschaftlichenErzeugnisse erhöhten sich sehr und zwar für Nahrungsmittel und nicht eßbare industriell verarbeitete Produkte, so Zucker, Speisefette, Leder wie auch für andere Agrarerzeugnisse, wie Baumwolle, Getreide, Kaffee etc. Die Preise für Stahlsorten steigen in einem Jahr auf das 3,4 fache an, für Stahlröhren auf über das Dreifache, für Profileisen auf das 2,3fache, für Schwarzblech auf das 2,2fache, für Zinkwalzgut auf das 5,4fache, für Schweißelektroden auf das 2,4fache, für Nylonfaser auf das Doppelte, für Leder auf über das 4,5fache, für Zucker auf das 3,4fache, für Speisefette auf über das Doppelte, für Kaffee auf das 1,7fache, für Weizen auf das 1,7fache etc.

Auf den internationalen kapitalistischen Märkten steigen die Preise so rapide, daß ein Ende nicht abzusehen ist. Dabei bemühen sich die Monopolisten aber, aus dieser Situation Höchstprofite herauszuschlagen, wozu sie Großspekulationen auf Kosten der werktätigen Massen und auch ihrer eigener Partner unternehmen.

Die Erdöldynastien der USA und die mit ihnen verbundenen Monopole bemühen sich nach wie vor, die Energiekrise in ihrem Interesse auszunutzen, indem sie die Preise der Erdölprodukte erheblich steigern und auf dem Erdölmarkt der kapitalistischen Welt Panik hervorrufen. Sie bemühen sich, dies auch auf andere Bereiche des Austausches auszudehnen, indem sie hohe, dengesellschaftlichen Produktionskosten nicht im geringsten entsprechende Monopolpreise diktieren. Das tun sie, um Profite einzuheimsen,aber auch um mit ihren Rivalen zu konkurrieren.

Mit der Zahl der Arbeitslosen steigen die Lebenshaltungskosten

In vielen kapitalistischen Ländern nimmt die Zahl der Arbeitslosen zu und hat seit Jahren nicht dagewesene Ausmaße erreicht.

In den Vereinigten Staaten von Amerika bilden die Arbeitslosen 6,5% der arbeitsfähigen Bevölkerung des Landes. In den Armenvierteln, wo 29 Millionen Menschen wohnen, machen die Arbeitslosen sogar 7% der arbeitsfähigen Bevölkerung aus. Unter den Schwarzen beläuft sich der Anteil der Arbeitslosen auf 10,8% der arbeitsfähigen Bevölkerung und unter den Jugendlichen dieser Viertel auf 18,8%. In England gibt es 900.000 Arbeitslose; man rechnet, daß die Arbeitslosenzahl bald eine Million erreichen wird. Der jüngste Wahlsieg der Labour Party wird diese Situation nicht lindern. In der BRD, die von bürgerlichen Kreisen als das Land ohne Arbeitslosigkeit betrachtet wurde, zählt man gegenwärtig über 900.000 Arbeitslose. Allein in der ersten Septemberhälfte wurden dort 50.000 ausländische Arbeiter entlassen.In Italien, dem stärksten Exporteur von Arbeitskräften in der kapitalistischen Welt, arbeitet nur jeder dritte Bürger und gibt es heute ein Heer von etwa 1 Million Arbeitslosen.

Durch die zunehmende Inflation und Arbeitslosigkeit und besonders die ständige Preissteigerung für Massenbedarfsgüter und Dienstleistungen nehmen die Lebenshaltungskosten ununterbrochen zu. Im Jahr 1973 lager die Lebenshaltungskosten in den kapitalistischen Industrieländern 3,5 mal höher als 1950, in den letzten 10 Jahren ist diese Kennziffer in England um 73 Prozent gestiegen, in Spanien um 104 Prozent, in Italien um 57 Prozent, in Kanada um 46 Prozent, in den USA um 45 Prozent, in Frankreich um 70 Prozent, in der BRD um 43 Prozent, in Japan um 80 Prozent usw.

Unsere sozialistische Wirtschaft kennt solche Phänomene, die ständige Weggefährten des Kapitalismus sind, nicht. Sie entwickelt sich planmäßig, in raschem und beständigem Tempo und proportional. Sie dient unmittelbar den Lebensinteressen der werktätigen Massen und der ständigen Hebung ihres Lebensniveaus. "Bei uns - sagte Genosse Enver Hoxha in seiner Rede am 3.Oktober dieses Jahres - werden diese Dinge nie vorkommen".

Es ist eine Tatsache: Während in der kapitalistischen Welt die Preise in die Höhe klettern, sind sie in Albanien überhaupt nicht gestiegen. Die Preise sind stabil und werden vom sozialistischen Staat planmäßig festgesetzt. Dies gilt sowohl für die Massengebrauchsgüter, die im Lande hergestellt werden, als auch für die Konsumgüter, die wir zu den gestiegenen Weltmarktpreisen einführen müssen. Diese Preiserhöhung der eingeführte Waren fängt der Staat auf, sodaß die Konsumenten sie nicht zu spüren bekommen.

Um jedoch die Auswirkungen, die sich durch die Aussenhandelsbeziehungen zu den kapitalistischen und revisionistischen Ländern für unsere Wirtschaft ergeben, erfolgreich zu bewältigen, besonders was die Importpreise und die Gewährleistung der vorgesehenen Lieferungen betrifft, forderten die Partei und die Regierung die werktätigen Massen unseres Landes auf, die Anstrengungen für die Erfüllung und Übererfüllung der Planaufgaben in allen Positionen zu verstärken, den Export zu steigern und den Import zu verringern sowie in jedem Bereich das Sparsamkeitsregime weiter und allseitig zu festigen. Die werktätigen Massen verstehen diese Aufgabe richtig und haben ihre Mobilisierung und kämpferische Begeisterung bei der Arbeit in allen Bereichen und Sparten der Volkswirtschaft gesteigert.

(1) Lenin, Werke, Bd. 23, deutsche Ausgabe, S.306.
(2) Die jüngsten von Präsident Ford dem Kongress vorgeschlagenen antiinflationistischen Maßnahmen wurden mit Mißtrauen und Skepsis aufgenommen: sie treffen die werktägigen Massen und die Mittelschichten, lassen jedoch das monopolistische Großkapital ungeschoren.

Dieser und der folgende Artikel sind der Zeitschrift "Albanien heute" entnommen, in der sie im November/Dezember 1973 und im November/Dezember 1974 veröffentlicht wurden. Wir drucken sie ab, um dadurch die öffentliche Debatte und Auseinandersetzung über den Charakter und die Besonderheiten der Krise, die das kapitalistische System gegenwärtig durchmacht, zu fördern und ihr einen konkreten Bezugspunkt zu geben.

Aderlass des kapitalistischen Währungssystems

von Aleko Haxhi

Die gegenwärtige Währungs- und Finanzkrise ist Ausdruck der Natur des weltweiten kapitalistischen Systems, Folge der ungeheuren Widersprüche der modernen kapitalistischen Gesellschaft. Diese Studie beschäftigt sich mit einigen Aspekten der Krise. Sie behandelt die verzweifelten Versuche, aus der gegenwärtigen Lage herauszugelangen, weist darauf hin, daß neue Konflikte unweigerlich entstehen müssen und begründet die These, daß sich die gegenwärtige Währungskrise auf dem Boden der allgemeinen Krise des Kapitalismus entwickelt.

Die Währungskrise in der Welt des Kapitals vertieft und verschärft sich immer mehr, klarster Beweis dafür ist die Tatsache, daß der amerikanische Dollar in verhältnismäßig kurzer Zeit, d.h. innerhalb von vierzehn Monaten, zweimal offiziell abgewertet wurde, diese Abwertungen störten das bestehende Gleichgewicht im kapitalistischen Währungssystem, führten zum Zusammenbruch offiziell festgelegter Verhältnisse und Grenzen des Währungsumtausches und riefen Unordnung und Stagnation hervor, die heute die Währungsverhältnisse zwischen den kapitalistischen Ländern als unausbleibliche Erscheinungen ihres Lebens kennzeichnen, inzwischen wirken diese Erscheinungen zu bestimmten Zeiten unter dem Einfluß von politischen und wirtschaftlichen Faktoren, mit außerordentlicher Kraft und verursachen starke Erschütterungen, mit unberechenbaren verheerenden Folgen.

Die gegenwärtigen, durch die Dollarkrise verursachten Währungserschütterungen - beispiellos in Ausmaß und Tiefe - sind genau dieser Art. Sie erfordern tiefgehende Strukturveränderungen oder brachten diese hervor, da durch sie die Stabilität des kapitalistischen Währungssystems in seinen Grundfesten erschüttert wurde.

Chronische Instabilität

Von welcher Art Währungsstabilität kann in der kapitalistischen Welt schon die Rede sein? Natürlich nur von einer relativen Stabilität, gemessen an den konkreten historischen Bedingungen. Einst, vor der allgemeinen Krise des Kapitalismus war das Gold als Währung das einzige internationale Zahlungsmittel. Damals zirkulierte das Gold frei sowohl im Innen- als auch im Außenhandel der kapitalistischen Länder.
Die Währung eines jeden Landes konnte unbeschränkt in Gold umgetauscht werden und vice versa. Deshalb regelten sich die Bedürfnisse des Wirtschaftsumsatzes damals automatisch und spontan durch die Thesaurierung und Dethesaurierung des Goldes (d.h. indem das Gold in Umlauf gesetzt bzw. aus dem Umlauf gezogen wurde). Auf dieser Basis bewahrten die verschiedenen Währungen ihre relative Stabilität. "Relative Stabilität" deshalb, weil sie nur im Verhältnis zum Goldwert vorhanden war. Es

blieb immerhin noch der Weg über die Preise, und Preisschwankungen bringen natürlich dauernd Änderung der Kaufkraft der jeweiligen Währungen mit sich. Darum konnte eine Währung auch unter den Bedingungen der kapitalistischen Blüte keine absolute Stabilität besitzen. Dies ist nur innerhalb der geplanten sozialistischen Wirtschaft möglich, da es dort kein freies Spiel des Handels gibt.

Solange das Gold uneingeschränkt alle Währungsfunktionen erfüllte (Wertmesser, Zirkulationsmittel, Zahlungsmittel, Thesaurierungsmittel usw.), galt auch das sogenannte klassische Goldstandardsystem. Mit dem Beginn der allgemeinen Krise des Kapitalismus aber, war es auch mit der Gültigkeit dieses System ein für allemal zu Ende. Im Binnenmarkt der einzelnen Länder konnte das Gold zu Währungszwecken nicht immer frei zirkulieren. Es verlor so die Rolle des spontanen Regulators der Geldzirkulation, war nicht länger das Mittel, das das Gleichgewicht zwischen den Geldbedürfnissen des wirtschaftlichen Umsatzes und der Geldmenge, die diesem Umsatz dienen sollte, regelt. Darüber hinaus verringerte sich auch im Außenhandel, auf dem Gebiet der internationalen Zahlungen die Verwendungsmöglichkeit des Goldes immer mehr. Neben dem Gold benutzte man für internationale Zahlungen mehr und mehr auch stabile, in Gold konvertierbare Währungen.

Nach dem zweiten Weltkrieg wurde der amerikanische Dollar zur führenden Währung für internationale Zahlungen. Auf Beschluß der internationalen Konferenz von Bretton-Woods wurde er zur wichtigsten Reservewährung bestimmt. Der Dollar erhielt diese Position unter anderem auch deshalb, weil Amerika den überwiegenden Großteil der Goldreserven der kapitalistischen Welt besaß und das einzige Land war, das im Rahmen zwischenstaatlicher Währungsbeziehungen, die durch Zentralbanken geleitet wurden, Dollars entsprechend dem bestehenden offiziellen Kurs uneingeschränkt in Gold tauschen konnte. Das allgemeine Vertrauen zum Dollar war so gesichert. Im Laufe der allgemeinen Krise des Kapitalismus, hat so das Währungssystem zwar seine Natur unverändert behalten, aber dennoch Veränderungen erfahren. Neben dem Gold und auf seiner Basis begannen verschiedene Währungen, in erster Linie der amerikanische Dollar, eine immer größere Rolle zu spielen. Dieses System ist als Golddevisenstandard bzw. als Golddollarstandard bekannt, da der Dollar die wichtigste Währung bei internationalen Zahlungen ist. Dieses System, ein Produkt der allgemeinen Krise des Kapitalismus enthält alle Voraussetzungen für eine fortwährende Vertiefung dieser Krise. Dies zeigt die Geschichte der Währungskrise der Nachkriegszeit klar und deutlich. Beim Golddevisenstandard gerät die Währung eines Landes in Abhängigkeit zu der eines anderen Landes, sowie beispielsweise jetzt die Währungen der kapitalistischen Länder vom amerikanischen Dollar abhängig sind. Die Dollarreserven, die die verschiedenen kapitalistischen Länder besitzen, sind gleichzeitig Schulden der USA bei diesen Ländern. Wenn der Schuldner seinen Verpflichtungen nicht nachkommt bzw. konkret die Anleihe allein in Gold nicht getilgt werden kann, so entsteht eine Krisensituation. Dies war (und ist auch jetzt wieder) in den Beziehungen zwischen den USA und den anderen entwickelten kapitalistischen Ländern der Fall. Die Achse jener relativen Stabilität, die in den Währungsbeziehungen zwischen den kapitalistischen Ländern bestand, war die Goldkonvertierbarkeit des Dollars. Diese Achse zerbrach jedoch, als Nixon im August 1971 seine außerordentlichen Maßnahmen verkündete. Von Stabilität kann man heute kaum noch reden, es sei denn man wollte sehr tolerant sein. Bei einer solchen Toleranz aber müßte man alle Erscheinungen eines gesellschaftlichen Systems übersehen, das mehr und mehr verfault und vor seinem totalen Zusammenbruch steht.

Im Unterschied zur Vergangenheit, als Paritäten und Währungskurse nur

im Verhältnis zum Gold bestimmt wurden, werden sie heute in Dollar errechnet bzw. sind nur durch den Dollar mit dem Gold verbunden. Die kapitalistischen Länder mußten die Stabilität ihrer Währungen im Verhältnis zum Dollar bewahren. Dabei waren auch gewisse Kursschwankungsbreiten erlaubt. Zunächst betrugen diese + 1 Prozent. Später, nach dem Washingtoner Abkommen vom Dezember 1971 wurde dieser Satz auf 2,25 % erhöht. Aus allgemein bekannten Gründen konnten die kapitalistischen Staaten, trotz der von jedem einzelnen bzw. von allen gemeinsam getroffenen Maßnahmen, einschließlich des Kompromisses vom Dezember 1971, nicht einmal eine relative Stabilität des Währungssystems zustandebringen. Eine Währungskrise folgt der anderen und die jeweils nachfolgende war heftiger als die vorausgegangene. Die heftigste dieser Krisen war die Dollarkrise.

Das düstere Krisenpanorama

Was geht vor und wie zeigt sich diese Krise? Der wichtigste Index der Stabilität einer Währung ist die Zahlungsbilanz. Ein Staat, der mehr Devisen ausgibt, als er Einnahmen hat, muß die notwendige Deckung finden. Früher gab es die Golddeckung. Jetzt aber bleibt das Problem offen, mit allen daraus entstehenden Folgen. Die Devisenausgaben der USA, die ihnen ihre aggressiven und expansionistische Politik aufzwingt, vor allem für den Unterhalt ihrer Truppen und Militärstützpunkte im Ausland, ferner für die Warenimporte, den Export von Kapitalien usw., sind sehr groß, wesentlich größer als die Einnahmen. Die Zahlungsbilanz der Vereinigten Staaten weist schon seit langem ein steigendes Defizit auf. Die USA hofften durch die Abwertung des Dollars um 7,8 Prozent und durch andere Maßnahmen, die sie auf verschiedenen Gebieten trafen, aus der Krise herauszugelangen. Das Defizit nahm jedoch weiter zu und erreichte 1972 6,4 Milliarden Dollar (1971 waren es noch 4,3 Milliarden Dollar). Die USA decken das Defizit in ihrer Zahlungsbilanz mit den Schulden, die sie in Form von Dollarreserven bei den entwickelten kapitalistischen Ländern haben, die diese Länder schaffen konnten. Wir befinden uns hier vor einer Paradoxie. Mit den Dollars, die die internationalen Zahlungskanäle anschwellen ließen, decken die Amerikaner ihr Defizit. Obwohl sie als Schuldner bankrott erklären mußten, da sie ihren Pflichten nicht nachkommen können, üben sie auf ihre Gläubiger Druck aus und setzen ihnen gegenüber ihre Politik durch. Die Inflation des Dollars wirkte sich international aus. So betreiben sie hektisch ihre expansionistische Politik. 100 Milliarden Dollar überfluten den Weltwährungsmarkt. Dadurch wurden die internationalen Zahlungswege mit entwerteten Dollars belastet. Folglich wurde auch das Vertrauen in den Dollar zerstört. Deshalb taten diejenigen, die Dollars besaßen, auch alles, um diese wieder loszuwerden.

Die Bemühungen der Zentralbanken, durch Dollarankäufe das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage zu verbessern und den Kurssturz des Dollars unter das "kritische Marge", das heißt unter die Toleranzgrenze von 2,5 Prozent, zu vermeiden, scheiterten, weil die amerikanischen Dollars unaufhaltsam die Währungsmärkte Europas und Japans überfluteten. Diese Ankäufe, die nicht durch die Erfordernisse des wirtschaftlichen Umlaufs bedingt werden, sondern vom Wachsen des fiktiven Kapitals herrühren, führen zu einer riesigen Aufblähung des Markvolumens und begünstigen die Inflation in der deutschen Wirtschaft. Das ist einer der Wege, auf dem die USA die Inflation in andere Länder ausführen, selbst in solche Länder, die wirtschaftlich stark erscheinen. Um sich vor dieser Gefahr zu schützen, wird die Maßnahme unvermeidlich, den Dollarankauf einzustellen.

Die USA verfolgen ihre aggressive und expansionistische Politik konsequent und überfluten die Währungsmärkte mit ihren in Wahrheit entwer-

teten Dollars, was ein erneuter Angriff gegen ihre Partner, in erster Linie gegen Westdeutschland und Japan darstellte. Angesichts dieser neuen Attacken blieben Amerikas Partner jedoch nicht untätig. Die vor allen Dingen deshalb, weil die Machenschaften ihres Verbündeten aus Übersee sie nicht unvorbereitet trafen. Als klar war, daß der Dollar nicht zu halten war, gingen sie - als erste Maßnahme - dazu über, die offiziellen Kurse nicht mehr vorbehaltlos einzuhalten. Jeder Staat verfolgte seine eigene spezifische Währungspolitik. Später dann, als die Krise heftig ausbrach (in den ersten Februarwochen dieses Jahres), schlossen die Devisenbörsen wieder einmal ihre Pforten. Damit war auch der letzte Rest von Stabilität dahin.
Angesichts dieser Tatsache waren die USA gezwungen, eine neue offizielle Dollarabwertung (von 10 Prozent) anzukündigen. Dies ist ein eindeutiger Ausdruck der schwachen Stellung Amerikas auf dem Weltmarkt und des Fiaskos seiner Diplomatie. Die Versuche, die Zahlungsbilanz wenigstens einigermaßen zu verbessern, blieben erfolglos. In den USA hielt man daher die Abwertung des Dollars für ein Mittel, diese Frage zu lösen, auch wenn man von dieser Art Lösung nicht gerade begeistert war. Auf jeden Fall hoffte man, mit dieser verstärkten Abwertung der US-Währung die Wirkung zu erzielen, die man mit der ersten Abwertung vergeblich angestrebt hatte.

Aussichten der Währungspolitik

Natürlich haben Dollarabwertungen unangenehme Auswirkungen auf die Finanzverhältnisse und werden deshalb nicht sehr gerne vorgenommen. Die Abwertung untergräbt vor allem die wirtschaftliche Stellung Amerikas im internationalen Maßstab und schafft unvermeidlich Bedingungen, die zur Vertiefung des Inflationsprozesses führen. Dies wiederum führt zu einer Verschärfung der sozialen Spannungen. Zudem erhöht die Dollarabwertung die Rolle des Goldes bei den internationalen Reserven und im internationalen Zahlungsverkehr. Eine Tatsache, die in den USA nicht gerne gesehen wird, da dies die Bedeutung des Dollars mindert. Dennoch finden die Urheber der Abwertungen einen Gefallen an den Vorteilen, die dadurch für den Außenhandel entstehen. Sie versuchen also aus der Not eine Tugend zu machen. Mit der Abwertung des Dollars, das heißt mit der Herabsetzung des Kurses im Verhältnis zu anderen Währungen, zielen die USA darauf ab, die amerikanischen Waren konkurrenzfähiger zu machen. Dies funktioniert wie folgt: Die Abwertung verbilligt der Export und schafft Voraussetzungen für ein Währungsdumping (das heißt für einen ausgedehnten Export von Waren auf ausländische Märkte zu niedrigeren Preisen als dem Weltmarktniveau). Andererseits verteuert sich der Import. So wird beispielsweise mit der Abwertung der Preis für eine Tonne amerikanische Kohle auf 72 Mark herabgesetzt, während man gleichzeitig in Deutschland 94 Mark für eine Tonne Kohle verlangt. Beim Import verhält sich die Sache umgekehrt. Die amerikanischen Importeure müssen für die gleiche ausländische Ware mehr Dollars investieren als früher. Die USA wollen so erreichen, daß die Importe aus Japan eingeschränkt werden. Dies soll in erster Linie für die Erzeugnisse der amerikanischen Automobilbau-, Chemie- und Textilindustrie gelten, die den entsprechenden japanischen Industriewaren nur sehr schwer Konkurrenz machen können. Dies gilt sowohl auf dem amerikanischen Markt als auch auf anderen Märkten. Natürlich wünschen sich die USA einen anderen Weg aus der Krise, einen Ausweg, der für sie leichter und für die anderen schwerer wäre. Ein solcher Ausweg wäre die Aufwertung der anderen Währungen, was im Grunde auf eine indirekte Abwertung des Dollars hinausliefe. Sie setzten alles daran, Westdeutschland und Japan zu veranlassen, eine Aufwertung ihrer Währungen vorzunehmen.Nach längerem Zögern und Schwanken hat Westdeutschland die Mark aufgewertet, jedoch lediglich um 3 Prozent, einem Satz,

der der gestatteten Toleranzgrenze von 2,25 Prozent, das heißt der "kritischen Marge" sehr nahe kommt. Diese Aufwertung ist jedoch von den amerikanischen Wünschen weit entfernt. Ähnlich verhielt es sich auch mit Japan.
Warum stemmt man sich aber so sehr gegen die Aufwertung? Aus einem einfachen Grund. Eine Aufwertung hat für die Länder, welche sie durchführen die einer Abwertung entgegengesetzten Folgen. Erhöhen Deutschland und Japan den Kurs ihrer Währung gegenüber anderen Währungen, wirkt sich dies nachteilig auf die Konkurrenzfähigkeit dieser beiden Länder aus, denn Aufwertung bedeutet Verteuerung des Export und Verbilligung der Importe dieser Länder. Folglich erhöht sich nach einer Aufwertung der Preis der ausgeführten Waren auf dem amerikanischen Markt. Die amerikanischen Waren werden dagegen auf dem Markt dieser Länder billiger als vor der Aufwertung.

Die Dollarabwertung beeinträchtigt sowohl die Währungen als auch den Handel der Partner Amerikas. So verlor beispielsweise Westdeutschland, das über beträchtliche Dollarreserven verfügte, als der Dollar um 10 Prozent abgewertet wurde, über 7 Milliarden Mark. Allerdings sind die Folgen der Abwertung nicht so schädlich , wie die der Aufwertung. Deutschland und Japan bevorzugen immer eine Dollarabwertung. Diese nämlich zwingt sie erstens nicht, eine Veränderung der Währungskurse vorzunehmen und führt zweitens nur zu einer Beeinträchtigung ihrer Wirtschaftsbeziehungen zu den USA, nicht aber derer zu anderen Ländern, was bei einer Aufwertung jedoch der Fall wäre.

In der so entstandenen Situation fällt eines besonders auf. Es ist die Tatsache, daß jeder einzelne Staat auf eigene Faust handelt. So beschlossen die USA die Dollarabwertung, ohne sich mit ihren Partnern zu beraten bzw. diese vorher darüber zu informieren. Deutschland wertete die Mark auf, Großbritannien, die Schweiz, Japan und anderes Staaten beschlossen die Freigabe (Floating) ihrer Währungen. Dieser Zustand dauert, ebenso wie die Stagnation auf den Währungswärkten weiter an. Jeder entwickelte kapitalistische Staat versucht so die eigene Wirtschaft zu schützen und die Dolarkrise möglichst schmerzlos zu überstehen. Die Stärkeren bemühen sich die Schwächeren zu übertrumpfen und alle Folgen auf sie abzuwälzen, sowohl inne halb als auch außerhalb der einzelnen Blocks. Die zeigt, daß die Währungsschlacht weiter hart und nachdrücklich geführt werden wird. Offizielle und nichtoffizielle, direkte und indirekte Auf- und Abwertungen stehen noch immer auf der Tagesordnung.
Die Methode des Floating, die Politik der indirekten Auf- und Abwertung der Währungen findet dabei immer grössere Verbreitung. Diese Politik wurde in den letzten Jahren auf die eine oder andere Weise fast von allen Staaten angewandt. Ein Großteil dieser Staaten wendet diese Politik auch gegenwärtig wieder an, denn wenn der Dollar, der als Maßstab der Währungskurse gilt, unaufhaltsam bergab rollt, bringt das Festhalten an den offiziellen Kursen großen Schaden. Dies ganz besonders gegenwärtig, wo Währungsspekulationen einen günstigen Boden gefunden haben und sich immer weiter verbreiten.

Mit der Freigabe des Kurses der eigenen Währung versucht jeder Staat sich den labilen Umständen der Krise anzupassen und sich nach der Situation auf den Währungsmärkten zu richten. Der Währungsmarkt, auf dem unter anderem die konvertierbaren Währungen gekauft und verkauft werden, ist zum Barometer geworden, auf dem man die wirtschaftliche Lage der verschiedenen Länder ablesen kann. Dort wirkt das Gesetz von Angebot und Nachfrage und im Einklang damit setzen sich die realen Kurse für den Ein- und Verkauf von Währungen fest. Bei der Bestimmung der schwankenden Kurse richten sich die kapitalistischen Staaten nach dem Goldmarkt. Goldmarkt bezeichnet hier jedoch nicht den Währungsmarkt,

sondern den Ein- und Verkauf von Gold alsGebrauchsmetall. Einen anderen Goldmarkt gibt es nicht. Nach dem Abkommen von Rom (Dezember 1969), das zwischen den USA und der Südafrikanischen Republik geschlossen wurde, darf nur der internationale Währungsfonds Gold zu Währungszwecken kaufen und auch dies nur in gewissen Fällen. Auf dem freien Markt erzielt man mit Gold noch immer einen um vieles höheren Preis als den offiziell bestimmten. So wurde die Feinunze Gold sogar um etwa 100 Dollar verkauft, der offizielle Preis beläuft sich dagegen lediglich auf 42,22 Dollar. Diese Schwankungen sind ein Beweis dafür, daß es für den Goldpreis bzw. für den Preis (den Kurs) der Währungen keinerlei Stabilität gibt. Das sind die Erscheinungen, die die Tiefe der Währungskrise widerspiegeln.

Die Kursfreigabe erfolgt in Abhängigkeit von den Zielen, welche die einzelnen Staaten verfolgen. Diese Politik kann in zwei Varianten angewandt werden. Die erste Variante umfaßt ausnahmslos alle Währungsgeschäfte, die zweite nur die Finanzgeschäfte, d.h. hauptsächlich Kapitalverlegungen, während die Handelsgeschäfte ausgeschlossen sind. Die zweite Variante ist allgemein als gespaltenes Währungssystem bekannt, d.h. es gibt einen freien Kurs für Finanzgeschäfte und einen festen Kurs für Handelsgeschäfte. In der Regel wird die erste Variante von Staaten angewandt, die sich gegen die amerikanische Drohung so weitgehend wie möglich zur Wehr setzen und gleichzeitig aus den Beziehungen zu schwächeren Staaten Profite herausschlagen. Zu diesen Staaten gehören gegenwärtig Japan, England und Kanada. Einen gespaltenen Währungsmarkt unterhalten diejenigen Staaten, die sich nicht nur vor der amerikanischen Drohung, sondern auch vor der Drohung anderer stärkerer Partner schützen. Typisch dafür ist die entsprechende Politik Frankreichs und Italiens.

Missglückte Apologie

Welche Währungspolitik die kapitalistischen Staaten auch immer betreiben mögen, das historisch Unvermeidliche dann damit nicht vermieden werden. Ihre Politik kann und wird lediglich neue Konflikte und Ausbrüche hervorrufen, die als Weggefährten des kapitalistischen Systems seiner Natur, dem spontanen Wirken seiner die Entwicklung bestimmenden Wirtschaftsgesetze selbst entspringen.

Die Währungspolitik wirkt sich freilich, als zweitrangiger Faktor, immer wieder auf das Weltgeschehen aus. Die aggressive und expansionistische Währungspolitik, welche die Kreise Washingtons im Interesse des amerikanichen Monopolkapitals und unter Ausnützung der privilegierten Stellung des Dollars hektisch betreiben, ist stets ein sehr wichtiger Faktor gewesen, der die Krise erweiterte und vertiefte. Im Bereich der Währungsbeziehungen setzen die USA alles daran, um die Bedeutung des Goldes im Bankverkehr abzuschaffen und es vollständig durch den Dollar zu ersetzen. Sie würden sich dadurch selbst von den Gold"fesseln" befreien und die uneingeschränkten Dollaremissionen auch in Zukunft als Mittel ihrer diversionistischen Politik im internationalen Masstab gebrauchen können.

Die Verteidiger des amerikanischen Imperialismus versuchen diese Ziele auch ideologisch zu verankern, indem sie den Anachronismus des Goldes theoretisch "beweisen". Auch die Ideologen des moderenen Revisionismus leiten Wasser auf diese Mühle. Sie verleugnen das revolutionäre Erbe des Marxismus-Leninismus und behaupten, das Wesen des Kapitalismus habe sich verändert, die Gesetze über den Zahlungsverkehr, die Marx und Lenin formulierten, seien nicht mehr gültig. Das Gold habe nicht mehr die Bedeutung eines Maßstabs und eines allgemeinen universalen Äquivalents. Der Staatsmonopolistische Kapitalismus könne die Wirtschaft durch die Einführung eines Systems leiten und regeln, indem

Papiergeld in Umlauf sei, das gar keine Garantie besitze. Marxens bekannte These, es sei "die erste Funktion des Goldes, der Warenwelt ein Material zu liefern, mit dem der Wert (der Waren) ausgedrückt werden kann", sei angeblich veraltet und überholt und habe seine Aktualität verloren.

Die Evolution des kapitalistischen Währungssystems beweist aber das Gegenteil dessen. Die Maßnahmen zur Ab- und Aufwertung der verschiedenen Währungen betreffen gerade Veränderungen von Paritäten und Währungskursen, die bestimmte direkte und indirekte Verhältnisse zum Gold festlegen. Dies beweist, wie richtig die marxistisch-leninistischen Thesen über die Rolle des Goldes in der Wirtschaft der kapitalistischen Länder sind, und widerlegt die antimarxistischen Anschauungen der modernen Revisionisten in dieser Frage. Trotz der vielen Veränderungen, die das kapitalistische Währungssystem erfahren hat, sind sein Inhalt, sein Wesen unverändert geblieben. Das wird sich auch in Zukunft nicht ändern. Geändert aber haben sich die modernen Revisionisten: sie wichen von dem revolutionären Marxismus-Leninismus ab.

Eine Sackgasse

Der Bereich der Währungsverhältnisse ist von tiefgehenden Widersprüchen und heftigen Konflikten zwischen den kapitalistischen Ländern beherrscht. Sie traten in letzter Zeit auf der Jahreskonferenz des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank, die vom 24. bis 28. September in Nairobi tagte, mit erneuter Schärfe auf.

Man erwartete, daß auf dieser "großen Währungsexpedition", wie die westliche Presse sie nannte, an der die Finanzminister von 126 Ländern in Begleitung von hohen Funktionären und Fachleuten des Währungsmarktes teilnahmen und die eine große Armee von Beobachtern und Journalisten anzog, das neue Währungssystem der kapitalistischen Welt aus der Taufe gehoben werde, für das die imperialistisch-revisionistsiche Propaganda eine so große Reklame gemacht hatte. Man erwartete, daß die endlose Kette von Schachereien und Kompromissen ein Ende finden werde, die auf der Finanzministerberatung der Zehnergruppe (Dezember 1971 in Washington) begann. Das "Erwartete" trat jedoch nicht ein. Der einzige Beschluß der Konferenz war, sich auf ein Jahr zu vertagen. Bis dahin hoffte man, die Widersprüche beilegen und ein Arrangement über die Schaffung eines neuen internationalen Währungssystems erreichen zu können.

Die Konferenz in Nairobi bestätigte voll und ganz die hegemonistische, expansionistische und diversionistische Politik der Vereinigten Staaten von Amerika. Mit dieser Politik versuchen sie, ihre Schwierigkeiten, die unmittelbar durch die tiefe und allseitige, den Überbau und die Basis des amerikanischen Staates umfassende Währungskrise, von der die Dollarkrise eine konzentrierte Erscheinung ist, hervorgerufen wurde, auf die eigenen Partner, aber auch auf die Länder der dritten Welt abzuwälzen. Sie wollen mit den Mitteln der politischen Erpressung und der wirtschaftlichen Diversion diese Länder zwingen, zum Schaden ihrer Interessen und unter deren Aufopferung einige währungs- und handelspolitische Maßnahmen zu akzeptieren, durch die Zahlungsbilanz der USA, die ein chronisches großes Defizit aufweist, verbessert werden könnte. Wie weit dabei die Amerikaner mit ihrem Zynismus gingen, zeigte sich in der Rede des US-Finanzministers George Schultz auf der Konferenz von Nairobi. Er gab allen zu verstehen, daß sich an der gegenwärtigen Lage nichts ändern könne, falls die amerikanischen Interessen nicht nachhaltig unterstützt werden und so den USA die Möglichkeit gegeben sei, aus ihren wirtschaftlichen Schwierigkeiten herauszukommen.

Die Partner der USA werden sich jedoch mit der protektionistsichen Po-

litik abfinden, die von den USA gegenwärtig angewandt wird. Vor allen Dingen werden sie ihre Märkte nicht uneingeschränkt für die amerikanischen Waren und Kapitalien öffnen, um so den amerikanischen Wünschen nachzukommen. Den Amerikanern kommt es einzig und allein darauf an, eine positive Zahlungsbilanz zu erreichen, ganz egal, ob dies bei ihren Partnern zu einem Defizit führen würde oder nicht. Ihr Beitrag zur Gesundung des kranken Dollars und zur Konsolidierung der schwankenden Stellungen Amerikas auf dem kapitalistischen Weltmarkt soll von diesen ja als internationalistische Pflicht angesehen werden. Das genau heißt aber nichts anderes, als selbst krank zu werden, um andere zu heilen. Mit ihrer diskriminierenden Politik verlangen die USA auch von den Entwicklungsländern einen solchen "internationalistischen" Beitrag. Der wirtschaftliche Zustand dieser Länder würde sich dadurch noch mehr verschlechtern. Sie tragen bereits jetzt schwer an der Last der Krise. So verloren sie durch nichtäquivalente Tauschgeschäfte allein im letzten Jahrzehnt etwa 10 Milliarden.

Die Regierungsvertreter im Weißen Haus lassen aber von der "Dollardiplomatie" nicht ab. Sie bemühen sich mit allen Mitteln wie Gewalt, Erpressungen, Drohungen und andere Machenschaften, die privilegierte Stellung des Dollars zu erhalten. So ziehen sie die Besprechungen und Verhandlungen zwischen Vertretern der verschiedenen Ebenen der kapitalistischen Länder endlos in die Länge und verschieben die Schaffung eines neuen Währungssystems immer wieder. So sollen Vorteile geschaffen und ihre Absichten durchgesetzt werden, die darin bestehen, eine Währungsreform zu diktieren, ein neues "Bretton-Woods" zustandezubringen.

Die Staaten Europas, in erster Linie Frankreich, aber auch die anderen kapitalistischen Länder setzen sich gegen die hegemonistische und expansionistische Politik der Vereinigten Staaten von Amerika, gegen die inflationistische Dollarpolitik zur Wehr. Diese Politik, die von den amerikanischen Imperialisten im internationalen Maßstab betrieben wird, hat zum Ziel, den nationalen Reichtum der Völker zu plündern und ihn sich anzueignen. Diese Staaten haben immer wieder darauf hingewiesen, daß sie die Währungsfrage (natürlich innerhalb des von kapitalistischen Reformen erlaubten Rahmens) sobald wie möglich zu lösen gedenken. Sie wenden sich allerdings gegen eine Verknüpfung dieser Frage mit den Handelsbeziehungen. Inzwischen ist die Polarisierung, die in dieser Frage zwischen den USA auf der einen Seite und den europäischen Staaten auf der anderen bereits bestand, durch die Konferenz von Nairobi noch weiter fortgeschritten. Bei den wichtigsten Währungsfragen, wie Konvertibilität, Schuldentilgung, das Problem des "Eurodollars" (etwa 1000 Milliarden Dollar), die eine Schuld der USA bei anderen Staaten darstellen, wurde keinerlei Annäherung der Standpunkte erzielt. Die Goldfrage bleibt hierbei der Zankapfel. Die amerikanischen Pläne sehen die Verdrängung des Goldes aus dem Währungsbereich vor. Frankreich und andere Länder Europas wiederum schlagen eine Stärkung der Rolle des Dollars vor. Beide Teile setzen sich aber für eine möglichst umfangreiche Anwendung der SDR (special drawing rights, Sonderziehungsrechte) ein, dieser neuen Währung, die man auch "Papiergold" nennt; ihre Ziele sind dabei allerdings unterschiedlich. Die Amerikaner wollen durch diese Währung das Gold verdrängen und an seine Stelle den Dollar setzen. Die Franzosen wollen im Gegenteil den Dollar verdrängen und dem Gold einen "würdigeren" Platz geben.

Alle diese Projekte sind weder neu noch unbekannt. Sie drücken bestimmte Interessen der kapitalistsischen Länder aus, geben die tiefen und unlösbaren Widersprüche wieder, die ihre Beziehungen unterwühlen.

Das kapitalistische Währungssystem, das von einer teifen und breiten Krise gezeichnet ist, steckt in einer Sackgasse. Einen Ausweg daraus

gibt es solange nicht, solange die Kurve des Defizits in den Haushalten und in der Zahlungsbilanz weiter steigt, solange Aggressions- und Expansionspolitik auf der Tagesordnung stehen und solange sich die allgemeine Krise des kapitalistischen Systems vertieft. Für die Zukunft sind vorläufig nur weitere Konflikte und tiefgreifende Veränderungen in der Basis und im Überbau dieses Systems zu erwarten.

ANMERKUNG DES VERLAGS ZUM PREIS DES "KOMMUNIST"

Die derzeitigen Herstellungskosten betragen rund S 25.- pro Exemplar. Verkauft wird der "Kommunist" um S 30.-. Damit tragen wir dem Rechnung, daß bestimmte Schriften unter den gegebenen Herstellungskosten verbreitet werden müssen, wollen wir sie breit unter die Massen bringen und den Preis halten. (Z.B. den"Klassenkampf" müssen wir pro Nummer mit ca. S 2.000.- unterstützen). Das gleiche gilt für die Agitationsbroschüren, die breit eingesetzt werden sollen und daher z.T. unter den Herstellungskosten verbreitet werden müssen, wie derzeit die Broschüren zu den Nationalratswahlen.
Da wir noch nicht viele Publikationen herausgeben, können wir die anfallenden Kosten nicht breit auf andere Broschüren und Bücher umlegen. Erst wenn dies möglich ist und das Verlagswesen aufgebaut wird, können wir den Preis für den "Kommunist" senken.